

ÖSTERREICHISCHE POSTSPARKASSE

Beilage zum

Finanzschuldenbericht 1981

der Österreichischen

Postsparkasse

Heinz Handler, Gerhard Lehner

Finanzielle Interdependenzen

in Österreich

Wien 1981



ÖSTERREICHISCHE POSTSPARKASSE

Beilage zum

Finanzschuldenbericht 1981

der Österreichischen

Postsparkasse

Heinz Handler, Gerhard Lehner

Finanzielle Interdependenzen

in Österreich

Studie erstellt im Auftrag der Österreichischen
Postsparkasse, abgeschlossen im März 1980

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1 Einleitung	5
2 Aufgaben einer Finanzierungsstatistik	7
3 Ausländische und internationale Konzepte für Finanzierungsrechnungen	9
3.1 Überblick	9
3.2 Die Geldstromrechnung von Copeland	10
3.3 Die Flow-of-Funds-Statistik der USA	11
3.4 Die britische Flow-of-Funds-Statistik	12
3.5 Die deutsche Finanzierungsrechnung	13
3.6 Das SNA der Vereinten Nationen	14
4 Zusammenhänge zwischen realen und finanziellen Transaktionen	15
4.1 Allgemeines	15
4.2 Die Hauptkonten der VGR	15
4.2.1 Produktionskonten	15
4.2.2 Einkommens- und Finanzierungskonten	18
4.3 Schematische Zusammenfassung	24
5 Allgemeine Methodenprobleme	27
6 Beschreibung der Finanzierungsmatrix	29
6.1 Sektorale Gliederung	29
6.2 Sektorale Einkommens- und Vermögensveränderungskonten	32
6.2.1 Die Einkommenskonten	32
6.2.2 Die Vermögensveränderungskonten	36
6.2.3 Auslandskonto	39
6.3 Die sektoralen Finanzierungskonten (i. e. S.)	40
6.3.1 Allgemeines	40
6.3.2 Die einzelnen Finanzierungsinstrumente	42
6.4 Zusammenhänge zwischen Finanzierungsrechnung und Budgetsaldo ..	78
7 Zeitliche Entwicklung wichtiger Größen aus der Finanzierungsmatrix	83
7.1 Entwicklung der Geldvermögensbildung und ihrer Komponenten	83
7.2 Die sektoralen Finanzierungskonten	88
8 Darstellung des Prognosesystems	95
9 Zusammenfassung	99
Anhang: Finanzierungsmatrix 1977	

VERZEICHNIS DER SCHAUBILDER (*) UND ÜBERSICHTEN

	Seite
1	Ableitung des sektoralen Finanzierungskontos aus der VGR 16
1 (*)	Inländisches Sparen 20
2 (*)	Sparen des öffentlichen Sektors 21
2	Schematische Darstellung einer erweiterten Finanzierungsmatrix 25
3	Sektorale Vermögensveränderungskonten 1977 38
4	Inländische Zwischenbanktransaktionen 47
5	Buchungsvorgänge beim Rediskont und Lombard 49
6	Notenbankrefinanzierung der Kreditunternehmungen 50
7	Gliederung der Direktkredite 53
8	Direktkredite an inländische Nichtbanken 54
9	Darlehen der Kreditinstitute an den Bund 55
10	ERP-Kredite 57
11	Darlehensgewährung der Gebietskörperschaften 58
12	Nettoveränderung der Darlehen öffentlicher Haushalte 59
13	Kapitalerhöhungen der Aktiengesellschaften 61
14	Verbuchung der Anteilswerte und Beteiligungen 63
15	Eigene Emissionen und Portefeuillebestände der Kreditunternehmungen 65
16	Festverzinsliche Wertpapiere 1977 68
17	Statistische Diskrepanz bei Rentenwerten 69
18	Aushaftende Handelskredite 74
19	Verbuchung der Statistischen Differenz 76
20	Sonstige Positionen in der Finanzierungsmatrix 78
21	Überleitungsschema Finanzierungsrechnung – Bundeshaushalt 80
3 (*)	Inländische Geldvermögensbildung 84
4 (*)	Geldvermögensbildung des öffentlichen Sektors 86
22	Entwicklung der sektoralen Geldvermögensbildung 87
23	Prognosetabelle 1977 97

Anhang: Finanzierungsmatrix 1977

1 EINLEITUNG

Mit dieser Arbeit wurde erstmals für Österreich versucht, die Zusammenhänge zwischen den **Güter- und Leistungstransaktionen**, die sich in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes spiegeln, und den **finanziellen Transaktionen** (Veränderungen von Forderungen und Verpflichtungen) nicht nur theoretisch, sondern auch in einem konsistenten Zahlengebäude darzustellen. Sie zeigt ferner auf, welche Verflechtungen zwischen den finanziellen Aktiva und Passiva der verschiedenen Sektoren der Gesamtwirtschaft bestehen.

Die Untersuchung wurde vom Staatsschuldenausschuß angeregt und ist von dessen Aufgabenstellung stark beeinflusst. Es stehen daher der Bundessektor und jene Auswirkungen im Vordergrund, die sich aus der Finanzierung eines (gegebenen) Saldos im Bundeshaushalt auf die Veränderungen der übrigen Sektoren ergeben.

Es ist notwendig darauf hinzuweisen und in den Interpretationen zu berücksichtigen, daß auch international eine Reihe von methodischen Problemen der Finanzierungsrechnung noch nicht gelöst sind und daß erhebliche statistische Lücken bestehen. Aufgrund dieser Mängel kann die vorliegende Arbeit nur sehr grobe Ergebnisse erbringen.

Die Arbeit skizziert in einem allgemeinen Teil nach einer kurzen Beschreibung der Aufgaben einer Finanzierungsrechnung einige ausländische Beispiele, weil sich daraus bereits Probleme, die sich bei der Erstellung von Finanzierungsstatistiken¹⁾ ergeben, erkennen lassen. Anschließend werden die allgemeinen Zusammenhänge, die zwischen Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsproduktes bestehen, dargestellt, wobei vor allem die Aussagekraft der Salden „Sparen“ und „Geldvermögensbildung“ untersucht wird. Darüber hinaus werden die allgemeinen Probleme, die mit der Erstellung von Finanzierungsstatistiken verbunden sind, kurz beschrieben.

Im Hauptteil der Untersuchung wird eine Finanzierungsmatrix für Österreich beschrieben. Ausgehend von den Einkommens- und Vermögensbildungskonten, die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die einzelnen Sektoren bestehen, werden die Spar- und Geldvermögensbildungssalden dargestellt und analysiert. Es folgt eine Beschreibung und Untersuchung der einzelnen Finanzierungsinstrumente. Aus dieser Darstellung las-

¹⁾ Im Gegensatz zur „Finanzierungsrechnung“, die die Analyse der finanziellen Interdependenzen einer Volkswirtschaft bezeichnet, bezieht sich der Begriff „Finanzierungsstatistik“ nur auf das hierzu nötige Datengerüst und die mit seiner Erstellung verbundenen Methodenprobleme. Siehe G. Tichy, „Einige Bemerkungen zur Geldstromrechnung – Gegenwärtiger Stand und künftige Möglichkeiten“, in: G. Bombach (Hrsg.), Studien zur Geldtheorie und monetäre Ökonometrie, Berlin 1972.

sen sich Hinweise auf die Aussagekraft der vorliegenden Finanzierungsstatistik für Österreich gewinnen.

Für Prognosezwecke wird schließlich die Entwicklung des Sparens und der Geldvermögensbildung in den einzelnen Sektoren und der wichtigsten Finanzierungsinstrumente in einem längeren Zeitraum analysiert. Die Zeitreihenanalyse umfaßt die Periode 1967–1977. Zum Abschluß der Untersuchung wird ein Prognosesystem für jene Faktoren entwickelt, die für die Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses maßgebend sind.

Die vorliegende Arbeit wurde im März 1980 abgeschlossen. Sie stützt sich auf das Konzept und die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die in der Broschüre des Österreichischen Statistischen Zentralamtes „Österreichs Volkseinkommen 1964–1977“ (Wien 1979) veröffentlicht wurden. Die revidierte volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, deren Ergebnisse für Mitte 1981 angekündigt wurden, konnte daher nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Verfasser danken Frau Mag. Roswitha Mosburger für die Ermittlung wichtiger Daten und für wertvolle Hinweise zu Teilen der Studie.

2 AUFGABEN EINER FINANZIERUNGSSTATISTIK

In Österreich hat es seit Mitte der sechziger Jahre keine ernsthaften Versuche mehr gegeben, eine Finanzierungsstatistik zu entwickeln. Damals waren im Rahmen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen einige vorbereitende Studien erstellt worden, doch scheiterte das Gesamtprojekt am mangelnden Interesse der zur Datengewinnung notwendigen Institutionen¹⁾. Inzwischen ist die Entwicklung auf zwei für die Finanzierungsrechnung wichtigen Ebenen weitergegangen. Auf der praktisch-empirischen Ebene sind die im wesentlichen in den fünfziger Jahren im Ausland einigermmaßen ausgearbeiteten Ansätze von Finanzierungsstatistiken weiterentwickelt worden, sodaß heute bereits in vielen Industriestaaten ein ausgefeiltes System von Finanzierungsdaten vorliegt. Auf der akademischen Ebene hat nach der durch monetaristische Ideen dominierten Diskussion über geldtheoretische Probleme seit der internationalen Rezession in der Mitte der siebziger Jahre eine Entwicklung zur Synthese mit keynesianischem Gedankengut eingesetzt; mit dieser Entwicklung hat sich auch das Interesse an Informationen über intersektorale Finanzbeziehungen wieder verstärkt.

In der Vergangenheit bedeutete es für gesamtwirtschaftliche Finanzierungsanalysen immer wieder einen erheblichen Mangel, daß die Rückwirkungen von Finanzierungssalden sowie der Art und Weise ihrer Finanzierung in einem Sektor der Volkswirtschaft auf die finanziellen Dispositionsmöglichkeiten anderer Sektoren nur global abgeschätzt werden konnten, ohne die Konsistenz aller Annahmen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung überprüfen zu können. Eine Finanzierungsmatrix hilft, diese Mängel zu beseitigen,

1. indem sie die wichtigsten finanziellen Transaktionen eines Sektors der Volkswirtschaft mit jedem anderen Sektor – gegliedert nach Finanzierungstiteln – darstellt;
2. indem sie diese finanziellen Transaktionen mit den nichtfinanziellen Transaktionen eines jeden Sektors in Beziehung setzt und so eine Verbindung zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) herstellt.

Auf diese Weise können die (aggregierten)- Entscheidungen von Wirtschaftssubjekten und ihre Auswirkungen auf volkswirtschaftliche Transaktionen über die Sektoren hinweg verfolgt werden.

¹⁾ Vgl. Arbeitsgruppe für vorausschauende volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, „Vorarbeiten zu einer gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung“, Nov. 1964. G. Tichy, „Die Geldstromrechnung im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“, Wirtschaftspolitische Blätter, 2/1965. C. Karsch, „Konzepte und Methoden der Geldstromrechnungen im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“, Dissertation (Universität Wien), 1969.

Eine Finanzierungsstatistik ist ein reines Definitionensystem, das ex post immer „stimmt“. Man kann aus einem solchen System allein noch keine Aussagen über Verhaltensweisen der Wirtschaftsteilnehmer ableiten. Dazu bedarf es – wie in allen Fällen, in denen Verhaltensweisen untersucht werden sollen – theoretischer Vorstellungen und stochastischer Testmethoden. In diesem Sinne kann sich die Analyse finanzieller Interdependenzen nicht mit der Finanzierungsstatistik begnügen; diese ist vielmehr nur die Voraussetzung, daß die Verhaltensuntersuchungen konsistent bleiben. Darüber hinaus stellt eine Finanzierungsstatistik aber auch eine wichtige Grundlage für Analysen intersektoraler finanzieller Beziehungen dar, wie etwa für den Zusammenhang zwischen Budgetdefizit und Zahlungsbilanz¹⁾.

¹⁾ G. Tichy, „Einige absorptionstheoretische Überlegungen zum österreichischen Leistungsbilanzdefizit“, *Empirica*, 2/1977.

3 AUSLÄNDISCHE UND INTERNATIONALE KONZEPTE FÜR FINANZIERUNGSRECHNUNGEN

3.1 Überblick

Die Arbeiten des Amerikaners Morris Copeland¹⁾ gelten heute als Ausgangspunkt der Entwicklung aller modernen Finanzierungsrechnungen. Er erstellte eine eigenständige Geldstromrechnung, die die spätere Flow-of-Funds-Statistik der USA entscheidend beeinflusste. Da die Volkseinkommensrechnung zu Copelands Zeiten noch wenig entwickelt war, wurde das US-Konzept zunächst ohne Rücksicht auf den Rahmen eines umfassenden wirtschaftsstatistischen Systems aufgebaut. Erst später wurde versucht, die Flow-of-Funds-Statistik mit der VGR kompatibel zu machen, ein Unternehmen, das bis heute nicht vollends geglückt ist.

In Europa hat sich die Finanzierungsrechnung teilweise anders entwickelt als in Amerika, wenn auch die Zielsetzungen und die praktische Ausgestaltung im Laufe der Jahre einander stark angenähert wurden. Die europäischen Finanzierungsrechnungen waren – vor allem wegen der zeitlichen Verzögerung hinter der amerikanischen Entwicklung, sodaß auf den dort gewonnenen Erfahrungen aufgebaut werden konnte – von vornherein eng mit der VGR verbunden.

So hat Richard Stone im Rahmen der Vereinten Nationen etwa gleichzeitig wie Copeland an einem gesamtwirtschaftlichen Rechnungssystem gearbeitet, das neben Güter- auch Zahlungstransaktionen enthalten sollte; in der konkreten Ausgestaltung (später die VGR der OEEC) wurde die Zahlungsseite jedoch wegen der damit verbundenen Datenprobleme weggelassen²⁾. In den späteren europäischen Ansätzen konnte zumeist schon auf eine entwickelte VGR zurückgegriffen werden. Sie gehen in der Regel von sektoral aufgegliederten Vermögensveränderungskonten der VGR aus und versuchen, deren Salden mit den sektoralen Zahlungsströmen in Beziehung zu setzen.

Gut ausgebaute Finanzierungsstatistiken gibt es heute in der Bundesrepublik Deutschland (die neben Finanzierungsströmen auch Vermögensbestände ausweist), Großbritannien und Japan. Auf internationaler Ebene haben die Vereinten Nationen mit ihrem revidierten „System of National Accounts“³⁾ einen ambitionierten Versuch unternommen,

¹⁾ M. A. Copeland, „A Study of Moneyflows in the United States“, National Bureau of Economic Research, New York 1952; und „Tracing Money Flows through the United States Economy“, American Economic Review, May 1947 (Supplement).

²⁾ United Nations, „Measurement of National Income and the Construction of Social Accounts“, Studies and Reports on Statistical Methods, Geneva 1947.

³⁾ United Nations, „A System of National Accounts“, New York 1968 (im folgenden als SNA abgekürzt).

ein weit über die herkömmliche VGR hinausgehendes gesamtwirtschaftliches Rechnungssystem zu konzipieren, das im gegenwärtigen Stadium der statistischen Erfassung volkswirtschaftlicher Transaktionen in den meisten Mitgliedsländern jedoch als Fern- und Maximalziel gelten muß.

In den folgenden Abschnitten wird versucht, einen kurzen Überblick über einige entstehungsgeschichtlich wichtige oder für Österreich interessante Finanzierungsrechnungen zu geben.

3.2 Die Geldstromrechnung von Copeland

Das von Copeland ab 1944 erarbeitete und 1952 veröffentlichte Konzept zur Analyse des amerikanischen Geldkreislaufes prägte die damalige Diskussion um die Entwicklung einer amerikanischen Finanzierungsrechnung. Die offizielle amerikanische Flow-of-Funds-Rechnung wurde in den fünfziger Jahren zwar vom Federal Reserve Board und seinem Stab erstellt¹⁾, doch gehen die Grundgedanken auf Copeland zurück. Nach Baßeler ist Copelands Geldstromrechnung „das erste geschlossene und mit Zahlenmaterial ausgefüllte multisektorale makroökonomische Rechnungssystem, das über Konten der Leistungs- und Zahlungsreihe verfügt“²⁾. Obwohl dieses System damit im Gegensatz zu früheren gesamtwirtschaftlichen Rechnungssystemen nicht nur die reale, sondern auch die finanzielle Seite ökonomischer Transaktionen sieht, liegt der Schwerpunkt des Copeland-Ansatzes immer noch bei der „Leistungsreihe“; die „Zahlungsreihe“ fungiert mehr oder weniger als ihr passives Spiegelbild.

Copelands sektorale Einnahmen-Ausgaben-Rechnung wird in zwei Konten dargestellt: Das Konto der nichtfinanziellen Transaktionen enthält die Einnahmen und Ausgaben der Leistungsreihe; sie werden in der Regel auf Kassenbasis verbucht (ausgenommen sind nur die Käufe und Verkäufe von Bauleistungen sowie sonstiger beweglicher Güter und die Dienstleistungen: sie werden nicht im Zahlungszeitpunkt, sondern im Zeitpunkt des Entstehens der dazugehörigen Forderungen und Verpflichtungen verbucht). Der Saldo der nichtfinanziellen Transaktionen entspricht (mit Ausnahme der Rechnungsabgrenzungsposten) dem Finanzierungssaldo des Sektors. Copeland erfaßt nicht nur die intersektoralen, sondern auch innersektorale Transaktionen. Zum Unterschied von der VGR enthalten Copelands nichtfi-

1) Federal Reserve Board, „Flow of Funds in the United States, 1939–1953“, Washington 1955.

2) U. Baßeler, „Finanzierungsrechnung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“, Kieler Studien, Nr. 119, Tübingen 1971, S. 63. Die Gliederung von betriebs- und volkswirtschaftlich relevanten Transaktionen in eine „Leistungsreihe“ und eine „Zahlungsreihe“ geht auf die Pionierarbeiten von E. Walb zurück.

nanzielle Transaktionen auch jene an vorhandenen Gütern und Zwischenprodukten, nicht jedoch reine Tauschgeschäfte.

Das zweite Konto ist das Bestandskonto der Forderungen und Verbindlichkeiten des Sektors, wobei Bestandsveränderungen nach der Herkunft und der Verwendung von „Geld“strömen („moneyflows“) aufgegliedert sind. Da diese Bestandsveränderungen ebenfalls ohne Periodisierungsbuchungen registriert werden und die beiden Konten als Spiegelbilder aufgefaßt werden, ist der Saldo der Bestandsveränderungen an Forderungen und Verbindlichkeiten im Prinzip (nach Bewertungskorrekturen) gleich dem Saldo der nichtfinanziellen Transaktionen.

Die Sektorkonten können zu einem gesamtwirtschaftlichen Kontensystem zusammengefaßt werden. Copeland beschränkt sich allerdings in der Praxis auf eine demonstrative Ausarbeitung für eine Zweisektor-Wirtschaft, und er aggregiert auch hier nur die nichtfinanziellen Konten.

Da die Geldstromrechnung bei Copeland überwiegend auf Zahlungs- und nicht auf Transaktionsbasis aufgebaut ist, kann sie mit der VGR nicht verglichen werden. Copeland ging ursprünglich sogar davon aus, daß die Geldstromrechnung wegen der unterschiedlichen Aufgabenstellung anders konzipiert sein müsse als die VGR. Erst später versuchte er selbst, eine Verbindung zur VGR herzustellen. Dennoch ist nicht nur seine Rechnung, sondern auch die auf seinen Gedanken aufbauende offizielle Flow-of-Funds-Rechnung der USA bis heute nicht voll mit der VGR kompatibel.

3.3 Die Flow-of-Funds-Statistik der USA

Angeregt durch die Arbeiten von Copeland begann der Board of Governors des Federal Reserve System im Jahre 1947 mit eigenen Vorarbeiten für eine Finanzierungsrechnung. Sie wurde 1955 fertiggestellt, 1959 jedoch bereits revidiert. Als Weiterführung von Copelands „moneyflows“ berücksichtigten die „flow-of-funds“ (FOF) vor allem bei Einkommens- und Transferleistungen in größerem Ausmaß verschiedene Rechnungsabgrenzungsposten, die die zeitlichen Diskrepanzen zwischen „Cash“- und „Accrual“-Prinzip überbrücken. Sie sind also verstärkt auf Transaktionsbasis, dem Verbuchungsprinzip der VGR, registriert.

In der revidierten Fassung der FOF-Statistik¹⁾ sind die nichtfinanziellen Transaktionen verstärkt in laufende und in realvermögenswirksame getrennt. Damit wird der Übergang von Copelands Einnahmen-

¹⁾ Federal Reserve Board, „A Quarterly Presentation of Flow of Funds, Saving and Investment“, Federal Reserve Bulletin, 1959, S. 828ff.

Ausgaben-Rechnung zu einer im Prinzip in Leistungs- und Zahlungstransaktionen gegliederten Ersparnis- und Geldvermögensveränderungsrechnung eingeleitet. Wegen der verstärkten Buchung auf Transaktionsbasis entspricht der Saldo der nichtfinanziellen Transaktionen in der FOF-Rechnung weit eher der Geldvermögensbildung als noch bei Copeland oder in den früheren Versionen der Finanzierungsrechnung des Federal Reserve System.

Die FOF-Rechnung des Federal Reserve System setzt sich aus drei Teilrechnungen zusammen:

- a) Den Kern des Systems bilden die sektoralen FOF-Rechnungen, wobei die Transaktionen für jeden Sektor seinen Merkmalen entsprechend gegliedert sind. Alle Transaktionen, die eine finanzielle Seite aufweisen (nicht also reale Tauschtransaktionen, interne oder fingierte Transaktionen), werden in Form der doppelten Buchführung aufgezeichnet. Sie sind in nichtfinanzielle und finanzielle Transaktionen eingeteilt, doch gibt es – wie schon bei Copeland – auch in der FOF-Rechnung keine allgemeine Definition der nichtfinanziellen Transaktionen. Die finanziellen Transaktionen bestehen aus den reinen Finanztransaktionen (durch die die Leistungsseite nicht berührt wird) und den Gegenbuchungen zu den Transaktionen der Leistungsseite. Zum Unterschied von Copeland geht die FOF-Statistik bei den finanziellen Transaktionen von Stromgrößen und nicht mehr von Bestandsveränderungen aus.
- b) Den zweiten Teil des Gesamtsystems bilden die Transaktionskonten, in denen die einzelnen Transaktionsarten auf gesamtwirtschaftlicher Ebene in einheitlicher Gliederung dargestellt sind.
- c) Diese beiden Teile werden in ein gesamtwirtschaftliches Rechnungssystem mit fünf Hauptsektoren (private Haushalte, private nichtfinanzielle Unternehmungen, öffentlicher Sektor, Finanzierungsinstitute und Ausland) integriert.

Das zu einer FOF-Matrix zusammengefaßte gesamtwirtschaftliche Rechnungssystem besteht aus den Vermögensveränderungs- und Finanzierungskonten der einzelnen Sektoren. Nicht aufgenommen sind andere Transaktionen der Leistungsseite, die in den Sektorrechnungen – wenn auch für jeden Sektor in anderer Form – noch enthalten sind. Der Einbau der FOF-Rechnung in die VGR ist im Laufe der Zeit durch verschiedene Revisionen erleichtert worden. Dennoch gibt es nach wie vor Unterschiede in der Sektoren- und Transaktionenabgrenzung, die eine vollständige Ankoppelung nicht erlauben.

3.4 Die britische Flow-of-Funds-Statistik

Den Anstoß zur Erstellung einer FOF-Statistik für Großbritannien gab der Radcliffe-Report (1959), der die finanziellen Transaktionen der

Volkswirtschaft in einen gesamtwirtschaftlichen Rahmen gestellt sehen wollte. Als Vorbild konnte die damals schon ausgearbeitete FOF-Statistik der USA dienen. Seit 1963 veröffentlicht die Bank of England die gemeinsam mit dem Central Statistical Office erarbeiteten FOF-Tabellen. Im Gegensatz zu den amerikanischen konnten die britischen Stellen in ihrer Arbeit auf die inzwischen entwickelte VGR Rücksicht nehmen. Daher ist die FOF-Rechnung in Großbritannien von Anfang an so konzipiert worden (etwa in den Sektordefinitionen), daß sie voll mit der VGR gekoppelt werden kann: sie übernimmt aus der VGR den Saldo der nichtfinanziellen Transaktionen und ordnet ihn den finanziellen Transaktionen zu. Neben den Stromgrößen soll auch eine Bestandsrechnung aufgebaut werden; sie wurde ursprünglich von der Universität Cambridge begonnen und wird nun vom Central Statistical Office betreut.

Die sektorale Rechnung beschränkt sich auf die Zahlungstransaktionen, die in einem Vermögensveränderungs- und einem Finanzierungskonto dargestellt werden. Die sektoralen Transaktionskonten werden zu einer gesamtwirtschaftlichen FOF-Matrix zusammengefaßt, in der die Hauptsektoren öffentliche Haushalte, Ausland, private Haushalte, der Sektor Handel, Gewerbe und Industrie, der Bankensektor sowie der Sektor der anderen Finanzierungsinstitute repräsentiert sind.

3.5 Die deutsche Finanzierungsrechnung

Ähnlich wie die britische FOF-Rechnung war die deutsche Finanzierungsrechnung von Anfang an in enger Anlehnung an die VGR konzipiert worden. Im Jahre 1955 begann die Deutsche Bundesbank eine sektorale Finanzierungsstatistik zu veröffentlichen, die die Ersparnisbildung („Vermögensbildung“) und die Veränderung der Verbindlichkeiten (Finanzierung der Vermögensbildung) auswies. 1959 wurden die bis dahin behandelten Sektoren um einen Finanzierungssektor erweitert und die sektorale Finanzierungsstatistik durch eine gesamtwirtschaftliche Übersicht ergänzt. Die sektorale Finanzierungsstatistik kennt keine Konten der Leistungsreihe. Sie besteht aus einem Vermögensveränderungskonto („Vermögensbildung und Ersparnis“) und einem Finanzierungskonto („Finanzierungsrechnung“). Die Definition des Bruttogeldvermögens und der Verbindlichkeiten ist enger als die der amerikanischen FOF-Rechnung. Wie in der FOF-Rechnung werden allerdings die Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten nur netto (nach Abzug der Rückzahlungen) verbucht. Neben der Veränderungsrechnung hat die Deutsche Bundesbank auch eine Bestandsrechnung aufgebaut, wobei sich Bestandsveränderungen im allgemeinen auf intersektorale Forderungen und Verbindlichkeiten beziehen; nur bei Wertpapieren und Geldmarktpapieren kann es sich auch um innersektorale Veränderungen handeln.

Die sektoralen Konten werden von einem Gesamtsystem überlagert, das in vier nichtfinanzielle Sektoren (private Haushalte, Unternehmungen, öffentliche Haushalte, Ausland) und drei finanzielle Sektoren (Banken, Bausparkassen, Versicherungen) gegliedert ist. Die Hauptsektoren sind zum Teil weiter gegliedert. Bei den finanziellen Aktiva und Passiva wurde primär nach dem Liquiditätsgrad der Finanzierungsinstrumente untergegliedert. Es besteht in fast allen Fällen eine zweiseitige Zuordnung der Transaktionen auf Gläubiger- und Schuldnersektoren (ausgenommen Aktien, festverzinsliche Wertpapiere und Geldmarktpapiere). Da die Sektorenbildung für die Leistungs- und Finanztransaktionen identisch ist und die Abgrenzung des Bruttogeldvermögens der Sektoren in der VGR und in der Finanzierungsrechnung übereinstimmt, kann die Finanzierungsrechnung in der BRD vollständig in die VGR integriert werden.

3.6 Das SNA der Vereinten Nationen

Mit dem „System of National Accounts“ (SNA) haben die Vereinten Nationen versucht, ein weit über die herkömmliche Volkseinkommensrechnung hinausgehendes gesamtwirtschaftliches Rechnungssystem zu konzipieren. Die traditionellen Konten der VGR werden so disaggregiert, daß die Input-Output-Rechnung und die Finanzierungsrechnung integriert werden können. Darüber hinaus ist das SNA um eine Eröffnungs- und Schlußbilanz für die Sektoren der Volkswirtschaft ergänzt, sodaß eine Verbindung zwischen Strom- und Bestandsrechnung hergestellt wird. Im SNA ist nur die einseitige Zuordnung (keine doppelte Buchführung) der Einkommenszahlungen, Transfers und der Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten möglich.

Das SNA muß im jetzigen Stadium der statistischen Erfassung in den meisten Mitgliedsländern der Vereinten Nationen als Fern- und Maximalziel gelten, doch kann es als Richtschnur für die in einzelnen Ländern zu erarbeitenden volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Finanzierungsrechnungen angesehen werden.

4 ZUSAMMENHÄNGE ZWISCHEN REALEN UND FINANZIELLEN TRANSAKTIONEN

4.1 Allgemeines

Die **finanziellen Transaktionen** (Veränderungen der Forderungen und Verpflichtungen) sind eng mit der Entstehung, Verteilung und Verwendung der im Produktionsprozeß entstehenden Einkommen, also mit den **realen Transaktionen**, verflochten. Die realen Transaktionen spiegeln sich einerseits in Finanzierungsvorgängen, andererseits werden die Einkommensströme von finanziellen Transaktionen beeinflußt.

Es empfiehlt sich daher, diese Zusammenhänge an Hand des Systems der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung kurz zu skizzieren. Diese Darstellung beschränkt sich auf einen allgemeinen, methodischen Überblick. Auf die speziellen österreichischen Probleme wird erst bei der Beschreibung der Finanzierungsmatrix eingegangen.

Das österreichische System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, das weitgehend auf dem SNA basiert, ist durch eine **Zweiteilung** der Transaktionen und Konten gekennzeichnet. Es wird zwischen den Transaktoren der Produktions-, Konsum- und Sachkapitalbildungskonten einerseits und den Transaktoren der Einkommens- und Finanzierungskonten andererseits unterschieden. Diese Unterscheidung ist grundsätzlich und durchzieht das gesamte System.

Für die vorliegende Untersuchung sind zwar die Einkommens- und Finanzierungskonten maßgebend, doch empfiehlt es sich, als Ausgangsbasis die Produktionskonten kurz zu beschreiben, weil diese Konten Höhe und Zusammensetzung der Wertschöpfung zeigen und Hinweise auf Entstehung und Verteilung der Einkommen geben.

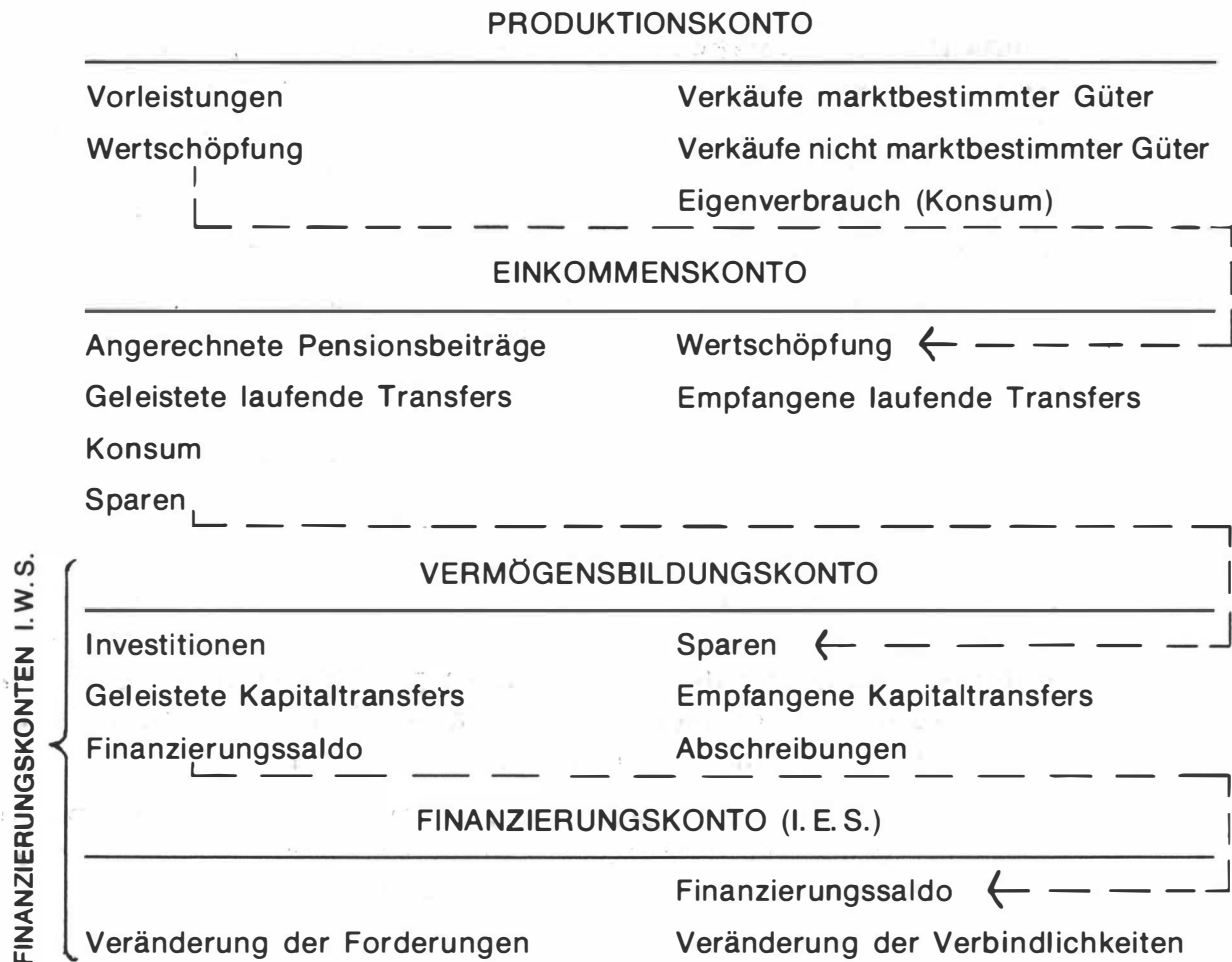
4.2 Die Hauptkonten der VGR

4.2.1 PRODUKTIONSKONTEN

Die **Produktionskonten** sind nach Transaktoren in zwei Gruppen getrennt: es wird nach „**Industrien**“¹⁾ und „**übrige Transaktoren**“ (öffentliche Dienste, private Dienste ohne Erwerbscharakter und häusliche Dienste) deutlich unterschieden. Industrien produzieren **nur** marktbestimmte Güter (einschließlich selbsterstellter Anlagen und auf Lager produzierte Güter) zu Preisen, die die Kosten decken. Die übrigen Transaktoren produzieren auch nicht marktbestimmte Güter, und sie können in der Regel ihre Produktionskosten durch die Preise nicht voll decken.

¹⁾ Industrie wird hier **nicht** im herkömmlichen Sprachgebrauch verwendet. Diese Bezeichnung stammt aus dem SNA. Die Definition vgl. SNA S. 72. Die Einheit für die Industrien ist der Betrieb und nicht die Unternehmung.

Übersicht 1:

Ableitung des sektoralen Finanzierungskontos aus der VGR

Die Ertragseite des Produktionskontos der Industrie zeigt daher die Verkäufe an marktbestimmten Gütern und Leistungen (den Bruttoproduktionswert), in den Produktionskonten der übrigen Transaktoren sind die Bruttoproduktionswerte den Produktionskosten gleichgesetzt¹⁾. Da diese Transaktoren nur einen (geringen) Teil ihrer Kosten durch Erlöse decken, ist in diesen Produktionskonten auf der Ertragseite ein Saldo, der im SNA²⁾ als „Eigenverbrauch“ bezeichnet wird, ausgewiesen. Das konsolidierte Produktionskonto (Übersicht 1) enthält daher auf der Ertragseite die Verkäufe von marktbestimmten und nicht marktbestimmten Gütern und eine Saldengröße „Eigenverbrauch“. Die Summe dieser drei Komponenten entspricht dem Brutto-Output (Bruttoproduktionswert) der gesamten Wirtschaft. Zu diesem Brutto-Output müssen allerdings noch die Mehrwertsteuer und

¹⁾ vgl. SNA, S. 124.

²⁾ SNA, S. 109 u. ö.

die Importabgaben hinzugerechnet werden, damit das Produktionskonto ausgeglichen ist.

Die **Aufwendungen** für die Erstellung des Brutto-Output setzen sich aus den Vorleistungen (z. B. Materialeinsatz) und der Wertschöpfung zusammen. Während die Vorleistungen im folgenden nicht mehr weiter untersucht werden¹⁾, sind die Wertschöpfung und ihre Komponenten für diese Arbeit maßgebend, weil sie das Bindeglied zu den Einkommenskonto darstellen (Übersicht 1).

Die **Wertschöpfung** setzt sich aus dem Bruttoentgelt für unselbständige Arbeit, dem Betriebsüberschuß, den Abschreibungen und den indirekten Steuern abzüglich der Subventionen zusammen.

Das **Bruttoentgelt für unselbständige Arbeit** enthält nicht nur die Bruttolöhne und -gehälter, sondern auch Lohnnebenkosten (z. B. Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung, **nicht** aber den Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleich), die Abfertigungen und den Soziallohn (Nettopensionen der öffentlichen Haushalte und Betriebe, aber auch der Privatwirtschaft). Zum Bruttoentgelt für unselbständige Arbeit zählen auch Sachbezüge (etwa Deputate, Wohnung etc.). Gemäß SNA²⁾ zählt auch die Bezahlung aller Militärpersonen (auch der Präsenzdiener) sowie ihre Verpflegung und Bekleidung zu diesem Bruttoentgelt.

Der **Betriebsüberschuß** kann nur bei „Industrien“ auftreten. Er ist eine Saldengröße und ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Bruttoproduktionswert einerseits und den Vorleistungen und den übrigen Komponenten der Wertschöpfung andererseits. Bei den übrigen Transaktoren der Produktion kann ein Betriebsüberschuß nicht entstehen, weil dort der Bruttoproduktionswert, wie bereits erwähnt, den Produktionskosten entspricht. Im Gegensatz zu den Bruttoentgelten für unselbständige Arbeit, die unmittelbar in das Einkommenskonto (der privaten Haushalte) übertragen werden (können), muß der Betriebsüberschuß modifiziert und auf verschiedene Einkommenskonto aufgespaltet werden³⁾.

Die **Abschreibungen** werden von der erwarteten wirtschaftlichen Nutzungsdauer der abnutzbaren Anlagegüter berechnet, wobei von den Wiederbeschaffungskosten ausgegangen wird. Für verschiedene öffentliche Investitionen, wie etwa Straßen und Dämme, wird keine Abschreibung in der Gesamtrechnung berücksichtigt.

¹⁾ Eine eingehende Beschreibung der Vorleistungen gibt das SNA, S. 100 ff.

²⁾ vgl. SNA, S. 121.

³⁾ Diese Modifikationen und Aufteilungen werden im Teil 6 an Hand der Beschreibung der Finanzierungsmatrix näher erläutert.

Die Abschreibungen werden als einzige Komponente der Wertschöpfung nicht in die Einkommenskonten, sondern in die Finanzierungskonten übertragen. Es besteht allerdings ein Unterschied zwischen den Abschreibungen in den „Industrien“ und den übrigen Transaktoren. Für die „Industrien“ wird unterstellt, daß die Abschreibungen voll in den Preisen untergebracht werden können und daher im Unternehmenssektor zur Finanzierung der Investitionen beitragen. Für die übrigen Transaktoren können die Abschreibungen nicht in den Preisen gedeckt werden, sie sind gewissermaßen nur angerechnet, um dem Kostenkonzept im Produktionskonto zu entsprechen. Die Abschreibungen in diesen Finanzierungskonten (vor allem im öffentlichen Sektor) tragen daher nicht zur Aufbringung von Finanzierungsmitteln bei.

Indirekte Steuern und **Subventionen** werden als Bestandteile der Wertschöpfung auf das Einkommenskonto des öffentlichen Sektors übertragen. Indirekte Steuern entstehen nur im Rahmen der Produktion. Haushalte können weder indirekte Steuern zahlen, noch Subventionen empfangen¹⁾.

4.2.2 EINKOMMENS- UND FINANZIERUNGSKONTEN

Nach der Beschreibung der Entstehung und Zusammensetzung der Wertschöpfung an Hand der Produktionskonten wird nun die **Verteilung** und **Verwendung** aufgrund der Einkommens- und Finanzierungskonten kurz erläutert. Die Darstellung dieser Konten ist für die vorliegende Arbeit nicht nur deshalb wichtig, weil sie mit einem Saldo „Sparen“ abgeschlossen werden, der für die Finanzierung eine wichtige Rolle spielt, sondern auch, weil sie die Verflechtungen zwischen den einzelnen Sektoren erkennen lassen und damit einen wichtigen Teil des Kreislaufes der realen Transaktionen abbilden.

Die **Transaktoren** der Einkommens- und Finanzierungskonten unterscheiden sich grundsätzlich von jenen der Produktionskonten. Während die Unterscheidung der Transaktoren der Produktionskonten nach produktionstechnischen Gesichtspunkten erfolgt, weil dort vorwiegend Produktionsentscheidungen getroffen werden, sind die Transaktoren der Einkommens- und Finanzierungskonten nach institutionellen Aspekten abgegrenzt, weil in diesen Sektoren die Finanzierungsentscheidungen fallen.

Das SNA²⁾ unterscheidet für die Einkommens- und Finanzierungskonten fünf Sektoren: Unternehmungen, Finanzinstitutionen, Staat, private Haushalte, private Institutionen ohne Erwerbscharakter. Es sind

¹⁾ vgl. SNA, S. 123.

²⁾ SNA, S. 78 ff.

für einzelne Sektoren Subsektoren vorgesehen. Das ist besonders im Sektor „Staat“ wichtig, wo das SNA für das „general government“ eine Untergliederung vorsieht. Ferner ist zu berücksichtigen, daß ein Sektor „Ausland“ besteht, durch den das System geschlossen wird.

Einkommenskonten

Aus den Einkommenskonten lassen sich erstens Hinweise gewinnen, welcher Teil der Wertschöpfung den einzelnen Sektoren zufließt (wie sie verteilt wird), zweitens, welche Transferströme zwischen den Sektoren fließen (vor allem zwischen den öffentlichen und privaten Sektoren) und drittens, wie die Einkommen verwendet werden.

Zu berücksichtigen ist, daß in den einzelnen Sektoren sowohl in den Einnahmen als auch den Ausgaben angerechnete Posten enthalten sind, die jedoch meist Einnahmen und Ausgaben in gleicher Höhe betreffen und weniger die Salden beeinflussen.

Für jeden Sektor wird das Einkommenskonto durch den Saldo „Sparen“ ausgeglichen, der somit die Probleme spiegelt, die sich bei der Ermittlung der laufenden Einnahmen und Ausgaben ergeben¹⁾.

Im folgenden werden für die Sektoren private Haushalte, Unternehmungen und Staat die Einkommenskonten mit ihren wichtigsten Einnahmen und Ausgaben kurz skizziert, um zu zeigen, welche Faktoren das „Sparen“ beeinflussen.

Den **privaten Haushalten** fließen neben den Bruttoentgelten aus unselbständiger Arbeit aus der Wertschöpfung auch noch Einkünfte aus Besitz (Dividenden, Zinsen) zu, die im Betriebsüberschuß enthalten sind. Sie erhalten ferner Transfers vom öffentlichen Sektor (Pensionen, Familienbeihilfen etc.) und vom Ausland.

Aus diesen Einnahmen leisten die privaten Haushalte Transferzahlungen an den öffentlichen Sektor (vor allem Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) und finanzieren ihre Konsumausgaben und die Zinsen für Konsumentenkredite. Sieht man von kleineren Posten, die in den Einnahmen und Ausgaben noch enthalten sind, ab (z.B. Versicherungsleistungen), so läßt sich erkennen, daß das „Sparen“ der privaten Haushalte vor allem von fünf Faktoren bestimmt wird: den Bruttoentgelten für unselbständige Arbeit (Löhne und Gehälter), den Zeinsteuereinkünften und den Transferzahlungen auf der Einnahmenseite, den Konsumausgaben sowie den Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen bei den Ausgaben.

Dem **Unternehmensektor** (einschließlich der Finanzinstitutionen) fließt aus der Wertschöpfung ein Teil des Betriebsüberschusses, fer-

Schaubild 1

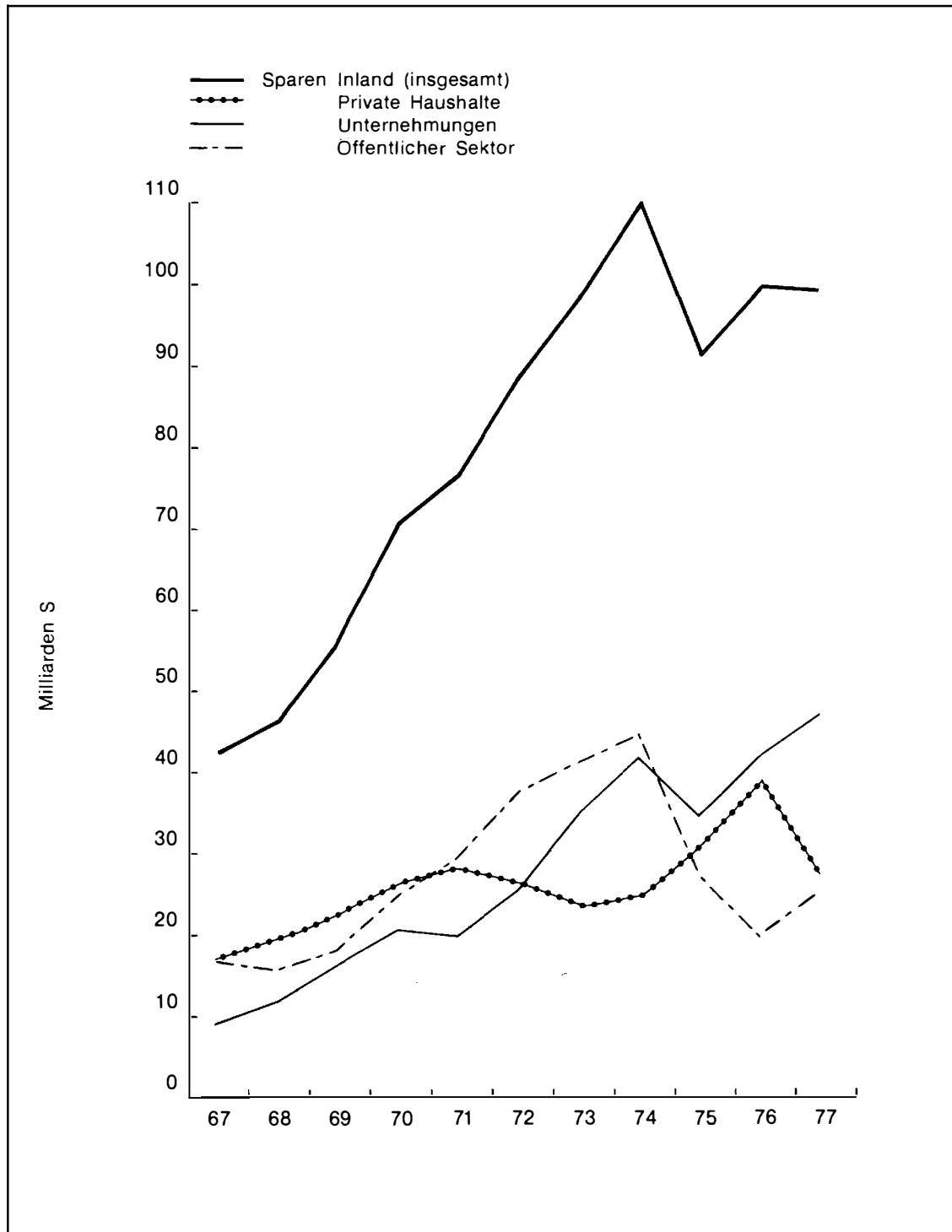
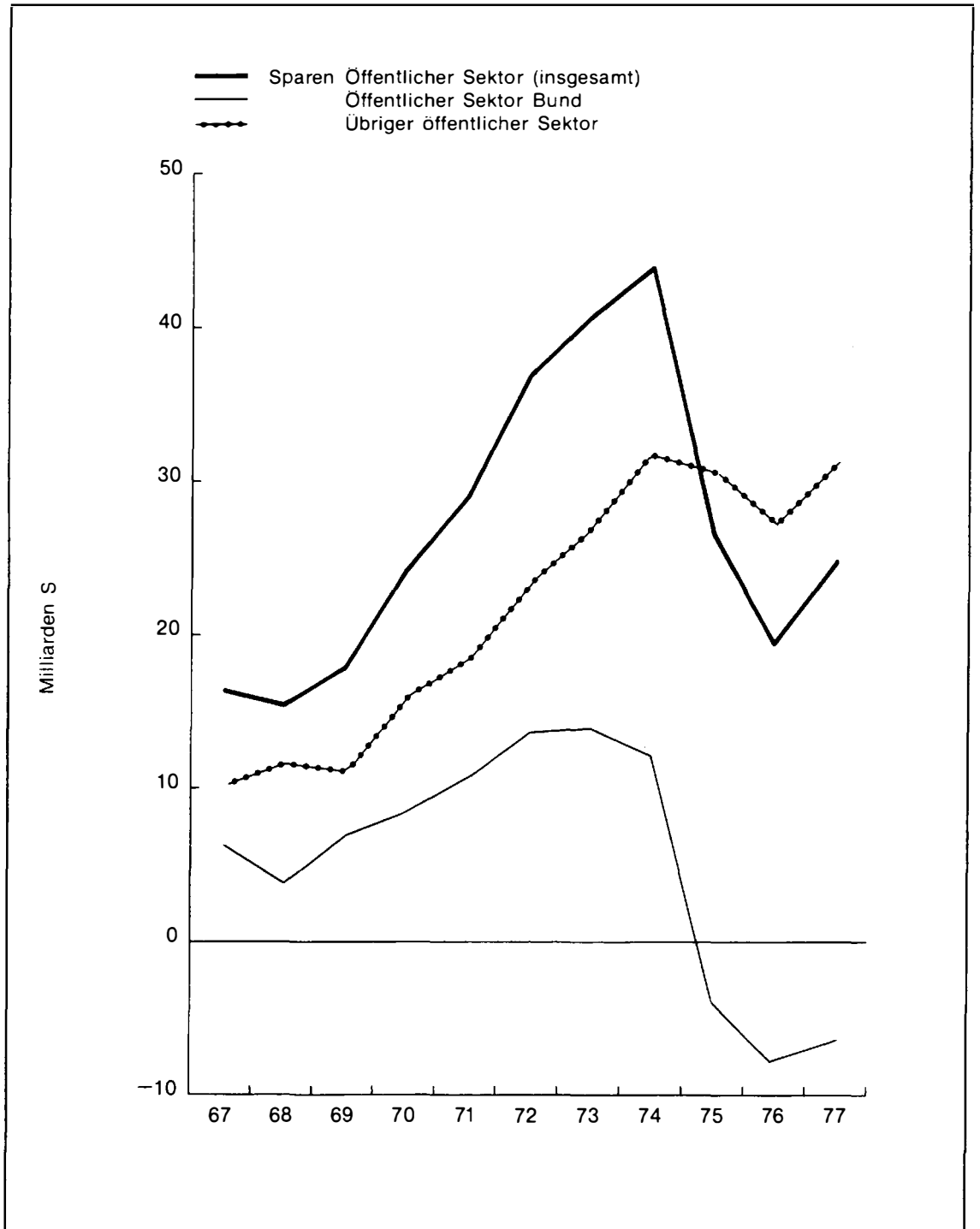
Inländisches Sparen

Schaubild 2

Sparen des öffentlichen Sektors

ner Zinsen und Transfers in Form von Subventionen zu. Aus diesen Einnahmen hat der Unternehmensektor Transfers an den Staat (Steuern) zu bezahlen. Für das „Sparen“ im Unternehmensektor sind daher die unverteilt (bzw. nicht entnommenen) Gewinne und die Steuerzahlungen maßgebend.

Der **öffentliche Sektor** erhält aus der Wertschöpfung neben den indirekten Steuern auch einen (geringen) Teil des Betriebsüberschusses. Ein erheblicher Teil der laufenden Einnahmen des Staates entfällt auf die bereits erwähnten Transferzahlungen vom privaten Sektor (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge). Aus diesen Einnahmen hat der Staat die Ausgaben für den öffentlichen Konsum¹⁾, die Transferzahlungen, die Subventionen und die Zinsen für die Staatsschuld zu finanzieren. Das „Sparen“ des öffentlichen Sektors spiegelt daher die Differenz der laufenden Einnahmen und Ausgaben und nur zum Teil den Budgetsaldo wider.

Finanzierungskonten

Das **Sparen** verknüpft die Einkommenskonto mit den Finanzierungskonten der einzelnen Sektoren. Im gegenwärtigen System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind die Finanzierungskonten zweigeteilt²⁾. Aus dem „oberen Teil“ der Finanzierungskonten läßt sich ersehen, aus welchen Quellen die einzelnen Sektoren ihre Kapitalbildung finanzieren und wie sie die aus den realen Transaktionen stammenden Finanzierungsmittel auf die Bildung von Sachkapital und Geldvermögen aufteilen. Im „unteren Teil“ (dem Finanzierungskonto im engeren Sinn) zeigt sich, wie sich der Saldo aus dem „oberen Teil“ des Finanzierungskontos (der Geldvermögensbildung) in der Veränderung der finanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten (in den einzelnen Finanzierungsinstrumenten) niederschlägt (Übersicht 2). Die Geldvermögensbildung ist daher die Nahtstelle zwischen den realen Transaktionen und den Finanztransaktionen.

Aus den realen Transaktionen stehen neben dem **Sparen** als Saldo der Einkommenskonto (Überschuß der laufenden Einnahmen über die laufenden Ausgaben) auch noch die **Abschreibungen** als Teil der Wertschöpfung (aus dem Produktionskonto) für die Finanzierung zur Verfügung. Allerdings ist, wie bereits erwähnt, zu berücksichtigen, daß nur die Abschreibungen aus den Produktionskonten der „Industrien“

¹⁾ Der öffentliche Konsum entspricht dem Bruttoproduktionswert auf dem Produktionskonto des öffentlichen Dienstes abzüglich des Erlöses für nicht marktmäßige Verkäufe. Er umfaßt somit die Personalkosten, Abschreibungen, laufenden Sachausgaben (Vorleistungen) und indirekten Steuern, die für die Erstellung öffentlicher Güter aufgewendet werden.

²⁾ Das SNA unterscheidet auch zwischen einem „upper and lower panel“ in den Finanzierungskonten.

in den Verkäufen voll verrechnet werden und damit zur Finanzierung herangezogen werden können.

Zur Finanzierung dienen neben Sparen und Abschreibungen außerdem noch **Kapitaltransfers**, die zwischen öffentlichen und privaten Sektoren abgewickelt werden. Diese Transfers werden in den einzelnen Finanzierungskonten netto (Ausgaben minus Einnahmen) verrechnet.

Dieser **Aufbringung** an Finanzierungsmitteln (Sparen, Abschreibungen, Kapitaltransfers) steht die **Verwendung** für die Bildung von Sachkapital und die Liegenschaftskäufe gegenüber. Die Bildung von Sachkapital umfaßt nicht nur die Investitionen, sondern auch die Lagerveränderungen. Das Ausmaß der Sachkapitalbildung ist erheblich von Abgrenzungen (etwa zwischen Investitionen und Instandhaltungen) und Bewertungsfragen (vor allem bei den Lagern) beeinflusst.

Diese Abgrenzungs- und Bewertungsprobleme, die hier nicht im einzelnen diskutiert werden können, spiegeln sich im Saldo des Finanzierungskontos – der Geldvermögensbildung. Das Ausmaß der Geldvermögensbildung in den einzelnen Sektoren ist somit vorwiegend vom Sparen, den Anlageinvestitionen und der Lagerbildung abhängig. Zu berücksichtigen ist, daß die Lagerveränderungen auch negativ sein können. In diesem Fall erfolgt eine Liquidisierung von Vermögensteilen, und der Lagerabbau trägt entweder zur Finanzierung der Investitionen oder der Geldvermögensbildung bei.

Liegenschaftstransaktionen können ebenfalls in den einzelnen Sektoren Finanzierungsmittel binden oder freisetzen und damit die sektoralen Salden der Geldvermögensbildung beeinflussen.

Auslandskonten

In einer offenen Wirtschaft fließt ein Teil der im Inland erzielten Einnahmen ins Ausland (Importe i.w.S., Faktoreinkommen und Transfers) andererseits werden Exporte i.w.S. getätigt, Faktoreinkommen und Transfers aus dem Ausland bezogen, wodurch die im Inland verfügbaren Einkommen erhöht werden. Der Saldo aus Exporten i.w.S., Importen i.w.S., Faktoreinkommen und Transfers entspricht dem Saldo aus Sachkapitalbildung und Finanzierungsmitteln, d. h. der Geldvermögensbildung aller inländischen Finanzierungskonten. Wenn die Sachkapitalbildung höher ist als die im Inland zur Verfügung stehenden Finanzierungsmittel, die gesamte Geldvermögensbildung daher negativ ist, muß das durch eine Kreditgewährung des Auslands ausgeglichen werden. Umgekehrt würde eine insgesamt positive Geldvermögensbildung einer Kreditgewährung an das Ausland entsprechen. Durch das Auslandskonto wird somit das Kontensystem geschlossen.

4.3 Schematische Zusammenfassung

Um den späteren Übergang zur gesamtwirtschaftlichen Darstellung zu erleichtern, sollen die bisher beschriebenen Zusammenhänge zwischen den einzelnen realen Transaktionen durch folgende definitorische Beziehungen zusammengefaßt werden. Die Leistungsströme im Vermögensbildungskonto eines bestimmten Sektors „i“ seien mit S_i (= Ersparnis einschließlich empfangener Kapitaltransfers und Abschreibungen), I_i (= Brutto-Investitionen einschließlich geleisteter Kapitaltransfers) und B_i (= Finanzierungssaldo) bezeichnet; dann gilt:

$$(1) \quad S_i - I_i = B_i$$

Vereinfacht kann man also sagen, daß der Finanzierungssaldo eines Sektors seinen um die Investitionen verminderten Ersparnissen entspricht. Diese Definition berücksichtigt ausschließlich die Transaktionen des Vermögensbildungskontos, also des „oberen Teils“ des Finanzierungskontos im SNA. Wie anhand der Übersicht 2 gezeigt werden kann, läßt sich der Finanzierungssaldo B_i auch als Differenz zwischen den sektoralen Einnahmen (E_i) und den sektoralen Ausgaben (A_i) definieren:

$$(2) \quad E_i - A_i = B_i$$

Für manche Analysen eignet sich der Einnahmen-Ausgaben-Ansatz besser als der Sparen-Investieren-Ansatz¹⁾.

Führt man die Einkommensstruktur eines Sektors einen Schritt weiter zu den finanziellen Märkten, so kommt man zum **Finanzierungskonto** i. e. S., das das Hauptelement der Finanzierungsstatistik ist. Das Finanzierungskonto i. e. S. stellt die Veränderungen der finanziellen Forderungen (Aktiva) den Veränderungen der finanziellen Verbindlichkeiten (Passiva) gegenüber, wobei auf beiden Seiten weitgehend nach Finanzierungstiteln (finanziellen Transaktionsklassen) aufgegliedert wird. In einem integrierten System, das sowohl die realen als auch die finanziellen Transaktionen enthält, scheint der Finanzierungssaldo des Vermögensbildungskontos als Saldo des Finanzierungskontos i. e. S. auf dessen Passivseite wieder auf. Für den Sektor i gilt dann, daß die Veränderung seiner finanziellen Forderungen (ΔF_i) abzüglich der Veränderung der finanziellen Verbindlichkeiten (ΔV_i) seinem Finanzierungssaldo entspricht:

$$(3) \quad \Delta F_i - \Delta V_i = B_i$$

Die Gleichung (3) stellt den definitorischen Zusammenhang zwischen dem Güterkreislauf und dem Zahlungskreislauf einer Volkswirtschaft im Bereich des Sektors i her. In der praktischen Arbeit mit vorhandenen Statistiken ergeben sich große Schwierigkeiten, eine Übereinstimmung der realen und finanziellen Transaktionen gemäß Gleichung

¹⁾ G. Tichy, „Einige Bemerkungen zur Geldstromrechnung ...“ op. cit.

25

Übersicht 2:

Schematische Darstellung einer erweiterten Finanzierungsmatrix

	Private Haushalte	Private Unternehmungen	Bund	Sonstige öffentliche Haushalte	Finanzierungs-institute	Ausland	Summe aller Sektoren
Laufende Einnahmen	LE_h	LE_u	LE_b	LE_s	–	$LE_a = M$	LE
Laufende Ausgaben	LA_h	LA_u	LA_b	LA_s	–	$LA_a = X$	LA
Sparen	$S_h = LE_h - LA_h$	$S_u = LE_u - LA_u$	$S_b = LE_b - LA_b$	$S_s = LE_s - LA_s$	–	$S_a = M - X$	$S = LE - LA$
Netto-Investitionen	–	I_u	I_b	I_s	–	–	I
Geldvermögensbildung	$B_h = S_h$	$B_u = S_u - I_u$	$B_b = S_b - I_b$	$B_s = S_s - I_s$	–	$B_a = S_a$	$B = S - I = 0$
Veränderung der finanziellen Aktiva	ΔF_h	ΔF_u	ΔF_b	ΔF_s	ΔF_f	ΔF_a	ΔF
Veränderung der finanziellen Passiva	ΔV_h	ΔV_u	ΔV_b	ΔV_s	ΔV_f	ΔV_a	ΔV
Finanzierungssaldo	$B_h = \Delta F_h - \Delta V_h$	$B_u = \Delta F_u - \Delta V_u$	$B_b = \Delta F_b - \Delta V_b$	$B_s = \Delta F_s - \Delta V_s$	$B_f = \Delta F_f - \Delta V_f$	$B_a = \Delta F_a - \Delta V_a$	$B = \Delta F - \Delta V = 0$

Zur Notation: M = Importe, X = Exporte; die übrigen Bezeichnungen ergeben sich aus den Spalten- und Zeilenüberschriften.

(3) herzustellen. Darauf wurde bereits im Teil 3 dieser Arbeit eingegangen. Weiter unten wird auf dieses Problem nochmals hingewiesen werden.

Bisher wurde nur der Zusammenhang zwischen den realen und finanziellen Transaktionen eines einzelnen Sektors dargestellt. Um ein vollständiges, in sich geschlossenes System zu erhalten, muß eine **gesamtwirtschaftliche Finanzierungsmatrix** erstellt werden, die sich durch das Aneinanderreihen der sektoralen Finanzierungskonten ergibt. In den paarweise angeordneten Spalten dieser Matrix stehen dann für jeden Sektor nach Finanzierungstiteln aufgegliedert die Aktiv- und Passivbuchungen der einzelnen finanziellen Transaktionen. Die Zeilen enthalten für jedes einzelne Finanzierungsinstrument die Transaktionen nach Sektoren. Übersicht 2 gibt ein einfaches Schema einer um die sektoralen Vermögensbildungskonten erweiterten Finanzierungsmatrix wieder, in der die finanziellen Aktiva und Passiva nicht disaggregiert sind.

Die Elemente einer solchen Finanzierungsmatrix sind mehreren **Beschränkungen** unterworfen. Für Zeilen mit nichtfinanziellen Transaktionen gilt, daß ihre Summe über alle Sektoren gleich der entsprechenden Größe in der VGR sein muß. In den Zeilen mit finanziellen Transaktionen muß die Summe aller Aktiv-Buchungen gleich sein der Summe aller Passiv-Buchungen; die Summe aller Transaktionen einer Volkswirtschaft mit einem Finanzierungsinstrument ist also gleich Null, da ja in der Gesamtwirtschaft jeder Forderung eines Sektors gleich hohe Verpflichtungen aller anderen Sektoren gegenüberstehen müssen. Daraus folgt, daß die Summe der Finanzierungssalden aller Sektoren (einschließlich Ausland) in einer Volkswirtschaft gleich Null sein muß. Summiert man nämlich über die Sektoren auf, so erhält man im gesamtwirtschaftlichen Vermögensbildungskonto die Keynesche Gleichheit von Sparen und Investieren; unter Beibehaltung der bisher verwendeten Notation, jedoch ohne Sektorindizes, gilt für die Gesamtwirtschaft:

$$(4) \quad S - I = B = 0$$

Gleichzeitig muß folgende Identität gelten:

$$(5) \quad \Delta F - \Delta V = B = 0$$

Diese in einer Finanzierungsmatrix auftretenden Beschränkungen sind ihr entscheidender Fortschritt gegenüber jeder partiellen Analyse von Finanzierungsströmen. Sie stellen sicher, daß jede finanzielle Transaktion in einen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang gestellt wird und (wegen der daraus ersichtlichen Rückwirkung auf andere Elemente derselben Matrix) auf ihre Plausibilität überprüft werden kann. Insbesondere kann der Zusammenhang zwischen Finanzierungsüberschüssen und -defiziten einzelner Sektoren dargestellt werden.

5 ALLGEMEINE METHODENPROBLEME

Aus dem Konzept der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergeben sich einige grundsätzliche Probleme, die hier kurz erwähnt werden sollen, weil sie für die folgende Beschreibung der Finanzierungsmatrix und die Interpretation wichtig sind. Es handelt sich dabei um Fragen der Abgrenzung der Sektoren, Probleme der zeitlichen Zuordnung von Transaktionen und verschiedene statistische Diskrepanzen.

Die **Abgrenzung der Transaktoren** in den Einkommens- und Finanzierungskonten zwischen privaten Haushalten und Unternehmungen ist schon im Konzept des SNA nicht streng durchgezogen. Kleinere Unternehmungen sind im SNA dem privaten Haushaltsektor zugeordnet¹⁾, weil bei ihnen zwischen privater und Unternehmenssphäre nicht immer deutlich getrennt werden kann. Die Abgrenzung erfolgt teils durch die Rechtsform (juristische Personen zählen immer zum Unternehmensektor), teils aber aufgrund der Unternehmensgröße und dem Stand des Rechnungswesens²⁾.

Ein Teil der kleineren und mittleren Unternehmungen ist daher selbst nach dem Konzept des SNA im Sektor private Haushalte enthalten.

Diese Trennung der Unternehmungen hat Auswirkungen auf die Finanzierungskonten. Ein Teil der Investitionen und Lagerveränderungen, aber auch der Abschreibungen wäre im Finanzierungskonto der privaten Haushalte zu verrechnen. Auch ist zu berücksichtigen, daß ein Teil des Sparens der privaten Haushalte für die Investitionsfinanzierung und nicht für die Geldvermögensbildung dient. Diese Mischung im Sektor „Private Haushalte“ verringert die Aussagekraft der Finanzierungsrechnung in einem wichtigen Teilbereich.

Erhebliche Probleme für die Finanzierungsrechnung können sich auch aus der unterschiedlichen **zeitlichen Zuordnung** von realen und finanziellen Transaktionen ergeben. Die realen Transaktionen werden in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu dem Zeitpunkt berücksichtigt, in dem die Produktion erfolgt bzw. die Dienstleistung erbracht wird (das gilt für das Produktionskonto) oder wenn der Eigentumsübergang stattfindet (Vorleistungen, Konsum, Investitionen) oder die Forderung entsteht (etwa bei Steuern). Der Zeitpunkt der Zahlung ist für die realen Transaktionen nicht maßgeblich. Für die Buchung der finanziellen Transaktionen sind die Zah-

¹⁾ vgl. SNA, S. 78.

²⁾ Personengesellschaften und Einzelunternehmungen werden nach dem SNA dann zum Unternehmensektor gerechnet, wenn sie „... complete profit and loss records and complete balance sheet accounts“ führen (SNA, S. 78). Auf österreichische Verhältnisse übertragen würde das bedeuten, daß etwa jene Unternehmungen, die unter § 5 des Einkommensteuergesetzes fallen (das sind jene, die im Handelsregister eingetragen sind), dem Unternehmensektor zuzurechnen wären.

lungen entscheidend. Daraus ergeben sich (zwangsläufig) zeitliche Diskrepanzen, und das SNA¹⁾ weist auch ausdrücklich darauf hin.

Diese zeitlichen Unterschiede spiegeln sich vor allem im Saldo der Geldvermögensbildung, wenn der „obere“ und „untere“ Teil des Finanzierungskontos bzw. der Saldo des Vermögensveränderungskontos (Geldvermögensbildung) mit jenem aus der Veränderung der finanziellen Forderungen und Verpflichtungen verglichen wird.

Für die Diskrepanzen spielen auch unterschiedliche Berechnungsmethoden der Abschreibungen im Rahmen der Gesamtrechnung einerseits und auf Unternehmensebene andererseits eine Rolle. Für die Finanzierung stehen die in den Unternehmungen verrechneten Abschreibungen zur Verfügung. Aus der Annahme unterschiedlicher Lebensdauer entstehen Abweichungen zwischen diesen beiden Abschreibungen.

Statistische Differenzen können auch aus Unterschieden im Umfang der erfaßten Ströme und Bestände sowie der Klassifikation der Aktiva und Passiva nach Finanzierungstiteln entstehen.

6 BESCHREIBUNG DER FINANZIERUNGSMATRIX

6.1 Sektorale Gliederung

Neben jenen Problemen, die bereits in den vorangegangenen Kapiteln erwähnt wurden, ergeben sich für die Erstellung einer Finanzierungsrechnung für Österreich zusätzliche (statistische) Schwierigkeiten.

Die in dieser Arbeit vorgestellte österreichische Finanzierungsmatrix ist weitgehend in das System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eingebettet. Ihr liegen daher in bezug auf die Vermögensbildungskonten (nach dem SNA Finanzierungskonten „oberer Teil“) ausschließlich die Daten der Gesamtrechnung zugrunde. Die Daten für die Veränderungen der verschiedenen Finanzierungsinstrumente (Forderungen und Verpflichtungen) werden aus verschiedenen Statistiken ermittelt, teilweise mußten sie geschätzt werden.

Im folgenden werden nach einer Beschreibung der sektoralen Abgrenzungen zunächst die sektoralen Einkommens- und Vermögensbildungskonten und dann die Finanzierungskonten analysiert. Es wird dabei getrachtet, jene Faktoren herauszuarbeiten, die für die Fragestellungen und Prognosen des Staatsschuldenausschusses von Bedeutung sind.

Die **sektorale Gliederung** der Finanzierungsmatrix unterscheidet sich von jener der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Österreich in zwei Punkten. Die Finanzierungsmatrix enthält in Übereinstimmung mit dem SNA, aber im Gegensatz zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, einen eigenen Sektor „Finanzierungsinstitute“. Zweitens erwies es sich als zweckmäßig, in der Finanzierungsrechnung die Sektoren private Haushalte und Unternehmungen zu einem einzigen Sektor „Private Nichtbanken“ zusammenzufassen.

Für die Zielsetzung dieser Arbeit ist ein eigener Sektor für die Finanzierungsinstitute von entscheidender Bedeutung. Sein Fehlen in der Gesamtrechnung hat allerdings zur Folge, daß der Sparsaldo und das Vermögensbildungskonto nicht getrennt ausgewiesen werden konnten, weil die entsprechenden Daten der Gesamtrechnung im Unternehmensektor enthalten sind.

Die Zusammenfassung der **privaten Haushalte** und **Unternehmungen** in einem einzigen Sektor bringt zwar eine Einschränkung in der Aussagekraft der Finanzierungsrechnung, weil das unterschiedliche Verhalten, das den Wirtschaftssubjekten in beiden Sektoren zugrundeliegt, nicht getrennt berücksichtigt wird, doch ist zu bedenken, daß die Grenze zwischen diesen beiden Sektoren schon im Konzept des SNA (siehe Abschnitt IV) und noch stärker in der österreichischen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung fließend ist.

In Österreich enthält der Sektor „Private Haushalte“ aus statistischen Gründen ohnehin alle Unternehmungen mit Ausnahme der Kapitalgesellschaften, Finanzierungsinstitute und Bundesbetriebe. Der Großteil der Unternehmungen ist also bereits diesem Sektor zugerechnet. Im Sektor private Haushalte werden außerdem allfällige Spar- und Geldvermögensbildungssalden von (sonstigen) Landes- und Gemeindebetrieben verrechnet. Dieser Sektor hat daher den Charakter eines Residuums¹⁾, der kein einheitliches Verhalten von Wirtschaftssubjekten spiegelt.

Der Unternehmensektor beschränkt sich in Österreich somit auf die Kapitalgesellschaften, die Finanzierungsinstitute und die Bundesbetriebe (Bahn, Post, Bundesforste, Bundestheater etc.).

Es müßten daher sowohl private Investitionen als auch Abschreibungen zwischen diesen beiden Sektoren aufgeteilt werden, um entsprechende Sektorsalden der Geldvermögensbildung zu erhalten. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden jedoch die Investitionen und Abschreibungen zur Gänze dem Unternehmensektor zugerechnet. Dadurch wird die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte als zu hoch, jene der Unternehmungen als zu niedrig (bzw. ihre Verschuldungen als zu hoch) ausgewiesen.

Diese Schwierigkeiten der Aufteilung in den Vermögensveränderungskonten sprechen daher für eine Zusammenfassung. Auch die Veränderung der Forderungen und Verpflichtungen (vor allem der Einlagenbildung, Wertpapierkäufe, Kreditaufnahmen) kann nicht genau getrennt werden und spricht daher zunächst auch für eine Zusammenfassung beider Sektoren. Bei der Beschreibung einzelner Finanzierungsinstrumente wird allerdings versucht werden, Hinweise auf eine mögliche grobe Zurechnung zu den privaten Haushalten oder Unternehmungen zu geben.

Der **öffentliche Sektor**, der in Bund und sonstige öffentliche Haushalte unterteilt wird, entspricht in der Aufgliederung der Finanzierungsmatrix den Abgrenzungen, die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorgenommen werden.

Im Bundessektor sind neben dem Bundeshaushalt daher noch einige kleinere Gebarungen enthalten²⁾, die aber nicht ins Gewicht fallen. Für die Zielsetzungen der vorliegenden Finanzierungsrechnung ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Bundesbetriebe (Gruppe 7 des Bundeshaushalts) dem Unternehmensektor zugerechnet werden und den

1) Österreichisches Statistisches Zentralamt, „Österreichs Volkseinkommen 1964–1977“, Wien 1979, S. 27.

2) Gebarung der Hochschülerschaft und der Akademie der Wissenschaften.

Bundessektor nur mit ihren Salden beeinflussen¹⁾). Aus dem Spar- bzw. Geldvermögensbildungssaldo des Bundessektors kann daher nicht unmittelbar auf das für den Staatsschuldenausschuß maßgebende Budgetdefizit geschlossen werden. Diese Zusammenhänge werden in einem eigenen Abschnitt dargestellt.

Im Sektor „Sonstige öffentliche Haushalte“ sind neben den übrigen Gebietskörperschaften (Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände) die Sozialversicherungsträger, die Kammern und verschiedene Fonds enthalten. Für die Finanzierungsrechnung sind von den Fonds besonders der Wasserwirtschaftsfonds, der ERP-Fonds, der Reservefonds für Familienbeihilfen und die Wohnbaufonds von Bedeutung, weil sie eine erhebliche Geldvermögensbildung aufweisen.

Die **Finanzierungsinstitute** sind für die Zwecke der Darstellung des Finanzierungskontos i. e. S. aus dem privaten Unternehmensektor herausgelöst, weil ihnen die Hauptvermittlungsfunktion der Finanzierungsströme zukommt. Die quantitativ bedeutendste Untergruppe bilden die Kreditunternehmungen, die alle jene Institute umfassen, die in den einschlägigen Statistiken der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) über den Kreditapparat (Zwischenausweise, Einlagen- und Kreditstatistik) in diese Gruppe einbezogen sind²⁾. Die OeNB wird getrennt dargestellt, weil ihr in der Konzeption und Exekution geldpolitischer Maßnahmen, aber auch als „lender of last resort“ und durch die Ausübung des Banknotenmonopols eine Reihe öffentlicher Funktionen übertragen ist. Die Einbeziehung der Vertragsversicherungen in diesen Sektor gründet sich auf ihre Funktion als „financial intermediaries“, als Kapitalsammelstellen bedeutenden Ausmaßes, die ihre Mittel in Form von Krediten an andere Sektoren veranlagern.

Wie in manchen ausländischen Finanzierungsrechnungen wird die Geldvermögensbildung der Finanzierungsinstitute mit Null festgelegt, sodaß sie in der jeweiligen Matrix ausschließlich als Vermittler von Finanzierungsströmen aufscheinen. Der Vorteil einer solchen Darstellung besteht in der einfachen Konstruktion des Vermögensbildungskontos, das in diesem Fall definitionsgemäß keine Werte enthält; Sparen, Investieren und die Geldvermögensbildung dieses Sektors sind dem Sektor „Private Unternehmungen“ zugeschlagen. Die Schwierigkeit dieses Konzeptes liegt in den Problemen der Ausgliederung der zum Vermögensbildungskonto gehörenden Transaktionen aus den

1) Auf Besonderheiten in der Verbuchung der Bundesbetriebe in der Gesamtrechnung wird noch bei der Beschreibung der Spar- bzw. Geldvermögensbildungssalden näher eingegangen.

2) Zu den Kreditunternehmungen zählen Aktienbanken, Bankiers, Sparkassen, Landes-Hypothekenbanken, Raiffeisenkassen, Volksbanken, Bausparkassen und eine Reihe von Sonderkreditunternehmungen.

Bilanzstatistiken. Diese erfordert nämlich, daß beispielsweise der im Sparsaldo des Einkommenskontos für diesen Sektor enthaltene Betriebsüberschuß aus den Bilanzdaten ermittelt werden müßte; die in den Unternehmensbilanzen veröffentlichten Gewinn- und Rücklagendaten sind aber von diesem Erfordernis abweichend definiert. Ähnliches gilt für die Netto-Investitionen, insbesondere weil den Bilanzen ein anderes Abschreibungskonzept zugrunde liegt als der Volkseinkommensrechnung.

Der Sektor „**Ausland**“ ist in seiner Abgrenzung in der Finanzierungsmatrix unproblematisch. Er stimmt mit jener der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung überein. Es wird daher das Außenkonto der Gesamtrechnung in diese Finanzierungsrechnung übernommen.

6.2 Sektorale Einkommens- und Vermögensveränderungskonten

6.2.1 DIE EINKOMMENSKONTEN

Die in dieser Arbeit dargestellte Finanzierungsmatrix enthält aus den Einkommenskonten bloß die Salden, also die Ersparnisbildung der einzelnen Sektoren. Daher scheint es nützlich, die Größenordnungen der sektoralen Einkommenskonten kurz zu skizzieren, um die Bedeutung dieser Saldengrößen besser abschätzen zu können. Als Basis dienen die Zahlen für das Jahr 1977, die der Finanzierungsmatrix zugrundeliegen.

Wie bereits im methodischen Teil ausgeführt wurde, ist der Ausgangspunkt die **Wertschöpfung**. Aus den Produktionskonten ergibt sich für 1977 ein Bruttoproduktionswert (einschließlich Mehrwertsteuer und Importabgaben) von 1.470,43 Mrd S. Nach Abzug der Vorleistungen in Höhe von 677,90 Mrd S weisen die Produktionskonten eine Wertschöpfung (= nominelles Bruttoinlandsprodukt) von 792,53 Mrd S aus.

Diese Wertschöpfung setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen:

Bruttoentgelt für unselbständige Arbeit	428,20 Mrd S
Betriebsüberschuß	161,73 Mrd S
Abschreibungen	92,60 Mrd S
indirekte Steuern	134,50 Mrd S
– Subventionen	– 24,50 Mrd S
<hr/>	
Wertschöpfung	792,53 Mrd S

Der Großteil dieser Wertschöpfung fließt dem privaten Nichtbankensektor (vor allem den privaten Haushalten) zu.

Neben den Entgelten aus unselbständiger Arbeit wird auch ein erheblicher Teil des Betriebsüberschusses (aufgrund der bereits erwähnten

sektoralen Abgrenzung) im **privaten Haushaltsektor** verrechnet, wobei allerdings einige Modifikationen erforderlich sind, um vom Betriebsüberschuß zu den im Einkommenskonto relevanten „Sonstigen Einkünften aus Besitz und Unternehmung“ zu gelangen¹⁾. Von den gesamten Einkünften aus Besitz und Unternehmung in Höhe von 178,26 Mrd S flossen 108,06 Mrd S den privaten Haushalten zu. Rund ein Sechstel ihrer Gesamteinnahmen von 682,26 Mrd S entfiel somit auf diese Residualeinkommen. Obgleich der Anteil dieser Einkommen an den Gesamteinnahmen des privaten Haushaltsektors abnimmt, läßt sich erkennen, daß in diesem Sektor kein einheitliches Verhalten unterstellt werden kann und davon ausgegangen werden muß, daß ein nicht geringer Teil der Ersparnis der Sachkapitalbildung und nicht der Geldvermögensbildung dient.

Neben diesen Einnahmen, die aus der Wertschöpfung stammen, spielen für die Ersparnis des privaten Haushaltsektors die **Transferzahlungen** (vom und zum öffentlichen Sektor) eine erhebliche Rolle. An direkten Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen sowie Gebühren und Strafen haben die privaten Haushalte 1977 162,6 Mrd S an den öffentlichen Sektor abgeführt²⁾, andererseits jedoch Transferzahlungen in

¹⁾ Der Betriebsüberschuß (aus dem Produktionskonto) muß um den Saldo der Zinsen, die in der Gesamtrechnung gesondert verrechnet werden, vermehrt und um die Faktoreinkommen, die an das Ausland fließen, verringert werden. Vgl. dazu A. Franz und W. Teufelsbauer, „Gewinne im volkswirtschaftlichen und im steuerrechtlichen Rechnungswesen“, in: Wirtschaftspolitische Blätter 6/1979. Diese Arbeit gibt einen umfassenden Überblick über die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Gewinnbegriffen. Vereinfacht läßt sich der Zusammenhang auch dadurch herstellen, daß zum Betriebsüberschuß die Zinsen für die Staatsschuld und die Konsumentenschulden addiert und die (Netto-)Faktoreinkommen an das Ausland subtrahiert werden.

Anhand der Zahlen für 1977 ergibt sich

Betriebsüberschuß	161,73 Mrd S
+ Zinsen Staatsschuld	14,80 Mrd S
+ Zinsen Konsumentenschuld	8,60 Mrd S
– Faktoreinkommen an das Ausland	– 6,87 Mrd S
<hr/>	
Einkommen aus Besitz und Unternehmung	178,26 Mrd S

²⁾ Dazu kommen noch 18,9 Mrd S für angerechnete Pensionen, die allerdings in den Bruttoentgelten für unselbständige Arbeit enthalten sind und denen keine Zahlungsströme (weder bei den Einnahmen noch den Ausgaben) gegenüberstehen.

Form von Sozialtransfers (Familienbeihilfen, Pensionen, Arbeitslosenunterstützungen usw.) und Beamtenpensionen in Höhe von insgesamt 136,7 Mrd S erhalten. Netto hat der private Haushaltsektor an den öffentlichen Sektor 1977 knapp 26 Mrd S an Transfers abgegeben (einschließlich der angerechneten Pensionen knapp 45 Mrd S). Berücksichtigt man noch die Versicherungsleistungen und -prämien, die als gleich hoch angenommen werden, und den Saldo der Transfers mit dem Ausland (der jedoch kaum ins Gewicht fällt), dann ergibt sich das verfügbare persönliche Einkommen von 482,7 Mrd S. Davon haben die Haushalte 455,1 Mrd S für den privaten Konsum ausgegeben, sodaß von der gesamten Ersparnis des privaten Nichtbankensektors (74,1 Mrd S) 27,6 Mrd S auf die privaten Haushalte entfielen.

Durch Imputationen und zeitliche Diskrepanzen deckt sich allerdings das „Sparen“ als Saldo des Einkommenskontos im Sektor „Private Haushalte“ nicht mit dem Saldo der laufenden Einnahmen und Ausgaben. Aus diesen Unterschieden erklären sich zumindest teilweise auch die Abweichungen zwischen der Geldvermögensbildung und dem Saldo der Veränderungen von Forderungen und Verpflichtungen.

Imputationen, die den Sparsaldo beeinflussen, sind vor allem die Eigenleistungen im Wohnbau und im landwirtschaftlichen Nutzbau. Diese angerechneten Posten erhöhen zwar die Einkommen, es stehen ihnen aber keine entsprechenden laufenden Ausgaben gegenüber¹⁾. 1977 wurden diese Wohnbauleistungen auf 3 Mrd S geschätzt. Um diesen Betrag wäre das Sparen der privaten Haushalte „zu hoch“ ausgewiesen.

Zeitliche Diskrepanzen ergeben sich vor allem in den Unterschieden zwischen dem „Accrual-Prinzip“ und dem „Cash-Prinzip“, die in der Verbuchung der Steuerzahlungen eine Rolle spielen; 1977 waren allerdings die Abweichungen zwischen diesen beiden Prinzipien für die direkten Steuern gering und betragen nur knapp 100 Mio S. Andere zeitliche Abweichungen, die sich etwa aus einer Änderung der Zahlungsziele ergeben, lassen sich auch nicht annähernd quantifizieren.

Das „Sparen“ im **Unternehmensektor** deckt sich in Österreich mit den unverteiltten Gewinnen (nach Steuern) der Kapitalgesellschaften.

Von den gesamten Einkünften aus Besitz und Unternehmung entfielen 1977 59,8 Mrd S auf die unverteiltten Gewinne (vor Steuern). Aus diesen Gewinnen hatten die Kapitalgesellschaften 13,3 Mrd S an direkten Steuern zu entrichten. Das Sparen der Unternehmungen betrug somit 46,5 Mrd S. Auch diese unverteiltten Gewinne – und damit der Spar-

¹⁾ Die Ausgaben werden als Investitionen verbucht und dem Unternehmensektor zugerechnet.

saldo – beruhen auf einer Gegenüberstellung von Erträgen und Aufwendungen und nicht von Ausgaben und Einnahmen.

Das Einkommenskonto des **öffentlichen Sektors** zeigt, daß der Staat den Großteil seiner Einnahmen aus Transferzahlungen (Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen) anderer Sektoren erhält. Aus der Wertschöpfung fließen ihm neben den indirekten Steuern auch ein Teil der Einkünfte aus Besitz und Unternehmung (1977: 10,4 Mrd S) zu. Dazu kommen noch angerechnete Einnahmen, denen jedoch keine Zahlungsströme entsprechen und denen außerdem gleich hohe Ausgaben gegenüberstehen.

Aus diesen Einnahmen hat der Staat die Ausgaben für den öffentlichen Konsum, die Transferzahlungen an den privaten Sektor, die Zinsen für die Staatsschuld und die Aufwendungen für die Subventionen zu decken.

Im Sparsaldo des öffentlichen Sektors ist deutlich zwischen Bund und den übrigen öffentlichen Haushalten zu unterscheiden. Die Ersparnis des Bundes war 1977 negativ. Die laufenden Ausgaben überstiegen die laufenden Einnahmen um 6,4 Mrd S. In den übrigen öffentlichen Haushalten sind hingegen die laufenden Einnahmen erheblich höher als die Ausgaben. Die Ersparnisbildung betrug dort 31,3 Mrd S. Das läßt sich vor allem damit erklären, daß ein Teil der laufenden Einnahmen (Steuern) für Darlehensgewährungen (Wohnbau, Wasserwirtschaftsfonds) zweckgebunden ist und daher von vornherein nicht für laufende Ausgaben zur Verfügung steht. Außerdem ist in den Gemeinden der Anteil der Investitionen sehr hoch, und laufende Ausgaben für Transfers und Subventionen spielen eine erheblich geringere Rolle als beim Bund. Insgesamt ergibt sich für den gesamten öffentlichen Sektor ein Sparsaldo von 24,9 Mrd S.

Auch im öffentlichen Sektor spielen Imputationen und zeitliche Abweichungen eine erhebliche Rolle, sodaß die im Einkommenskonto enthaltenen Einnahmen und Ausgaben sich nicht mit den entsprechenden Zahlungsströmen decken. Im öffentlichen Konsum sind Abschreibungen enthalten (1977: 5,80 Mrd S), denen jedoch im Gegensatz zum privaten Sektor keine entsprechenden Erlöse und damit Zahlungen gegenüberstehen, weil die Dienstleistungen im öffentlichen Sektor nicht über die Preise abgegolten werden. Es handelt sich somit bei den öffentlichen Abschreibungen um Imputationen. Auch den angerechneten Pensionen stehen weder bei den Einnahmen noch bei den Ausgaben unmittelbar Zahlungsströme gegenüber. Diese Imputationen beeinflussen allerdings die Höhe des Sparsaldos nicht.

Die zeitlichen Diskrepanzen sind im öffentlichen Sektor ebenfalls erheblich. Die Abweichungen zwischen „Accrual-Prinzip“ und „Cash-Prinzip“ betragen bei den Steuern 1977 insgesamt rund 0,6 Mrd S. Um diesen Betrag waren die Steuereinnahmen in der Gesamtrechnung

höher als die Zahlungen. Daraus ergeben sich Abweichungen zwischen dem Budget und den Daten der Gesamtrechnung, die zu statistischen Diskrepanzen, auf die bereits im methodischen Teil hingewiesen wurde, beitragen.

6.2.2 DIE VERMÖGENSVERÄNDERUNGSKONTEN

Insgesamt betrug die **Ersparnisbildung** der inländischen Sektoren 1977 98,97 Mrd S. Sie steht zur Finanzierung der Sachkapital- und Geldvermögensbildung zur Verfügung. Neben dem Sparen dienen auch die Abschreibungen der Finanzierung. Das gilt allerdings, wie bereits erwähnt, nur für den privaten Sektor. Die im Vermögensveränderungskonto des öffentlichen Sektors verbuchten Abschreibungen sind nur angerechnet (als Gegenpost zu den im öffentlichen Konsum enthaltenen Abschreibungen).

Die **Abschreibungen**, die dem privaten Sektor zur Finanzierung zur Verfügung stehen, beliefen sich 1977 auf 86,8 Mrd S. Aus Abschreibungen und Sparen verfügte der private Sektor 1977 insgesamt über 160,9 Mrd S zur Finanzierung seiner Kapitalbildung. Dazu kommen noch Kapitaltransfers von (netto) 16,1 Mrd S, die aus dem öffentlichen Sektor stammen. Ein erheblicher Teil dieser Transfers (9,7 Mrd S) wird vom Bundessektor an die Bundesbetriebe zur Finanzierung ihrer Investitionen überwiesen¹⁾. Solche Transfers sind (im System der Gesamtrechnung) notwendig, weil die Bundesbetriebe zur Finanzierung ihrer Investitionen keine Kredite aufnehmen (dürfen).

Die Abschreibungen im öffentlichen Sektor (von den insgesamt 5,8 Mrd S entfielen 1977 1,2 Mrd S auf den Bund) bringen, wie bereits erwähnt, keine Finanzierungsmittel. Insgesamt standen dem öffentlichen Sektor aus dem Saldo der laufenden Einnahmen und Ausgaben (würde man das Sparen um die Abschreibungen erhöhen und dafür auf ihre explizite Darstellung im Vermögensveränderungskonto verzichten) für die Finanzierung der Vermögensbildung 1977 14,6 Mrd S zur Verfügung.

Die erheblichen Unterschiede zwischen Bund und öffentlichen Haushalten in den Finanzierungsmitteln, die sich bereits in der Ersparnisbildung zeigten, werden noch dadurch vergrößert, daß der Großteil der Kapitaltransfers, die der öffentliche Sektor leistet, auf den Bund entfallen.

In den Vermögensveränderungskonten sind auch die **Liegenschaftstransaktionen** zu berücksichtigen, wobei Käufe und Verkäufe innerhalb der Sektoren saldiert werden und daher unberücksichtigt blei-

¹⁾ Diese Kapitaltransfers sind im Budget nicht enthalten, weil dort die Betriebe voll integriert sind.

ben. Es werden also nur Salden der Liegenschaftstransaktionen zwischen den Sektoren (privater Nichtbankensektor und öffentlicher Sektor) einbezogen. Jenem Sektor, der (netto) Liegenschaften verkauft, stehen dann zusätzliche Finanzierungsmittel aus diesen Transaktionen zur Verfügung, während in jenem Bereich, der (netto) Liegenschaften erwirbt, eine Kapitalbindung erfolgt.

In der Regel gibt der öffentliche Sektor mehr für den Erwerb von Liegenschaften aus, als er durch den Verkauf einnimmt, woraus ein Finanzierungsstrom vom öffentlichen zum privaten Sektor erfolgt; doch wäre (zumindest vorübergehend) auch eine umgekehrte Entwicklung denkbar. 1977 hat der private Nichtbankensektor um 2,8 Mrd S mehr an Liegenschaften an den öffentlichen Sektor verkauft, als er für Käufe ausgegeben hat. Davon entfielen 1,1 Mrd S auf Käufe des Bundes und 1,7 Mrd S auf Käufe der sonstigen öffentlichen Haushalte. Diese Liegenschaftskäufe sind in den Bruttoinvestitionen enthalten.

Die **private Sachkapitalbildung** (Investitionen und Lagerbildung) wird dem Unternehmensektor zugerechnet. 1977 wurde um 176,8 Mrd S investiert, und die Lager wurden um 16,9 Mrd S aufgestockt. Die Finanzierungsmittel des Unternehmensektors (Sparen, Abschreibungen, Kapitaltransfers) reichen in der Regel nicht aus, die Sachkapitalbildung zu finanzieren. 1977 überstiegen die Investitionen und die Lageraufstockungen die zur Verfügung stehenden Finanzierungsmittel um rund 41,5 Mrd S. Der private Unternehmensektor mußte diesen Betrag (der der negativen Geldkapitalbildung entspricht) durch eine Nettoerhöhung seiner Verbindlichkeiten finanzieren. Wie sich diese Ausweitung auf die einzelnen Finanzierungsinstrumente auswirkt, ist im „unteren“ Teil der Finanzierungsmatrix zu ersehen und wird im Pkt. 6.3 näher erläutert.

Der private Haushaltsektor hat 1977 seine **Geldvermögensbildung**, die dem Sparsaldo entspricht, um 27,6 Mrd S aufgestockt. Saldiert man die negative Geldvermögensbildung des Unternehmensektors mit der Zunahme der Geldvermögen der privaten Haushalte, so ergibt sich für 1977 eine Erhöhung der Verschuldung des gesamten privaten Nichtbankensektors um rund 14 Mrd S.

Während im privaten Sektor die Haushalte im allgemeinen Geldvermögen aufbauen und die Unternehmungen eine negative Geldvermögensbildung aufweisen, ist die Entwicklung im öffentlichen Sektor nicht so deutlich: die Geldvermögensbildung ist hier einmal negativ und einmal positiv.

Im öffentlichen Sektor mußte 1977 der Bund seine gesamten Investitionen und die Liegenschaftskäufe von insgesamt 12,1 Mrd S durch Kredite finanzieren. Da außerdem, wie bereits dargestellt, die Ersparnis negativ war, mußten auch die Kapitaltransfers durch eine Ausweitung der Verbindlichkeiten finanziert werden. Die Geldvermögensbil-

Übersicht 3:

Sektorale Vermögensveränderungskonten 1977 (in Mrd S)

	Privater Sektor						Öffentlicher Sektor						Ausland	
	Haushalte		Unter- nehmungen		Insgesamt		Bund		Sonstige öffentliche Haushalte		Insgesamt		Soll	Haben
	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben		
Sparen		27,57		46,50		74,07		-6,39		31,29		24,90		40,95
Abschreibungen				86,80		86,80		1,20		4,60		5,80		
Brutto- Anlageinvestitionen				176,80		176,80		11,00		27,80		38,80		
Lagerbildung				16,90		16,90								
Liegenschafts- transaktionen				2,80		2,80		1,10		1,70		2,80		
Kapitaltransfers				16,10		16,10		14,53		1,57		16,10		
Geldvermögens- bildung	27,57		-41,52		-13,95		-31,82		4,82		-27,00			40,95

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, „Österreichs Volkseinkommen 1964–1977“, Wien 1979.

derung des Bundes war daher 1977 mit 31,8 Mrd S negativ. Dazu ist jedoch zu bemerken, daß dieser Saldo nicht dem Budgetsaldo oder der Kreditaufnahme entspricht¹⁾.

Im sonstigen öffentlichen Sektor ist zwar im allgemeinen die Sachkapitalbildung sehr hoch (1977: 31,1 Mrd S), dennoch reichen die Finanzierungsmittel aus, und dieser Bereich hat in der Regel eine positive Geldvermögensbildung (1977: 4,8 Mrd S). Die Zunahme des Geldvermögens spiegelt sich, wie bereits erwähnt, vorwiegend in den Forderungen aus Darlehensgewährungen an den privaten Sektor für den Wohnbau.

Betrachtet man alle inländischen Sektoren gemeinsam, zeigt das Vermögensveränderungskonto, daß die Sachkapitalbildung nur zum Teil aus den inländischen Finanzierungsquellen (Sparen und Abschreibungen) gedeckt werden konnte. 1977 mußten rund 41 Mrd S der Sachkapitalbildung von 234,5 Mrd S im Ausland finanziert werden.

6.2.3 AUSLANDSKONTO

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung einer offenen Wirtschaft dient das Auslandskonto dazu, den gesamten Kreislauf zu schließen. In diesem Konto werden erstens die Exporte i.w.S. und Importe i.w.S. gegenübergestellt (woraus sich der sogenannte Außenbeitrag ergibt), zweitens der Saldo der Faktoreinkommen und drittens die laufenden Transfereinnahmen und -ausgaben mit dem Ausland verzeichnet. Der Zusammenhang zwischen diesen einzelnen Komponenten des Auslandskontos und der Zahlungsbilanzgliederung ist genau festgelegt²⁾.

Im Jahre 1977 waren die Importe i.w.S. um 32,6 Mrd S höher als die Exporte i.w.S. Außerdem sind netto Faktoreinkommen in Höhe von 6,9 Mrd S ins Ausland geflossen, und auch die Transfers verursachten einen Nettoabfluß von 1,5 Mrd S. Insgesamt zeigt das Auslandskonto 1977 somit einen Abfluß von knapp 41 Mrd S.

Daraus läßt sich erkennen, daß das Auslandskonto die Finanzierungsmatrix in zweifacher Weise ausgleicht. Der Saldo des Auslandskontos entspricht der Differenz zwischen der inländischen Aufbringung an Finanzierungsmitteln einerseits und der Sachkapitalbildung andererseits. Der Saldo im Auslandskonto zeigt aber auch, wie diese Differenz durch Veränderungen in den Forderungen und Verbindlichkeiten mit dem Ausland geschlossen wird. Der Überschuß der Ausgaben über die Einnahmen im Auslandskonto führt zu einer gleich hohen Zunahme der Auslandsverbindlichkeiten. Dieser Zustrom an Fi-

¹⁾ Auf diese Zusammenhänge wird im Abschnitt 6.4 eingegangen.

²⁾ Siehe „Österreichs Volkseinkommen 1964–1977“, S. 165 ff.

finanzierungsmitteln aus dem Ausland muß der inländischen Finanzierungslücke von rund 41 Mrd S entsprechen.

Tatsächlich lassen sich allerdings aus mangelnden statistischen Unterlagen, aus zeitlichen Diskrepanzen in der Verbuchung und aus den bereits beschriebenen methodischen Gründen die Konten nicht so glatt schließen. Es bestehen daher Abweichungen zwischen dem „oberen Teil“ der Finanzierungsmatrix (dem Vermögensbildungskonto) und dem „unteren Teil“ (dem Finanzierungskonto i. e. S.).

6.3 Die sektoralen Finanzierungskonten (i. e. S.)

6.3.1 ALLGEMEINES

Das Finanzierungskonto¹⁾ jedes Sektors schließt theoretisch mit einem Saldo, der sich mit der Geldvermögensbildung aus dem Vermögensbildungskonto deckt: Die Geldvermögensbildung entspricht den Finanzierungsüberschüssen bzw. -defiziten, die sich in Bestandsveränderungen einzelner oder aller Finanzierungsinstrumente der betreffenden Sektoren niederschlagen müssen. Das Finanzierungskonto ist also vom Konzept her der nach Finanzierungsinstrumenten aufgegliederte Saldo des Vermögensbildungskontos. Dieser Saldo stellt somit eine aus der Definition des Systems vorgegebene Beschränkung für die sektoralen Finanzierungsströme dar.

Eine weitere Beschränkung für die Daten in den sektoralen Finanzierungskonten ergibt sich aus dem gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang: Für die Summe aller Sektoren muß der Finanzierungssaldo gleich Null sein. Ferner gilt, daß für jedes einzelne Finanzierungsinstrument (also für jede einzelne Zeile der Finanzierungsmatrix) die Summe aller Aktiva gleich der Summe aller Passiva sein muß.

In der Praxis existiert eine Vielzahl von Schwierigkeiten, die eine Erfüllung der theoretischen Bedingungen – und damit auch eine konsistente Erstellung der Finanzierungsmatrix – verhindern. Am häufigsten treten folgende Probleme auf:

1. Die Stromgrößen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind mit den Bestandsveränderungen der finanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten nicht identisch, weil letztere auch Bewertungsänderungen enthalten.
2. Die für die realen und für die finanziellen Transaktionen verwendeten Zeitreihen sind nicht von gleicher Qualität, sodaß sich sowohl Überschneidungen als auch unerwünschte Auslassungen ergeben können.

¹⁾ Im folgenden steht der Begriff „Finanzierungskonto“ vereinfacht für Finanzierungskonto i. e. S.

3. Für manche Sektoren gibt es keine geschlossene Vermögensbilanz, weshalb insbesondere die Positionen „Sonstige Aktiva“ und „Sonstige Passiva“ fehlen oder die dort eingesetzten Daten nur schwer zu interpretieren sind.
4. Für manche Transaktionen bestehen mehrere Datenquellen mit unterschiedlichen Werten, die weder auf einen gemeinsamen Nenner gebracht noch qualitativ diskriminiert werden können.
5. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung erlaubt derzeit noch keine Ausgliederung von Sparen und Investieren der Finanzierungsinstitutionen aus dem privaten Sektor. Die Geldvermögensbildung des Finanzierungssektors ist daher in der hier präsentierten Finanzierungsmatrix im Sektor der privaten Nichtbanken mitverbucht. In den Konten der Finanzierungsinstitutionen sind aber deren Investitionen und Bilanzgewinne in der Zeile „Sonstiges“ verbucht, obwohl sie nicht zum Finanzierungskonto i. e. S. gehören.

Für einen Zusammenbau der Geldvermögenskonten mit den Finanzierungskonten muß daher von einer der beiden Saldenreihen ausgegangen und die andere über Anpassungspositionen an sie angeglichen werden. Für Zwecke dieser Arbeit empfiehlt es sich, vom Saldo des jeweiligen Vermögensveränderungskontos auszugehen und den Finanzierungssaldo an ihn anzugleichen – wenn auch mit folgenden Einschränkungen:

1. Die Wahl der Geldvermögensbildung aus dem Vermögensveränderungskonto als Ausgangspunkt für die Aufgliederung des Finanzierungskontos folgt aus der Überlegung, daß die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für jedes Vermögensveränderungskonto bereits ein konsistentes Datensystem anbietet.
2. Im Gegensatz dazu ist es mit den bisher vorhandenen monetären Statistiken nicht möglich, ein ähnlich konsistentes System für die Finanzierungskonten zu erstellen. Zwar kann eine Kontenaufstellung für die Finanzierungsinstitute, den Bund und das Ausland vorgenommen werden, doch gibt es nur wenige Anhaltspunkte für die sonstigen öffentlichen Haushalte sowie für die privaten Nichtbanken und deren Aufgliederung in Haushalte und Unternehmungen.
3. Insbesondere in den zuletzt genannten Sektoren werden daher die Positionen „Sonstige Aktiva“ und „Sonstige Passiva“ nur eine Ausgleichsfunktion zu den entsprechenden Geldvermögenssalden übernehmen. Dies bedeutet aber auch, daß diese Positionen neben „echten“ Aktiva und Passiva auch Fehler aufnehmen, deren Ursachen in allen anderen Positionen des jeweiligen Sektors, aber auch anderer Sektoren liegen können.

4. Schließlich muß betont werden, daß dieser Fehlerausgleich auch mit den Unzulänglichkeiten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zusammenhängt. Bereits angekündigte Revisionen der Gesamtrechnung erlauben derzeit keine gesicherten Aussagen über die Kontenposition „Sonstiges“.

Die Wahl des Geldvermögenssaldos als fixe Größe zur Beurteilung des Saldenverhaltens der Wirtschaftssektoren ist also nur aus der Überlegung gerechtfertigt, daß man auf diese Weise zu interdependenten Salden kommt. Ihre Interpretation ist nur mit der Einschränkung zulässig, daß sie möglicherweise ein unvollständiges Bild von der Wirklichkeit vermitteln. Die wiederholten Revisionen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (die Daten der letzten Jahre liegen überhaupt nur in Form einer „Zwischenrevision“ vor) geben Zeugnis von dieser Unzulänglichkeit.

Die nachfolgende Beschreibung der einzelnen Positionen in der Finanzierungsmatrix geht von einer Gliederung nach Finanzierungsinstrumenten aus. Im Anschluß daran wird versucht, einen zusammenfassenden Überblick über die Finanztransaktionen und Finanzierungssalden nach Wirtschaftssektoren zu geben. Bei den angeführten Daten handelt es sich – wenn nicht im Einzelfall eine abweichende Angabe gemacht wird – um die Bestandsveränderungen des Jahres 1977 in der für die Finanzierungsmatrix verwendeten Definition. Die Matrix selbst wird im Anhang präsentiert.

6.3.2 DIE EINZELNEN FINANZIERUNGSSINSTRUMENTE

Die Reihenfolge der Finanzierungsinstrumente in der Matrix ist teilweise strukturiert, sodaß der Sektorzusammenhang einzelner wichtiger Transaktionen deutlich wird. Dies betrifft insbesondere die Auslandstransaktionen, die einen mehr oder weniger geschlossenen Block bilden. In ähnlicher Weise sind auch einige der für den Kreditapparat spezifischen (geldähnlichen) Transaktionen zusammengefaßt worden. In den folgenden Überschriften für die einzelnen Finanzierungsinstrumente sind die ziffernmäßigen Bezeichnungen identisch mit den Zeilennummern der Matrix.

(1) **Banknoten:**

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) ist „Schuldner“ der in Umlauf befindlichen Banknoten (die 1977 um 3.331 Mio S zunahmen). Ihre Verbuchung auf der Aktivseite bringt wegen der Darstellung der Banknoten und Scheidemünzen in zwei getrennten Zeilen Schwierigkeiten mit sich, weil für die meisten Sektoren eine solche Aufgliederung nicht vorhanden ist. Bekannt sind nur die gesamten Kassenbestände (Banknoten und Scheidemünzen) für den Bund (Jahresabstand 1977: 201 Mio S), die Kreditunternehmungen (–67 Mio S) und die Ver-

tragsversicherungen (3 Mio S)¹⁾. Sie werden in der Finanzierungsmatrix zur Gänze in Zeile (1) aufgenommen. Dadurch wird die Restgröße bei den privaten Nichtbanken etwas zu niedrig erscheinen. Kompensiert wird dieser Fehler in Zeile (2), in der die Werte bei den privaten Nichtbanken zu hoch und beim Bund, bei den Kreditunternehmungen und den Vertragsversicherungen zu niedrig ausfallen werden. Ein weiterer Fehler – sowohl in Zeile (1) als auch in Zeile (2) – entsteht durch den Mangel an Information über die Kassenbestände der sonstigen öffentlichen Haushalte; ihr Wert schlägt sich in der Restgröße bei den privaten Nichtbanken nieder.

Ebenfalls nicht bekannt sind die von Ausländern gehaltenen Banknoten. Schillingnoten, die sich bei ausländischen Banken befinden, werden meist im Zuge des Reiseverkehrs als Gastarbeitertransfers und möglicherweise auch zur Währungsspekulation über die Grenze gebracht. Bekannt werden den Währungsbehörden nur jene Beträge, die über die offiziellen Kanäle ihren Weg wieder zur OeNB finden (Rücksendung von Schillingnoten durch ausländische Notenbanken): Sie sind in der revidierten Zahlungsbilanz – soweit sie nicht anders identifiziert werden konnten – in der Position „Reiseverkehr“ enthalten. Die Wirkung des „Exportes“ österreichischer Zahlungsmittel hat die gleiche Wirkung wie ein bei der OeNB getätigter Kauf von ausländischen Zahlungsmitteln durch Hingabe inländischer Währung: die im Inland in Umlauf befindliche Geldmenge verringert sich.

Wie viel vom verbleibenden Rest (3.194 Mio S) tatsächlich auf die privaten Nichtbanken entfällt, kann also nicht mit Sicherheit festgestellt werden; es wird aber der weit überwiegende Teil sein. Viel schwerer als dieses Problem wiegt in diesem Sektor der Mangel einer Aufteilungsmöglichkeit auf Haushalte und Unternehmungen.

(2) **Scheidemünzen:**

Die Scheidemünzen werden vom Bundesschatz „geschuldet“ und von der OeNB in Umlauf gebracht. Die OeNB erwirbt die ausgeprägten Scheidemünzen vom Bund zum Nennwert und schreibt ihm den Gegenwert als Einlage gut. Mit der Ausgabe der Scheidemünzen durch die OeNB vermindert sich ihr Aktivbestand, der Erwerber (in der Regel Kreditinstitute) wird auf seinem Notenbankkonto belastet. Ein Großteil der Scheidemünzen bildet daher für die OeNB lediglich einen Durchlaufer. Aus diesem Grund scheinen im Wochenausweis der OeNB nur

¹⁾ Im Sektor der Vertragsversicherungen werden in Zeile (1) allerdings auch ihre Guthaben bei der OeNB mitverbucht, die richtigerweise zu Zeile (11) gehörten.

Davon wird auch die bei den privaten Nichtbanken verbuchte Restgröße der Zeile (1) betroffen.

jene Bestände auf, die sie vom Bund übernommen, aber (noch) nicht ausgegeben hat.

Die vorliegende Finanzierungsmatrix hält sich an den Wochenausweis, die durchlaufenden Scheidemünzen werden also nicht ausgewiesen. Die Verbuchung der Scheidemünzen auf der Passivseite beim Bund (744 Mio S) umfaßt hingegen die gesamte Umlauferhöhung (wie sie etwa in den OeNB-Mitteilungen ausgewiesen ist). Der aus dem Münzregal dem Bund zufallende Münzgewinn ist kleiner als der Nennwert der ausgegebenen Münzen, weil die Prägekosten abgezogen werden müssen.

Die Probleme einer Verbuchung der Scheidemünzen auf der Aktivseite wurden bereits in der Besprechung der Zeile (1) erwähnt.

(3) Sichteinlagen:

- Schuldner dieser täglich fälligen, mit Scheck transferierbaren Einlagen sind jene Kreditunternehmungen, die in den Zwischenausweisen von der OeNB erfaßt werden (siehe OeNB-Mitteilungen). Die von den Kreditunternehmungen und anderen bei der OeNB gehaltenen Sichtkonten sind in Zeile (11) der Finanzierungsmatrix ausgewiesen.

Von den Gläubigersektoren können (nach den OeNB-Statistiken) die Sichteinlagen des Bundes (Jahresabstand 1977: 1.455 Mio S), der sonstigen öffentlichen Haushalte (1.507 Mio S) und der Vertragsversicherungen (32 Mio S) identifiziert werden. Es verbleibt eine Restgröße (-1.410 Mio S), die von den privaten Nichtbanken gehalten wird. Eine Aufgliederung auf Haushalte und Unternehmungen ist mit den vorhandenen Statistiken nicht möglich.

Mit der Verwendung der OeNB-Statistiken wird das allgemeine Prinzip dieser Finanzierungsmatrix durchbrochen, wonach grundsätzlich sektorspezifische Statistiken verwendet werden. Da jedoch nach den Sektorstatistiken keine Aufgliederung der Einlagen auf einzelne Kategorien möglich ist, wird sie zwar den OeNB-Statistiken entnommen, in der Position „Sonstiges“ jedoch eine Ausgleichsbuchung durchgeführt, sodaß die Sektorbilanzen nicht verletzt werden.

(4) Termineinlagen:

Für die Termineinlagen, zu denen die Kündigungs- und Festgelder sowie seit März 1979 auch die Geldmarktzertifikate zählen, gilt das von den Sichteinlagen Gesagte sinngemäß. Statistisch erfaßt sind die Termineinlagen (gesamte Veränderung 5.189 Mio S) allerdings nur für den Bund (899 Mio S; darin sind auch die Termineinlagen des Reservefonds für Familienbeihilfen in der Höhe von 942 Mio S enthalten), die sonstigen öffentlichen Haushalte (2.132 Mio S, ohne die bei der P.S.K. gehaltenen Termineinlagen des Reservefonds für Familienbei-

hilfen) und der Vertragsversicherungen (lt. Zwischenausweis 232 Mio S). Für die privaten Nichtbanken (1.926 Mio S), deren Einlagen als Restgröße ermittelt werden, ist eine weitere Aufgliederung nicht möglich. Doch dürften die Termineinlagen praktisch zur Gänze den privaten Unternehmungen zuzurechnen sein.

(5) Spareinlagen:

Von den gesamten Spareinlagen (Jahresabstand 1977: 38.959 Mio S), die als Verbindlichkeiten der Kreditunternehmungen verbucht sind, können die Guthaben des Bundes (5 Mio S), sonstiger öffentlicher Haushalte (1.194 Mio S) und der Vertragsversicherungen (166 Mio S) laut Einlagenstatistik der OeNB identifiziert werden. Die restlichen Spareinlagen (37.593 Mio S) werden den privaten Nichtbanken zugeschrieben. Eine Aufgliederung auf Haushalte und Unternehmungen ist von den statistischen Quellen her nicht möglich. Es ist anzunehmen, daß der Großteil den Haushalten zuzurechnen ist und daß die Unternehmungen ihre Zeiteinlagen eher in Form der Termineinlagen halten. Dennoch ist bekannt, daß auch manche Unternehmungen sich der anonymen Spareinlagenform zur kurzfristigen Veranlagung bedienen. Bis zum Habenzinsabkommen vom März 1979 wurde je nach Höhe der Einlage eine „graue“ Verzinsung geboten, die auch für Unternehmungen einen Anreiz zu dieser Anlageform darstellten. Seither gibt es zwar die graue Verzinsung nicht mehr in der alten Form, doch ist mit Inkrafttreten des neuen Kreditwesengesetzes die 14tägige Respirofrist weggefallen. Es kam daraufhin zu Umschichtungen von Sichteinlagen zu Sparkonten, die nun praktisch ohne Bindung eine Verzinsung mit dem Eckzinsfuß bieten. Konnte man vor dieser Umschichtung vorsichtig geschätzt annehmen, daß etwa 10% bis 20% der Spareinlagen den privaten Unternehmungen zuzurechnen sind, so müßte dieser Anteil inzwischen um einige Prozentpunkte gestiegen sein.

Für Zwecke der Geldmengenanalyse¹⁾ ist eine Aufspaltung der Spareinlagen in geförderte und nichtgeförderte erforderlich: Die Geldmenge i.w.S. (M3') umfaßt nämlich neben Bargeld, Sicht- und Termineinlagen auch die nichtgeförderten Spareinlagen; dagegen sind die geförderten Spareinlagen (d. s. Bauspar- und Prämienspareinlagen) aus der Geldmenge ausgeklammert, da von dieser vorausgesetzt wird, daß sie für Ausgabenzwecke mehr oder weniger frei verfügbar ist.

¹⁾ Vgl. H. Handler, „Geldpolitik, Geldbasis und Geldmenge – Zum Geldmengenkonzept des WIFO“, Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, 1/1977.

(6) Fremdwährungseinlagen:

Die Fremdwährungseinlagen von Inländern (931 Mio S), deren Stand Ende 1977 weniger als 1% des gesamten Einlagenstandes betrug, werden zum überwiegenden Teil von privaten Unternehmungen gehalten, da es sich hauptsächlich um Guthaben handelt, die im Geschäftsverkehr mit dem Ausland anfallen. Fremdwährungseinlagen von Ausländern sind in dieser Position nicht enthalten, sie (nicht aber auch die Fremdwährungseinlagen der Inländer) werden in der Zahlungsbilanz erfaßt. Die Bindungsdauer der Fremdwährungseinlagen von Inländern wird in der Statistik nicht ausgewiesen, es wird sich aber in erster Linie um Sichtguthaben handeln.

Fremdwährungseinlagen zählen nicht zur inländischen Geldmenge, obwohl sie theoretisch zur Bezahlung von Ausgaben verwendet werden könnten. In manchen Ländern (meist Entwicklungsländer, die sich im Einflußbereich einer großen Währungszone befinden) wird der Geschäftsverkehr de facto nicht nur in heimischer Währung, sondern auch in einer oder mehreren ausländischen Währungen abgewickelt; daher zählen dort solche Fremdwährungsbestände zur Geldmenge¹⁾.

(7) Zwischenbanktransaktionen:

Da die Kreditunternehmungen als eigener Sektor ausgewiesen sind, sollten die Zwischenbanktransaktionen vom Konzept her nicht in der Finanzierungsmatrix aufscheinen: denn generell wurde für intrasektorale Transaktionen das Nettoprinzip und für intersektorale das (weitgehende) Bruttoprinzip gewählt. Abweichend davon wird der Zwischenbankverkehr hier brutto ausgewiesen, weil er in der Gesamtfunktion des Kreditapparates als Transformator von Finanzierungsmitteln eine große Rolle spielt: immerhin entfiel Ende 1978 etwa ein Viertel aller Aktiva bzw. Passiva der Kreditinstitute auf inländische Zwischenbankforderungen bzw. -verpflichtungen. Dazu kommt ein statistischer Grund: die Zwischenausweisdaten über die Zwischenbankaktiva (Vorjahresabstand 1977: 37.457 Mio S) decken sich bei weitem nicht mit den Zwischenbankpassiva (lt. OeNB-Statistik 42.520 Mio S). Zum Teil geht dies darauf zurück, daß die inländischen Zwischenbankverpflichtungen (in der Position „Aufgenommene Gelder“) auch die bei der OeNB aufgenommenen Lombarddarlehen (7.274 Mio S) enthalten. Dies ist eine Inkonsistenz der Statistik, weil es sich bei den aggregierten Zwischenausweisen um die konsolidierte Bilanz der Kreditunternehmungen handelt und nicht um die des gesamten monetären Sektors, die auch die OeNB umfassen würde. Die Lombarddarlehen müssen daher entweder getrennt ausgewiesen oder in die Posi-

¹⁾ In Österreich ergibt sich dieses Problem eventuell mit D-Mark-Beständen, die in Westösterreich von der Fremdenverkehrswirtschaft als Zahlungsmittel anerkannt werden.

tion „Sonstige Passiva“ aufgenommen werden. In der Finanzierungsmatrix wird der erste Weg beschritten, die Lombarddarlehen sind in Zeile (9) verbucht. Die verbleibenden Zwischenbanktransaktionen sollten sich auf der Aktiv- und Passivseite decken. Daß sie es nicht tun, kann nur teilweise mit den üblichen Erfassungs- und Einordnungsproblemen erklärt werden (zu denen hier auch die Lombarddarlehen beitragen, die nicht dem Zwischenausweis der Kreditunternehmungen, sondern dem Wochenausweis der OeNB entnommen sind). Erwähnenswert ist, daß die Zwischenbankverpflichtungen (als Bestandsgröße) die -forderungen regelmäßig überschreiten, wenn die Werte auch von Jahr zu Jahr großen Schwankungen unterworfen sind. In der Finanzierungsmatrix ergeben diese Unterschiede eine statistische Diskrepanz (–2.211 Mio S), die in der Sektorbilanz der Kreditunternehmungen in der Position „Sonstiges“ durch eine entsprechende Gegenbuchung ausgeglichen wird.

Übersicht 4:

Inländische Zwischenbanktransaktionen
(Veränderungen der Jahresendstände, in Mio S)

	Forde- rungen	Verbind- lichkeiten ¹⁾	Diskre- panz	OeNB-Forde- rungen aus Darlehen gegen Pfand	Bereinigte Diskrepanz ²⁾
1971	18.416	18.585	– 169	– 142	– 311
1972	11.988	16.523	– 4.535	1.363	–3.172
1973	27.604	27.811	– 207	1.481	1.274
1974	26.819	26.535	284	2.725	3.009
1975	38.575	36.398	2.177	– 5.467	–3.290
1976	37.390	45.191	– 7.801	7.143	– 658
1977	37.457	42.520	– 5.063	7.274	2.211
1978	60.644	59.561	1.083	– 4.603	–3.520
1979	65.506	76.563	–11.057	10.450	– 607

Quelle: OeNB.

¹⁾ Einschließlich der bei der OeNB aufgenommenen Lombarddarlehen.

²⁾ Bereinigt um OeNB-Forderungen aus Darlehen gegen Pfand. Die „bereinigte Diskrepanz“ wird in der Finanzierungsmatrix in der Spalte „Statistische Diskrepanz“ ausgewiesen.

(8) Bei inländischen Nichtbanken aufgenommene Gelder:

Diese Position weist die von den Kreditunternehmungen bei Nichtbanken aufgenommenen Schilling- und Fremdwährungsdarlehen aus (Vorjahresabstand Ende 1977 lt. Zwischenausweis: –585 Mio S). Ihre Aufgliederung auf Aktivabuchungen erfolgt zum Teil mit Hilfe der Bilanzen der Vertragsversicherungen; die Förderungen der Versicherungen gegenüber den Kreditunternehmungen verminderten sich 1977 um 80 Mio S (dementsprechend enthält die Zeile (15) – „Versicherungsanlagen“ – nicht mehr die den Kreditinstituten gewährten Darlehen). Eventuelle Darlehensgewährungen des öffentlichen Sektors an den Kreditapparat sind statistisch nicht erfaßt. Der Rest (–505 Mio S) wird daher den privaten Nichtbanken zugeschrieben, wobei angenommen werden kann, daß die privaten Haushalte keinen Beitrag leisten.

(9) OeNB-Rediskonto und -Lombarde:

In dieser Position wird nur die Refinanzierung der Kreditunternehmungen i.e.S. („Rediskonto und Lombarde“), nicht aber die von der OeNB vorgenommene Rediskontierung von ERP-Wechseln ausgewiesen. Letztere sind in Zeile (13) verbucht.

Wie bereits zu Zeile (7) angemerkt wurde, sind die OeNB-Forderungen aus Darlehen gegen Pfand (Lombarddarlehen), die im Zwischenausweis unter „Zwischenbankverpflichtungen“ ausgewiesen sind, in der Finanzierungsmatrix in Zeile (9) verbucht (7.274 Mio S). Insgesamt weist diese Zeile einen Forderungszuwachs der OeNB in der Höhe von 10.678 Mio S aus, von welchen die Lombarddarlehen als „echte“ Forderungen der OeNB gegen die Kreditunternehmungen zählen. Hingegen sind die rediskontierten Wechsel (3.404 Mio S) rechtlich Forderungen der OeNB an private Unternehmungen. Dem wird auch in den Bilanzen der Kreditunternehmungen Rechnung getragen: Rediskontiert ein Kreditinstitut einen von ihr vorher eskontierten Warenwechsel, so weist sie in ihrer Bilanz den von ihr gewährten Wechselkredit nicht mehr unter diesem Titel aus; es vermindern sich ihre Wechselkredite und es erhöhen sich z.B. ihre Einlagen bei der OeNB: es findet also ein Aktivtausch, aber keine Veränderung der Passivseite statt. Die Bilanz der OeNB erfährt gleichzeitig eine Erweiterung, sie bucht die zugegangene Wechselforderung auf der Aktivseite und den Gegenwert als Guthaben der Kreditunternehmung auf der Passivseite. Dieser Buchungsvorgang ist auch der Grund für die Ausgliederung der rediskontierten Wechsel aus der Bilanzsumme der von der OeNB veröffentlichten Zwischenausweise der Kreditunternehmungen.

Etwas mißverständlich sind allerdings in derselben OeNB-Tabelle die Wechselkredite inklusive dieser Rediskonto ausgewiesen. Dies geschieht in Übereinstimmung mit der Kreditstatistik, in der sämtliche

Wechselkredite als Forderungen der Kreditunternehmungen behandelt werden, und zwar ohne Rücksicht auf die zwischen Kreditunternehmungen und OeNB vorgenommenen Transaktionen, die auf den ursprünglichen Kreditvertrag keinen unmittelbaren Einfluß haben.

Übersicht 5:

Buchungsvorgänge beim Rediskont und Lombard

1. Rediskont		2. Lombard	
OeNB		OeNB	
Eskontierte Wechsel + 100	Kreditinstituts-Guthaben + 100	Lombard-darlehen + 100	Kreditinstituts-Guthaben + 100
Sonstige Aktiva	Sonstige Passiva	Sonstige Aktiva	Sonstige Passiva

Kreditunternehmung		Kreditunternehmung	
Guthaben bei OeNB + 100	Passiva	Guthaben bei OeNB + 100	Darlehen von OeNB + 100
Wechselkredite - 100		Sonstige Aktiva	Sonstige Passiva
Sonstige Aktiva			

Zum Unterschied von der rechtlichen Konstellation wird in der Finanzierungsmatrix versucht, die ökonomisch relevante Situation darzustellen. In diesem Sinn ist die Rediskontierung von Wechseln eine Form der Refinanzierung der Kreditunternehmungen durch die OeNB. In der Finanzierungsmatrix wird daher zunächst die ursprüngliche Kreditbeziehung zwischen privaten Unternehmungen und Kreditinstituten wie in der Kreditstatistik (also inklusive rediskontierter Wechsel) ausgewiesen. Dies erfordert eine Ausgleichsbuchung auf der Passivseite der Kreditunternehmungen; dort sind daher nicht nur die „echten“ (Lombard-)Darlehen der OeNB an den Kreditapparat enthalten, sondern auch die rediskontierten Wechsel. Dadurch wird auch der

Übersicht 6:

Notenbankrefinanzierung der Kreditunternehmen
(in Mio S)

	Jahresendstände			Veränderungen der Jahresendstände		
	Eskontierte Wechsel	Forderungen aus Darlehen gegen Pfand	Summe	Eskontierte Wechsel	Forderungen aus Darlehen gegen Pfand	Summe
1969	1.386	1.290	2.670	248	993	1.241
1970	1.618	182	1.800	232	– 1.108	– 876
1971	706	40	746	– 912	– 142	– 1.054
1972	1.351	1.403	2.754	645	1.363	2.008
1973	1.425	2.884	4.309	74	1.481	1.555
1974	2.044	5.609	7.653	619	2.726	3.345
1975	679	142	821	– 1.365	– 5.467	– 6.832
1976	2.034	7.285	9.319	1.355	7.143	8.498
1977	5.438	14.559	19.997	3.404	7.274	10.678
1978	7.383	9.956	17.339	1.945	– 4.603	– 2.658
1979	12.034	20.406	32.440	4.651	10.450	15.101

Quelle: OeNB.

Zugang zu den Daten der Zeile (12) – „Direktkredite“ – erleichtert, weil dort die in der Kreditstatistik verwendete Definition eingesetzt werden kann.

Die Position „Eskontierte Wechsel“ im Wochenausweis der OeNB enthält auch die rediskontierten Ausfuhrförderungswechsel. Die OeNB wird durch das Ausfuhrförderungsgesetz 1964 verpflichtet, die von Kreditunternehmungen auf Wechselbasis gewährten Exportkredite zu refinanzieren; sie kann allerdings Plafonds ankündigen (diese sind während ihrer Geltungsdauer unwiderruflich), bis zu welchen solche Wechsel rediskontiert werden¹⁾. Für andere Warenwechsel gibt es keine derartige Rediskontzusage. Die OeNB legt allerdings für jedes Kreditinstitut Refinanzierungsrahmen fest, die jederzeit widerrufen werden können.

(10) OeNB-Forderungen gegen den Bundesschatz:

Diese Position ist wegen ihrer kleinen jährlichen Veränderungen für die Matrix der Finanzierungsströme praktisch ohne Bedeutung; ihr Stand betrug Ende 1977 3.672 Mio S und umfaßte Forderungen gemäß Notenbanküberleitungsgesetz-Novelle (mit einem Stand von 1.572 Mio S), aus der Beteiligung an internationalen Finanzinstitutionen (51 Mio S), aus der Einlösung zugunsten von internationalen Finanzinstitutionen begebener Bundesschatzscheine (1.049 Mio S) und aus Krediten an internationale Finanzinstitutionen (1.000 Mio S)²⁾. Insgesamt nahm diese Position 1977 um 174 Mio S ab.

(11) Sonstige inländische Guthaben bei der OeNB:

In dieser Position (Jahreszunahme 1977: 1.349 Mio S) sind die OeNB-Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kreditunternehmungen (353 Mio S lt. Wochenausweis) und gegenüber öffentlichen Stellen und sonstige inländische Verbindlichkeiten (996 Mio S) zusammengefaßt. Eine Schwierigkeit in der Verbuchung dieser Positionen ergibt sich aus der Inkonsistenz der Zwischenausweis- mit den Wochenausweisdaten. Dem wird in der Finanzierungsmatrix dadurch Rechnung getragen, daß im Sektor „OeNB“ die Daten des Wochenausweises und im Sektor „Kreditunternehmungen“ die Zwischenausweisdaten eingesetzt werden; damit ist jeder Sektor für sich gesehen geschlossen. Die Statistische Diskrepanz zwischen den Sektoren (230 Mio S) wird am rechten Rand der Matrix gesondert ausgewiesen.

¹⁾ Vgl. etwa G. Krottenmüller, Die Oesterreichische Nationalbank; Wien 1971.

²⁾ Vgl. „Erläuterungen zum Rechnungsabschluß 1977“ im Jahresbericht 1977 der OeNB.

Ein Vergleich über die Zeit zeigt, daß dieser Fehler, der sich aus unterschiedlichen Erfassungszeitpunkten ergeben mag, für die globale Betrachtung nicht ins Gewicht fällt.

Eine weitere Schwierigkeit bildet die Aufgliederung der zweiten Teilposition. Die Nationalbank selbst veröffentlicht keine Disaggregation in Bund, sonstige öffentliche Haushalte und private Nichtbanken. Sie beruft sich dabei auf das Bankgeheimnis, das es ihr nicht erlaubt, über ihre Geschäftsbeziehungen mit Einzelkunden Auskunft zu geben. Dies betrifft insbesondere die Guthaben des Bundes, der sich in dieser Frage bisher nicht bereit erklärt hat, die OeNB-Daten veröffentlichen zu lassen. Informationen über diese Position sind erst mit zeitlicher Verzögerung dem Rechnungsabschluß des Bundes zu entnehmen¹⁾. Die Einlagen des Bundes (769 Mio S) sind daher – aber auch um die Konsistenz innerhalb des Bundessektors zu wahren – dem Rechnungsabschluß entnommen. Der Rest wurde den „Sonstigen öffentlichen Haushalten“ zugeordnet (227 Mio S), obwohl sich darin auch (unbedeutende) Guthaben von privaten Unternehmungen befinden. Diese Position enthält auch die bei der OeNB zu haltenden Konten des ERP-Fonds, der zu den „Sonstigen öffentlichen Haushalten“ zählt. Die OeNB-Guthaben der Vertragsversicherungen sind auch bereits in Zeile (1) enthalten, eine Doppelzählung im Sektor „Sonstige öffentliche Haushalte“ konnte nicht ausgeschaltet werden.

(12) Direktkredite der Kreditunternehmen:

Es handelt sich bei dieser Position (66.202 Mio S) um die Jahresendstandsveränderung der in der halbjährlichen Kreditstatistik der Nationalbank enthaltenen Direktkredite an inländische Nichtbanken (65.300 Mio S)²⁾ sowie um die Teilzahlungskredite (902 Mio S), die jedoch seit 1978 statistisch nicht mehr separat veröffentlicht werden.

¹⁾ Relevant ist dieses Problem für die Berechnung der Geldmenge M1'; siehe H. Handler (1977), a. a. O.

²⁾ Einschließlich der von der OeNB rediskontierten Wechsel (3.404 Mio S). Ausgeklammert werden hier nur die rediskontierten ERP-Wechsel (diese sind in den Direktkrediten lt. Zwischenausweisen nicht enthalten), weil sie in Zeile (13) unter den ERP-Krediten ausgewiesen werden.

Die ERP-Kredite nahmen nach der Kreditstatistik 1977 insgesamt um 80 Mio S zu, die eskontierten ERP-Wechsel lt. Wochenausweis um 145 Mio S. Die Gegenbuchung für sie findet sich in Zeile (9), sodaß die rediskontierten Wechsel (ohne ERP-Wechsel) für die Kreditunternehmen in der Finanzierungsmatrix nur eine Durchgangspost darstellen.

Übersicht 7:

Gliederung der Direktkredite

Wechselkredite (ohne rediskontierte Wechsel bei der OeNB)¹⁾
 + Rediskontierte Wechsel bei der OeNB
 + Hypothekar- und Kommunaldarlehen
 + Sonstige Schillingkredite¹⁾
 + Fremdwährungskredite

Direktkredite lt. Zwischenausweisen¹⁾
 + Teilzahlungskredite¹⁾

Direktkredite insgesamt lt. Finanzierungsmatrix, Zeile (12)

Die Zuordnung der Direktkredite zu Schuldnersektoren hält sich weitgehend an die halbjährliche Kreditstatistik der OeNB. Ausgenommen ist nur der Bund, für den eigene Statistiken bestehen. Da die Bundesdaten von den entsprechenden Daten der Kreditstatistik abweichen, stimmt in der Zeile (12) die Aktivseite für das gesamte Inland (für sie wird die Kreditstatistik verwendet) nicht mit der Passivseite (64.266 Mio S) überein. Gliedert man die mit den Bundesstatistiken errechneten Kreditaufnahmen des öffentlichen Sektors (8.135 Mio S) aus der Gesamtsumme aus, verbleiben die Kredite an private Nichtbanken (56.131 Mio S), wobei die Teilzahlungskredite dem privaten Sektor zugerechnet werden. Versucht man in diesem Sektor eine weitere Aufgliederung, so können die privaten Haushalte (17.328 Mio S) als Schuldner der Kredite an unselbständig Erwerbstätige und Private (13.692 Mio S), an freie Berufe (2.573 Mio S) sowie für die Periode bis 1977 auch der Teilzahlungskredite, ausgenommen solche für Maschinen und maschinelle Anlagen, (1.063 Mio S) angesehen werden. Diese Abgrenzung ist sicher unscharf, weil in der Kreditstatistik die „Sonstigen Kreditnehmer“ nicht aufgliederbar sind und weil die freien Berufe hier in den Haushaltsektor fallen, obwohl ihnen in vieler Hinsicht Unternehmereigenschaft zukommt. Weiters ist die Aufteilung der Teilzahlungskredite unbefriedigend, weil etwa Kredite für Nutzfahrzeuge dem Haushaltsektor zugerechnet werden. Die Kredite an private Unternehmungen (38.803 Mio S) umfassen dann alle anderen Direktkredite an den privaten Sektor und die Teilzahlungskredite für Maschinen und maschinelle Anlagen. Für die Direktkredite der Kreditunternehmungen

¹⁾ Bis einschließlich 1977 sind die Teilzahlungskredite gesondert veröffentlicht worden, seit 1978 sind sie in den jeweiligen Positionen der Direktkredite lt. Zwischenausweisen (Wechselkredite und Sonstige Schillingkredite) enthalten. Siehe auch Mitteilungen des Direktoriums der OeNB, 2/1978, S. 91, und 9/1978, S. 651.

Übersicht 8:

Direktkredite an inländische Nichtbanken
(in Mio S)

	Jahresendstände			Veränderungen der Jahres- endstände
	Direkt- kredite insgesamt	Davon:		
		Rediskonte bei der OeNB (ohne ERP-Wechsel)	Teil- zahlungs- kredite	
1967	116.344	1.122	3.274	9.646
1968	129.101	1.138	3.352	12.757
1969	150.433	1.386	3.596	21.332
1970	175.694	1.618	4.049	25.261
1971	210.589	706	4.785	34.895
1972	254.875	1.351	5.986	44.286
1973	282.658	1.425	6.548	27.783
1974	323.495	2.044	7.055	40.837
1975	366.015	679	7.153	42.520
1976	445.320	2.034	8.053	79.305
1977	511.522	5.438	8.955	66.202
1978	588.522	7.383	–	77.000
1979	685.305	12.034	–	96.783

Quelle: OeNB.

an den Bund weist die Kreditstatistik (4.940 Mio S) andere Werte aus als der Bundesrechnungsabschluß (3.004 Mio S). Um die Sektorbilanz für den Bund nicht zu beeinflussen, werden in der Sektorzuordnung der Finanzierungsmatrix die Bundesdaten eingesetzt und die Differenz zu den Daten der Kreditstatistik (–1.936 Mio S) als Statistische Diskrepanz ausgewiesen¹⁾. Die Direktkredite an die sonstigen öffentlichen Haushalte (5.131 Mio S) werden aus der Kreditstatistik übernommen.

¹⁾ In den beiden Statistiken werden offensichtlich unterschiedliche Finanztransaktionen erfaßt. Der aushaftende Kreditstand des Bundes gegenüber Kreditunternehmungen betrug Ende 1979 lt. Kreditstatistik 33.266 Mio S, lt. Finanzschuldenbericht hingegen nur 21.442 Mio S.

Übersicht 9:

Darlehen der Kreditinstitute an den Bund
(in Mio S)

	Veränderungen der Jahresendstände		
	Laut Kredit- statistik	Laut Rechnungs- abschlüssen	Diskrepanz
1970	268	245	– 23
1971	305	258	– 47
1972	355	290	– 65
1973	212	– 139	– 352
1974	986	– 139	– 1.125
1975	3.932	1.852	– 2.080
1976	5.540	5.283	– 257
1977	4.940	3.004	– 1.936
1978	6.149	3.362	– 2.787
1979	9.938	7.077	– 2.861
	Jahresendstände		
1979	33.266	21.442	– 11.824

Quelle: OeNB-Mitteilungen, Finanzschuldenberichte der Österreichischen Postsparkasse, Bundes-Rechnungsabschlüsse.

(13) ERP-Kredite:

Bei den über den ERP-Fonds vergebenen Investitionskrediten müssen Kredite aus dem Eigenblock und aus dem Nationalbankblock unterschieden werden. Im ersten Fall ist der zu den „Sonstigen öffentlichen Haushalten“ zählende ERP-Fonds Gläubiger, im zweiten Fall hingegen die OeNB. Der Nationalbankblock besteht aus zweckgebundenen Mitteln der OeNB, über deren Vergabe eine ERP-Kommission entscheidet. Aus diesem Block werden Kredite nur an die Energiewirtschaft sowie an Industrie und Gewerbe vergeben. Die Mittel des Eigenblocks kommen der Land- und Forstwirtschaft, dem Verkehr und Fremdenverkehr zugute.

Die statistische Erfassung der ERP-Kredite bereitet Schwierigkeiten, weil die Berichte des ERP-Fonds¹⁾ auf das Geschäftsjahr abgestellt sind, das jeweils zur Jahresmitte endet; Jahresenddaten sind nicht verfügbar. Darüber hinaus handelt es sich bei den in den Geschäftsberichten des Fonds ausgewiesenen „gewährten“ Krediten um Kreditzusagen, über deren Ausnützung keine Daten vorliegen. Relativ am besten dokumentiert ist noch die Entwicklung der Kredite aus dem Nationalbankblock. Der Fonds selbst veröffentlicht wieder nur seine jeweils zur Jahresmitte bestehenden Verfügungsrechte über diese Mittel, deren Ausnützung allerdings ziemlich genau durch die von der OeNB rediskontierten ERP-Wechsel repräsentiert wird; Daten hierüber sind in den Wochenausweisen der OeNB veröffentlicht.

Die Kredite (Kreditzusagen) aus dem Eigenblock werden über den Kreditapparat abgewickelt. Da sie bei den Kreditunternehmungen nur durchlaufen, werden sie auch dort nicht adäquat erfaßt. Die in den OeNB-Mitteilungen laufend ausgewiesenen „ERP-Kredite“²⁾ erfassen nur Kredite an Industrie und Gewerbe aus Eigenblock- und Nationalbankblock-Mitteln. Daher erschien es für Zwecke der Finanzierungsmatrix sinnvoller, von den Kreditzusagen des ERP-Fonds aus dem Eigenblock auszugehen und die Werte zur Jahresmitte als Näherungswerte für die Jahresendstände zu betrachten³⁾.

In der Finanzierungsmatrix scheinen als Gläubiger der aus Eigenblockmitteln vergebenen Kredite (440 Mio S) der ERP-Fonds (bei den „Sonstigen öffentlichen Haushalten“) und der aus dem Nationalbankblock vergebenen Kredite (145 Mio S) die OeNB auf. Da sämtliche ERP-Kredite bei den Kreditunternehmungen als Durchlaufer behandelt werden, scheinen sie in der Sektorbilanz weder auf der Aktiv- noch auf der Passivseite auf (sie werden auch nicht in den Direktkrediten an inländische Nichtbanken erfaßt). Schuldner aller ERP-Kredite (585 Mio S) sind private Unternehmungen.

Die von den Kreditunternehmungen bei der OeNB gemäß § 83 des Nationalbankgesetzes rediskontierten Wechsel besitzen ursprünglich eine dreimonatige Laufzeit, die aber bis zum Ende der Kreditlaufzeit prolongiert werden kann. Da ihre Höchstsumme in § 3 Abs. 2 des

1) Berichte der Bundesregierung gemäß § 22 des ERP-Fonds-Gesetzes, BGBl. Nr. 207/1962, betreffend den Jahresbericht und Jahresabschluß des ERP-Fonds.

2) Diese Position wird seit Mai 1979 nicht mehr veröffentlicht.

3) Als Alternativmethode hätte sich eine Interpolation zwischen zwei Jahresmittewerten angeboten, doch wäre dies der Wirklichkeit wohl auch nicht wesentlich näher gekommen.

ERP-Fonds-Gesetzes festgelegt ist¹⁾, werden sie nicht zur Refinanzierung der Kreditunternehmungen gezählt, die ja mit ein Ausdruck des laufenden Liquiditätsbedarfes der Kreditunternehmungen sein soll.

Übersicht 10:

ERP-Kredite
(in Mio S)

	Eigenblock ²⁾	Nationalbankblock ³⁾	Insgesamt
1967	355	181	536
1968	401	136	537
1969	410	317	827
1970	410	128	538
1971	410	205	615
1972	410	115	525
1973	375	- 170	205
1974	410	- 42	368
1975	445	66	511
1976	570	367	937
1977	440	145	585
1978	420	323	743
1979	420	210	630

Quelle: OeNB, ERP-Fonds.

(14) Darlehen öffentlicher Haushalte:

Die Darlehensgewährung der öffentlichen Haushalte⁴⁾ spielt insbesondere im Rahmen der Wohnbauförderung eine große Rolle, die von den Ländern abgewickelt wird. Die Gebietskörperschaften gewähren darüber hinaus noch andere Darlehen, in denen beispielsweise die im

1) Die Höchstsumme ist allerdings nicht konstant, sie ändert sich mit den für Kreditgewährungen zur Verfügung stehenden Zinsenüberschüssen. Mitte 1977 betrug die Höchstsumme 7.119 Mio S, wovon 5.936 Mio S durch Wechselkontierung ausgenützt waren. Ende 1977 machten die eskontierten ERP-Wechsel 5.964 Mio S aus.

2) Kreditzusagen des ERP-Fonds aus Mitteln des Eigenblocks in dem jeweils zur Jahresmitte ablaufenden Geschäftsjahr.

3) Repräsentiert durch die im Laufe des Kalenderjahres eingetretene Veränderung des Standes an eskontierten ERP-Wechseln bei der OeNB.

4) Ohne Kredite des ERP-Fonds, die bereits in Zeile (13) enthalten sind.

Übersicht 11:

Darlehensgewährung der Gebietskörperschaften¹⁾
(Veränderungen der Jahresendstände, in Mio S)

	Darlehen zur Investitionsförderung ²⁾						Sonstige Darlehen					
	Bund		Länder und Gemeinden				Bund		Länder und Gemeinden			
	brutto	Tilgungen	netto	brutto	Tilgungen	netto	brutto	Tilgungen	netto	brutto	Tilgungen	netto
1970	294	132	162	3.647	307	3.340	194	166	28	1.187	929	258
1971	206	102	104	4.821	345	4.476	199	176	23	1.220	1.058	162
1972	304	87	217	6.421	519	5.902	225	190	35	1.509	1.188	321
1973	738	73	665	6.993	643	6.350	291	201	90	1.543	1.414	129
1974	991	75	916	8.926	821	8.104	249	212	37	2.282	1.861	421
1975	585	102	483	9.710	747	8.963	281	231	50	2.704	2.198	506
1976	584	103	481	11.515	1.169	10.346	279	258	21	2.685	2.323	362
1977	572	104	468	10.079	1.104	8.975	313	284	29	2.888	2.455	433
1978	580	188	392	11.412	1.231	10.181	317	301	16	3.214	2.816	398
1979	629	175	454	12.390	1.481	10.909	410	322	88	2.960	3.126	- 166

Quelle: Bundesrechnungsabschlüsse, Gebarungsübersichten der Länder und Gemeinden.

¹⁾ Einschließlich Darlehen an andere öffentliche Körperschaften.

²⁾ Einschließlich Wohnbauförderungsdarlehen.

Rahmen der Arbeitsmarktförderung zur Verfügung gestellten Mittel und die Bezugsvorschüsse der öffentlich Bediensteten enthalten sind. Weiters sind noch die Darlehensgewährungen des Wasserwirtschaftsfonds an Unternehmungen (312 Mio S Betriebskredite für Abwasserreinigungsanlagen) im Sektor „Sonstige öffentliche Haushalte“ berücksichtigt, der somit insgesamt im Jahre 1977 Darlehen im Betrage von netto 9.720 Mio S gewährte; die entsprechenden Bundesdarlehen machten 497 Mio S aus. Darin sind auch die von einer öffentlichen Körperschaft an eine andere gewährten Kredite enthalten, von denen nur die Werte für den Bund (-75 Mio S)¹⁾ aus den Bundesrechnungsabschlüssen und die von den Gemeinden (einschließlich Gemeinde Wien) in Anspruch genommenen Wohnbauförderungsmittel (1.202 Mio S) herausgerechnet werden konnten. Vom Restbetrag (9.090 Mio S) wird angenommen, daß er von den privaten Nichtbanken geschuldet wird.

Übersicht 12:

Nettoveränderung der Darlehen öffentlicher Haushalte²⁾
(in Mio S)

	Veränderungen der Jahresendstände				
	Länder und Gemeinden	Wasserwirt- schaftsfonds ³⁾	„Sonstige öffentliche Haushalte“ insgesamt	Bund	Öffentliche Haushalte insgesamt
1972	6.223	59	6.282	252	6.534
1973	6.479	66	6.545	755	7.300
1974	8.525	123	8.648	953	9.601
1975	9.469	26	9.495	533	10.028
1976	10.708	169	10.877	502	11.379
1977	9.408	312	9.720	497	10.217
1978	10.579	350	10.929	408	11.337
1979	10.743	164	10.907	542	11.449

Quelle: Bundesrechnungsabschlüsse, Gebarungübersichten der Länder und Gemeinden, Wasserwirtschaftsfonds.

¹⁾ „Sonstige Kredite“ an den Bund lt. Finanzschuldenbericht (ohne Darlehen der Banken); es sind dies überwiegend Darlehen der „Sonstigen öffentlichen Haushalte“ an den Bund.

²⁾ Siehe Anmerkungen zu Übersicht 11.

³⁾ Betriebskredite des Wasserwirtschaftsfonds für Abwasserreinigungsanlagen.

(15) Versicherungsanlagen:

Hier werden Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten der Vertragsversicherungsunternehmungen gegenüber Nichtbanken (nach den in den OeNB-Mitteilungen ausgewiesenen Statistiken) verbucht. Die Verbindlichkeiten („Anlagen bei Versicherungen“) umfassen nur die Deckungsrückstellungen (–595 Mio S), die Rückstellungen für Prämienrückerstattung und Gewinnbeteiligungen (566 Mio S) und die „Sonstigen inländischen Verbindlichkeiten“ (33 Mio S)¹⁾. Da es sich hierbei in erster Linie um Positionen aus der Lebensversicherung handelt, werden sie den privaten Nichtbanken (und dort den Haushalten) zugeordnet (4 Mio S).

Auf der Aktivseite (3.848 Mio S) werden Darlehen der Vertragsversicherungen an Nichtbanken verbucht. Die Forderungen gegen Kreditunternehmungen (–80 Mio S) sind bereits in Zeile (8) unter den bei inländischen Nichtbanken aufgenommenen Geldern der Kreditunternehmungen ausgewiesen. Aus den Notenbankdaten kann die Aufgliederung der Gesamtsumme in öffentliche Stellen (2.333 Mio S) und private Nichtbanken (1.515 Mio S) entnommen werden; letztere dürften ausschließlich den privaten Unternehmungen zuzurechnen sein. Eine Unterteilung des öffentlichen Sektors muß mit Hilfe anderer Quellen vorgenommen werden: die vom Bund bei den Versicherungen aufgenommenen Darlehen (1.461 Mio S) werden aus dem Bundesrechnungsabschluß entnommen und der Rest (872 Mio S) den „Sonstigen öffentlichen Haushalten“ zugeschrieben.

(16) Anteilswerte und Beteiligungen:

Bei den bisherigen Finanzierungstiteln konnten Bewertungsprobleme mehr oder weniger vernachlässigt werden; Differenzen zwischen Nennwert und Kurswert (Buchwert) schlugen sich in den Statistischen Diskrepanzen nieder. Im Wertpapierbereich spielen Kursänderungen eine größere Rolle; dennoch werden sie in der vorliegenden Finanzierungsmatrix ebenfalls vernachlässigt. Zumindest für die Aktien kann davon ausgegangen werden, daß sie einerseits nicht sehr bedeutend sind und daß andererseits tatsächlich eingetretene Kursänderungen nur selten durch Aktienveräußerung realisiert werden. Der Hauptgrund liegt aber am Mangel an statistischen Quellen.

¹⁾ Die Vertragsversicherungsunternehmungen sind der einzige Sektor, in dem ein Teil der Rückstellungen als Verbindlichkeiten gegen andere Sektoren getrennt ausgewiesen wird. In allen anderen Sektoren sind die Rückstellungen entweder in der Position „Sonstiges“ oder – wenn eine solche nicht identifiziert werden kann – in der Saldendiskrepanz enthalten.

Unter „Anteilswerten“ sollte hier der Kurswert von Kapitalerhöhungen inländischer Aktiengesellschaften gegen Bareinzahlung verstanden werden, wobei nicht nur die an der Börse notierten, sondern alle Aktien zu berücksichtigen wären. Daten über die Kapitalaufbringung in dieser Form stehen allerdings nur für die an der Börse notierten Aktien und für einige außerbörslich gehandelte Werte, für die Maklertaxen erstellt werden, zur Verfügung¹⁾. Für das Gros der übrigen Aktiengesellschaften sind keine Kurswerte bekannt. Die Zahlen aus dieser Datenquelle werden daher für die Zwecke der Finanzierungsmatrix zu niedrig sein. Eine andere Quelle, die die (Nennwert-)Veränderungen des Grundkapitals aller Aktiengesellschaften enthält, ist die vom Österreichischen Statistischen Zentralamt herausgegebene „Statistik der Aktiengesellschaften in Österreich“, die allerdings jeweils mit großer zeitlicher Verzögerung erscheint. Die Daten dieser Statistik können in bezug auf die in der Finanzierungsmatrix zu verwendenden Definition zu hoch oder zu niedrig sein, je nachdem, ob die Effekte von

Übersicht 13:

**Kapitalerhöhungen
der Aktiengesellschaften²⁾**
(in Mio S)

	Kredit- unter- nehmungen	Vertrags- versiche- rungen	Private Unterneh- mungen ³⁾	Insge- samt	Davon: Umtausch von Wandel- anleihen
1968	304	124	2.368	2.796	—
1969	23	106	862	991	—
1970	436	53	5.419	5.908	—
1971	193	17	1.455	1.665	—
1972	428	18	2.385	2.830	—
1973	329	148	1.927	2.403	15
1974	492	28	2.663	3.183	18
1975	337	37	3.196	3.570	85
1976	1.099	19	2.494	3.612	94
1977	248	331	2.798	3.377	58
1978	485	166	3.246	3.897	50

Quelle: Statistik der Aktiengesellschaften in Österreich.

¹⁾ Jahresberichte der Wiener Börsenkammer und den Börseabteilungen von Kreditunternehmungen.

²⁾ Veränderungen im Nennwert des Grundkapitals aufgrund der Bilanzen der Aktiengesellschaften.

³⁾ Einschließlich Umtausch von Wandelanleihen.

Sacheinlagen und niedrigen Einzahlungsquoten oder die der Aktienkurse überwiegen. Insgesamt scheinen die Werte der Aktienstatistik (Jahreszuwachs 1977: 3.377 Mio S) der in der Finanzierungsmatrix zu repräsentierenden Kapitalaufbringung eher zu entsprechen als die Daten über gehandelte Aktien.

Von den Beteiligungen können hier nur die in den Statistiken des öffentlichen Sektors und des Finanzierungssektors erfaßten Portefeuillebestände verbucht werden. Auf der Sollseite sind die inländischen Beteiligungen des Bundes einschließlich von Wertpapieren bekannt (787 Mio S). Im Sektor der Kreditunternehmungen werden hier die Zwischenausweispositionen Anteilswerte (215 Mio S), Konsortialbeteiligungen (252 Mio S) und inländische Beteiligungen (927 Mio S) verbucht. Unter Anteilswerten werden im Zwischenausweis vor allem solche inländischen Titel verstanden, die nicht in der Absicht einer dauernden Veranlagung erworben wurden; dazu zählen Aktien, Investmentzertifikate sowie nichtverbriefte Anteile an inländischen Kapitalgesellschaften und Genossenschaften. Konsortialbeteiligungen sind Wertpapiere, über die das betreffende Kreditinstitut nicht allein verfügungsberechtigt ist und die ebenfalls keine dauernde Beteiligung darstellen (z. B. die Wertpapiere von Kursstützungssyndikaten). Hingegen sind „inländische Beteiligungen“ Anteile an inländischen Kapital- und Personengesellschaften sowie Genossenschaften, die der dauernden Beteiligung eines Kreditinstituts an einer anderen Unternehmung dienen. Die Vertragsversicherungen haben im Laufe des Jahres 1977 ihre Anteilswerte um 2 Mio S verringert und die inländischen Beteiligungen um 201 Mio S erhöht.

Für 1977 ergibt sich daraus eine geschätzte Gesamtveränderung ausgegebener Anteilswerte und Beteiligungen von 4.757 Mio S, die wie folgt berechnet werden: aus der Aktienstatistik ist die Zunahme des Grundkapitals der Aktiengesellschaften bekannt¹⁾ (3.377 Mio S). Um zu einer Zahl für die gesamten Passiva in dieser Zeile zu kommen, werden jene Veränderungen von Beteiligungen hinzugerechnet, die sich aus den Aktivabuchungen ergeben: es sind dies die Beteiligungen der Kreditunternehmungen (1.179 Mio S) und Vertragsversicherungen (201 Mio S), wobei mangels weiterer Aufgliederungsmöglichkeit unterstellt wird, daß sich in diesen Beteiligungen keine Aktien befinden. Von den Beteiligungen des Bundes wurde hingegen angenommen, daß sie ausschließlich aus Aktien bestehen. Aus den Bundesrechnungsabschlüssen lassen sich zwar auch einige andere Beteiligungsformen identifizieren (z. B. Beteiligungen an GesmbH's), doch

¹⁾ Die durch den Umtausch von Wandelanleihen (58 Mio S) aus dem Rentenmarkt herausfallenden Werte – siehe hierzu auch die Anmerkungen zu Zeile (19) – sind vom Konzept her in dieser Größe bereits enthalten und müssen daher nicht mehr gesondert berücksichtigt werden.

ist eine vollständige und eindeutige Aufteilung dieser Position nicht möglich. Von der Gesamtsumme (4.757 Mio S) sind die Aktiva der öffentlichen Haushalte und Finanzierungsinstitute bekannt, die der privaten Nichtbanken (2.377 Mio S) ergeben sich als Restgröße. Auf der Passivseite können die Kapitalerhöhungen lt. Aktienstatistik für die Kreditinstitute (248 Mio S) und die Versicherungen (331 Mio S) identifiziert werden, der Rest (4.178 Mio S) wird den privaten Unternehmungen zugeschrieben.

Übersicht 14:

**Verbuchung der Anteilswerte
und Beteiligungen**
(Veränderungen der Jahresendstände, in Mio S)

	PASSIVA			Passiva insgesamt = Aktiva insgesamt	AKTIVA			
	Grund- kapital ¹⁾	Aus Aktivabuchun- gen abgeleitete Beteiligungen ⁴⁾ der: Kredit- Vertrags- unterneh- versiche- mungen ²⁾ ³) rungen ³⁾			Öffent- licher Sektor	Kredit- unterneh- mungen	Vertrags- versiche- rungen	Private Nicht- banken ⁵⁾
1968	2.796	127	17	2.940	741	399	16	1.784
1969	991	192	55	1.238	319	224	49	646
1970	5.908	328	-1	6.235	607	441	3	5.184
1971	1.665	338	387	2.390	461	860	407	662
1972	2.830	515	29	3.374	919	733	28	1.694
1973	2.403	368	50	2.821	586	463	65	1.707
1974	3.183	459	47	3.689	795	157	53	2.684
1975	3.540	564	17	4.151	834	1.052	43	2.222
1976	3.612	294	155	4.061	1.870	663	255	1.273
1977	3.377	1.179	201	4.757	787	1.394	199	2.377
1978	3.897	1.071	43	5.011	928	2.419	115	1.549
1979	..	1.308	40	..	1.311	2.781	81	..

¹⁾ Nennwertveränderung aus der „Statistik der Aktiengesellschaften in Österreich“.

²⁾ Konsortialbeteiligungen und „inländische Beteiligungen“.

³⁾ Berechnet aus den Portefeuilles. Es wurde angenommen, daß sich in diesen Positionen keine Aktien befinden und daß sie daher zu den Veränderungen des Grundkapitals hinzuzuzählen sind, um die gesamten Passiva dieser Position zu erhalten. Von den Beteiligungen des Bundes wurde hingegen angenommen, daß sie ausschließlich aus Aktien bestehen, die bereits durch die Veränderungen des Grundkapitals erfaßt sind.

⁴⁾ Unter der Annahme, daß diese Beteiligungen nicht auch Aktien umfassen.

⁵⁾ Restgröße.

(17) Investmentzertifikate:

Nach den in Österreich geltenden Bestimmungen verwalten die Kapitalanlagegesellschaften das Wertpapiervermögen der Zertifikatsbesitzer als Treuhänder, die Zertifikatsbesitzer sind Miteigentümer der Wertpapiere. Diese Regelung erlaubt es, für die Zwecke der Finanzierungsmatrix von der Veränderung des Fondsvermögens der Investmentfonds auszugehen und sie dem Nettoverkauf an Investmentzertifikaten (Kurswert) gleichzusetzen. Ihrer Funktion als Finanzintermediäre entsprechend, müßten die Investmentfonds im Finanzierungssektor enthalten sein; wegen ihrer geringen quantitativen Bedeutung erschien jedoch die Bildung eines eigenen Sektors für diese Unternehmungen nicht gerechtfertigt. Sie sind daher den privaten Unternehmungen zugerechnet.

Eine Aufteilung der emittierten Investmentzertifikate nach Käufersektoren ist nicht möglich, doch ist anzunehmen, daß der überwiegende Teil von privaten Haushalten erworben wird. Während des Jahres 1977 verminderte sich das Vermögen der Investmentfonds von 3.443 Mio S auf 3.397 Mio S (–46 Mio S). Im einzelnen nahmen inländische festverzinsliche Wertpapiere um 48 Mio S und inländische Anteilswerte um 12 Mio S ab.

(18) Bundesschatzscheine:

Die Veränderung der aushaftenden Bundesschatzscheine (–1.583 Mio S) kann den Arbeitsbehelfen zu den Bundesfinanzgesetzen entnommen werden. Sie werden fast ausschließlich von Kreditunternehmungen gehalten (–1.506 Mio S)¹⁾, der Rest vermutlich von Vertragsversicherungen (–77 Mio S). Da die Kreditunternehmungen nach § 41 des Notenbankgesetzes kurzfristige Bundesschatzscheine in begrenztem Umfang der OeNB zum Eskont anbieten können, muß eine Sollbuchung grundsätzlich auch für die OeNB vorgesehen werden. In der Praxis kann die OeNB nur solche Schatzscheine übernehmen, die spätestens zum Jahresende vom Bund zurückgelöst werden. Sie scheinen daher in Zeile (18) nicht auf, hier werden nur die mittelfristigen Bundesschatzscheine ausgewiesen.

(19) Inländische festverzinsliche Wertpapiere:

In dieser Zeile sind die im Inland von In- und Ausländern begebenen festverzinslichen Wertpapiere in der vom Kapitalmarktausschuß getroffenen Abgrenzung des Rentenmarktes enthalten²⁾. Die Aktivbu-

¹⁾ Lt. Zwischenausweis.

²⁾ Käufe von Schillingpapieren durch Ausländer können statistisch nicht auf Schuldnersektoren aufgeteilt werden.

65

Übersicht 15:

Eigene Emissionen und Portfeuillebestände der Kreditunternehmen
(in Mio S)

	Jahresendstände			Veränderungen der Jahresendstände		
	Portfeuillebestände ¹⁾	Eigene S-Emissionen	davon: im Besitz von Kreditunternehmen	Portfeuillebestände	Eigene S-Emissionen	davon: im Besitz von Kreditunternehmen
	18.710	12.406	4.707			
1967	20.067	13.990	4.896	1.357	1.584	189
1968	20.757	15.820	5.745	690	1.830	849
1969	21.895	19.659	7.060	1.138	3.839	1.315
1970	23.626	24.434	8.616	1.731	4.775	1.556
1971	26.208	30.237	10.335	2.582	5.803	1.719
1972	31.329	39.281	12.828	5.121	9.044	2.493
1973	38.953	45.609	15.745	7.624	6.328	2.917
1974	46.517	54.440	19.669	7.564	8.831	3.924
1975	69.014	68.217	25.228	22.497	13.777	5.559
1976	91.421	84.465	29.374	22.407	16.248	4.146
1977	109.316	103.102	33.355	17.895	18.637	3.981
1978	128.704	128.588	41.025	19.388	25.486	7.670
1979	148.039	175.901	47.993	19.335	47.313	6.968

Quelle: OeNB.

1) „Sonstige festverzinsliche inländische Wertpapiere“ aus den Zwischenausweisen der Kreditunternehmen.

chung der Spalte „Gesamt“ (37.697 Mio S) enthält die Nettoemissionen (Umlaufsveränderungen) sowohl der Einmal- als auch der Daueremissionen, die (lt. Oesterreichischer Kontrollbank) für den Erwerb durch In- und Ausländer zur Verfügung stehen. Die durch Umtausch von Wandelschuldverschreibungen in Aktien aus dem Rentenmarkt ausscheidenden Titel (58 Mio S) sind aus diesem Wert ausgegliedert und der Zeile (16) – „Anteilswerte und Beteiligungen“ – zugewiesen¹⁾. Die Zuordnung dieses Emissionsvolumens zu kaufenden Sektoren soll zunächst von den Ausländern ausgehen. Daten über die von Ausländern gekauften Schilling-Rentenwerte können der Zahlungsbilanz entnommen werden: 1977 entfielen netto 636 Mio S auf Emissionen der Kreditunternehmungen, 236 Mio S auf Emissionen der öffentlichen Hand und 231 Mio S auf Emissionen der Wirtschaftsunternehmungen und Privaten, insgesamt also 1.103 Mio S. Für den Inlandsabsatz blieb daher ein Volumen von netto 36.594 Mio S, das mit Hilfe der OeNB-Daten über die Portefeuilles der Kapitalsammelstellen²⁾ bezüglich der Sozialversicherungsträger (–279 Mio S) und der öffentlich-rechtlichen Fonds (–55 Mio S) weiter aufgegliedert werden kann. Für die Kreditunternehmungen entstammen die Zahlen den Zwischenausweisen (17.895 Mio S)³⁾, für die Vertragsversicherungen den von der OeNB veröffentlichten Bilanzdaten (513 Mio S)⁴⁾ und für die OeNB aus ihrer eigenen Bilanz (3.647 Mio S). Die Verwendung von Bilanzdaten mit Buchwerten ergibt eine Statistische Diskrepanz zu den Nennwertdaten der Rentenmarktstatistik⁵⁾; sie wird im Restsektor (Private Nichtbanken) ausgeglichen.

-
- 1) Eliminiert man die Wandelschuldverschreibungen nicht, so gelangt man zu dem in der „Kapitalmarkt-Dokumentation“ der Oesterreichischen Kontrollbank unter „Netto-Umlauferhöhung“ ausgewiesenen Wert (37.755 Mio S).
 - 2) Siehe Mitteilungen, 10/1978, S. 725 ff. Die dort ausgewiesenen Daten enthalten allerdings auch die in den Portefeuilles der Kapitalsammelstellen befindlichen Rentenwerte inländischer Emittenten, die in Fremdwährung im Ausland begeben wurden. Nach der Definition des Kapitalmarktausschusses zählen diese Werte nicht zum (inländischen) Rentenmarkt.
 - 3) In diesen Wertpapierbeständen der Kreditunternehmungen sind die Bestände der Kurssicherungssyndikate nicht enthalten, diese sind vielmehr in der Zwischenausweisposition „Konsortialbeteiligungen“ – in der Finanzierungsmatrix in Zeile (16) – ausgewiesen. Da sie von den anderen Konsortialbeteiligungen nicht getrennt erfaßt werden, können sie in Zeile (19) nicht den Kreditunternehmungen zugeordnet werden; sie scheinen daher auch in der Restgröße im Sektor „Private Nichtbanken“ auf. Daraus resultiert eine Doppelzählung, die allerdings das Gesamtgefüge der Finanzierungsmatrix nicht beeinträchtigt.
 - 4) Diese Zahl setzt sich aus 436 Mio S Veränderung des Bestandes an festverzinslichen Wertpapieren insgesamt abzüglich –77 Mio S an Bundesschatzscheinen – siehe Zeile (18) – zusammen.
 - 5) In den Unternehmensbilanzen wird auf der Aktivseite nach dem Niederstwertprinzip entweder der Nennwert oder der niedrigere Kurswert, auf der

Die Wertpapierbestände der Kreditunternehmungen sind entgegen der allgemeinen Vorgangsweise in der Finanzierungsmatrix hier einschließlich der innersektoralen Transaktionen ausgewiesen. Es sind also sowohl in der Aktiv- als auch in der Passivbuchung jene eigenen Emissionen der Kreditinstitute enthalten, die von anderen Kreditunternehmungen erworben wurden. Ende 1977 befanden sich 33.355 Mio S an Bankschuldverschreibungen in den Händen von Kreditunternehmungen, im Verlauf des Jahres nahmen sie um 3.981 Mio S zu. Diese Aufblähung der „konsolidierten“ Bilanz des Kreditapparates erleichtert es, die in der Finanzierungsmatrix ausgewiesenen Daten mit den für den Rentenmarkt insgesamt veröffentlichten Daten in Übereinstimmung zu bringen.

Die Veränderungen des Wertpapierportefeuilles der OeNB (3.647 Mio S) setzen sich aus den durch Offenmarktgeschäfte herbeiführten Umschichtungen (3.151 Mio S) und den Veränderungen der in den „Anderen Aktiva“ (lt. Wochenausweis) enthaltenen Wertpapieren (496 Mio S) zusammen. Letztere dienen betriebsinternen Zwecken der OeNB, etwa der Veranlagung der Pensionsreserve und des Jubiläumsfonds.

Über die Wertpapierveranlagung des öffentlichen Sektors gibt es über die schon genannten Daten hinaus keine brauchbare Information.

Der Restbetrag (14.873 Mio S), der auch die Statistischen Diskrepanzen der anderen Sollbuchungen enthält, wird den privaten Nichtbanken zugeordnet. Eine Aufgliederung dieses Sektors in private Haushalte und Unternehmungen ist nicht möglich. Hierzu bedürfte es etwa einer Depotstatistik oder einer anderen adäquaten Erfassung der Käuferstruktur, die in Österreich bis heute nicht vorgenommen wird. Will man dennoch einen Zuordnungsversuch unternehmen, dann könnte man unterstellen, daß die steuerbegünstigt erworbenen Wertpapiere (brutto 5.792 Mio S) den privaten Haushalten zuzuschreiben sind. Eine Rechtfertigung hierfür bestünde in der – in der VGR getroffenen – Sektoreinteilung, die ebenfalls eine sehr weite Definition für den Haushaltsektor verwendet.

Passivseite nach dem Höchstwertprinzip der Nennwert oder der höhere Kurswert der Wertpapiere verbucht. In den Rentenmarktdaten sind hingegen jeweils die Nennwerte enthalten. Dies spiegelt sich in den Statistischen Diskrepanzen (sofern nicht anders gerichtete Einflüsse überwiegen), die auf der Aktivseite meist positive und auf der Passivseite meist negative Werte enthalten.

Übersicht 16:

Festverzinsliche Wertpapiere 1977
(Veränderungen in Mio S)

Emittenten	Private Unterneh- mungen	Bund	Sonstige öffent- liche Haus- halte	Kredit- unterneh- mungen	Inländi- sche Emittenten	Ausländi- sche Emittenten	Insgesamt	Umtausch von Wandel- schuldver- schrei- bungen	Inländi- sche Emittenten ohne Wandel- schuldver- schrei- bungen	Insgesamt ohne Wandel- schuldver- schrei- bungen
Käufer										
Private Nichtbanken					15.040	- 109 ²⁾	14.931	- 58 ²⁾	14.982	14.873
Sonstige öffentliche Haushalte					- 334	..	- 334	..	- 334	- 334
OeNB					3.647	-	3.647	-	3.647	3.647
Kreditunter- nehmungen					17.895	..	17.895	..	17.895	17.895
Vertragsver- sicherungen					513	..	513	..	513	513
Inland					36.761	- 109	36.652	- 58	36.703	36.594
Ausland ¹⁾					1.103	..	1.103	..	1.103	1.103
Insgesamt	1.743	15.708	1.566	18.847	37.864	- 109	37.755	- 58	37.806	37.697

Quelle: Oesterreichische Kontrollbank, Kapitalmarkt-Dokumentation; OeNB-Mitteilungen.

1) Schilling-Verpflichtungen Österreichs aus der Zahlungsbilanzstatistik.

2) Mangels näherer Zuordnungsmöglichkeit zu bestimmten Sektoren wird diese Position dem Restsektor der privaten Nichtbanken zugeschlagen.

Übersicht 17:

Statistische Diskrepanz bei Rentenwerten
(in Mio S)

	Nettoemissionen des Bundes		Nettoemissionen der Kreditunternehmungen		Summe der Diskrepanzen
	laut OeKB	laut Bundes- daten ¹⁾	laut OeKB	laut Zwischen- ausweisen	
1970	– 75	186	4.725		
1971	543	755	5.902	5.803	– 113
1972	3.039	3.192	9.182	9.044	– 15
1973	2.022	2.114	6.211	6.328	– 209
1974	– 686	– 675	8.143	8.831	– 699
1975	12.718	13.318	13.813	13.777	– 564
1976	21.528	21.515	16.373	16.248	138
1977	15.708	15.697	18.847	18.637	221
1978	17.156	17.089	25.737	25.486	318
1979	18.590	18.517	46.246	47.313	– 994

Quelle: OeNB-Mitteilungen; Oesterreichische Kontrollbank, Kapitalmarkt-Dokumentation; P.S.K.-Finanzschuldenberichte.

Im Gegensatz zu den Käufersektoren lassen sich die Emittenten ziemlich eindeutig feststellen, weil alle Emissionen von der Aufsichtsbehörde (Bundesministerium für Finanzen) genehmigt werden müssen. Von den privaten Nichtbanken sind nur bestimmte Unternehmungen als Emittenten anerkannt; sie werden in der Emissionsstatistik in die Gruppen Industrie, E-Wirtschaft, Sondergesellschaften des Bundes und „Sonstige inländische Emittenten“ eingeteilt²⁾. Ihre Nettoemissionen machten 1977 1.743 Mio S, nach Abzug der umgetauschten Wandelschuldverschreibungen 1.685 Mio S aus. Aus Vereinfachungsgründen wird fingiert, daß der Umtausch von Wandelanleihen in Ak-

¹⁾ Anleihen und Bundesobligationen lt. Finanzschuldenbericht.

²⁾ Siehe „Kapitalmarkt-Dokumentation“ der Oesterreichischen Kontrollbank A. G. (OeKB).

ten nur den Sektor „Private Unternehmungen“ betrifft¹⁾. In den Nettoemissionen des Bundes sind die Bundesanleihen und die Bundesobligationen zusammengefaßt. Der in der Finanzierungsmatrix enthaltene Wert (15.697 Mio S) wurde Bundesquellen entnommen, die nicht voll mit den Rentenmarktdaten (15.708 Mio S) übereinstimmen. Die Statistische Diskrepanz ist getrennt ausgewiesen. Die Nettoemissionen der „Sonstigen öffentlichen Haushalte“ (1.566 Mio S) sind hingegen Rentenmarktdaten; zu den Emittenten dieses Sektors gehören die Länder und Städte und die öffentlich-rechtlichen Fonds. Die eigenen Emissionen der Kreditunternehmungen einschließlich intrasektoraler Transaktionen (18.637 Mio S) sind für die Finanzierungsmatrix den Zwischenausweisen entnommen, deren Werte von den Rentenmarktdaten (18.847 Mio S) etwas abweichen; die Summe der Abweichungen (221 Mio S) scheint in der Spalte „Statistische Diskrepanz“ auf. Zu den Finanzierungstiteln der Kreditunternehmungen gehören fundierte und nichtfundierte Anleihen und die Daueremissionen mit Ausnahme der ERP-Obligationen; die Daueremissionen gliedern sich in Pfandbriefe, Kommunalbriefe, Kassenobligationen und „Bankschuldverschreibungen“²⁾.

Auslandsposition:

Wie erwähnt wurde für die Darstellung der Finanztransaktionen mit dem Ausland eine Blockdarstellung gewählt: sie sind sowohl bei den Wirtschaftssektoren als auch bei den Finanzierungsinstrumenten getrennt ausgewiesen. Dies kommt nicht nur der sektoralen Gliederung der Volkseinkommensrechnung entgegen, sondern bietet sich auch von der Datenquelle her an: alle diese Transaktionen sind der Zahlungsbilanzstatistik entnommen, die ein in sich geschlossenes System darstellt. Auch für diese Transaktionen ergibt sich das Bewertungsproblem, weil die ausgewiesenen Kapitalströme als Veränderungen von Bestandsgrößen (z. B. aus dem Auslandsstatus der Kreditunternehmungen) errechnet werden, die auch die zwischen zwei Erfassungszeitpunkten eingetretenen Wertveränderungen miteinschließen; solche Wertänderungen kommen insbesondere durch Wechselkurschwankungen, aber auch durch Kursänderungen von Wertpapieren zustande. Eine Ausnahme bilden nur die offiziellen Währungsreserven, für die die liquiditätsunwirksamen Wertänderungen getrennt in der Position 8 der Zahlungsbilanzstatistik („Reserveschöpfung und

¹⁾ Der Umtausch von Kreditinstitutsanleihen wird damit nicht getrennt behandelt, sondern den privaten Nichtbanken zugeordnet. Dieser Fehler ist jedoch für die globale Analyse ohne Bedeutung.

²⁾ Siehe „Kapitalmarkt-Dokumentation“ der OeKB und H. Handler, „Institutionen und Strukturen des österreichischen Kapitalmarktes“, Wifo-Monatsberichte, 2/1980.

Bewertungsänderungen“) ausgewiesen sind. Zu ihr gehören insbesondere die Zuteilung von Sonderziehungsrechten, die Monetisierung von Gold sowie die Bewertungsänderungen aus Wechselkursschwankungen.

Mit der Zahlungsbilanzstatistik werden auch ihre Charakteristika in die Finanzierungsmatrix einbezogen. Dazu gehört die Unterscheidung von kurz- und langfristigen Finanzierungsinstrumenten; als langfristig wird ein Titel dann bezeichnet, wenn seine ursprüngliche Laufzeit mehr als ein Jahr beträgt¹⁾. Da die Zahlungsbilanzstatistik selbst wieder aus mehreren verschiedenen Quellen zusammengestellt wird, ergeben sich Fehlerquellen, die in der Statistischen Differenz zusammengefaßt sind.

Die sektorale Gliederung der Auslandstransaktionen erfolgt teilweise anhand anderer Statistiken, um den Bilanzzusammenhang in den einzelnen Sektoren nicht zu stören. So sind etwa die Auslandstransaktionen der Kreditunternehmungen teilweise aus der Zahlungsbilanz entnommen (Direktinvestitionen, Aktien, Investmentzertifikate, festverzinsliche Wertpapiere, Kredite, kurzfristige Auslandsposition), in Zeile (24) – „Sonstige langfristige Auslandsposition“ – wurde hingegen eine Ausgleichsposition eingesetzt, die die Übereinstimmung mit den Zwischenausweisen herstellt.

Die Sektorengliederung in der Zahlungsbilanzstatistik deckt sich nicht mit der in der Volkseinkommensrechnung. In der Zahlungsbilanzstatistik werden beim Kapitalverkehr die OeNB, die Kreditunternehmungen (in der gleichen Abgrenzung wie in der Finanzierungsmatrix), der öffentliche Sektor (nicht weiter disaggregiert) sowie die Wirtschaftsunternehmen und Privaten unterschieden. Zu letzteren zählen auch die Vertragsversicherungen.

(20) Direktinvestitionen:

Die Direktinvestitionen sind in der österreichischen Zahlungsbilanz dem langfristigen Kapitalverkehr zugeordnet²⁾. Es handelt sich dabei um dauerhafte Beteiligungen an Unternehmungen außerhalb des Landes des Investors, welcher sich mit seiner Beteiligung ein Mitspracherecht an der Unternehmensführung sichern will. Die Direktinvestitionen von Österreichern im Ausland werden als Forderungen des betreffenden Inlandssektors verbucht, die Direktinvestitionen von Ausländern in Österreich als Verbindlichkeiten des Inlandssektors.

¹⁾ Siehe auch International Monetary Fund, „Balance of Payments Manual“ (Fourth Edition), Washington, D. C. 1977.

²⁾ Nach dem „Balance of Payments Manual“ sind auch kurzfristige Direktinvestitionen möglich.

Der Großteil der Direktinvestitionen wurde 1977 von privaten Unternehmungen getätigt (Zunahme der Forderungen um 1.343 Mio S und der Verbindlichkeiten um 2.009 Mio S), private Haushalte können definitionsgemäß nicht investieren. Ein unbedeutender Anteil entfiel auf die Kreditunternehmungen (Forderungen: + 54 Mio S, Verbindlichkeiten: + 41 Mio S).

(21) Aktien und Investmentzertifikate:

Diese beiden Finanzierungsinstrumente sind im Rahmen der Auslandstransaktionen der österreichischen Wirtschaft unbedeutend. Forderungen und Verbindlichkeiten ergeben sich praktisch nur in den Sektoren der privaten Unternehmungen und der Kreditinstitute.

(22) Festverzinsliche Wertpapiere:

In dieser Zeile sind nur die titrierten Fremdwährungskredite enthalten, die Schilling-Papiere sind in Zeile (19) erfaßt. Von den gesamten österreichischen Netto-Neuveranlagungen im Ausland (1.361 Mio S an Nettokäufen ausländischer festverzinslicher Wertpapiere durch Inländer) waren die privaten Nichtbanken mit 654 Mio S (545 Mio S [laut Zahlungsbilanzposition 433] abzüglich -109 Mio S, die bereits in Zeile [19] enthalten sind), die Kreditunternehmungen mit 702 Mio S und die öffentlichen Haushalte mit 5 Mio S beteiligt. Die österreichischen Placierungen von Fremdwährungsoptionen im Ausland (insgesamt 19.541 Mio S) setzen sich aus Zunahmen der Verbindlichkeiten der privaten Unternehmungen (2.320 Mio S), der öffentlichen Haushalte (9.360 Mio S) und der Kreditunternehmungen (7.861 Mio S) zusammen. Eine Aufgliederung des öffentlichen Sektors kann nicht mit der Zahlungsbilanzstatistik, wohl aber mit Bundesstatistiken vorgenommen werden. Nach den Finanzschuldenberichten der Österreichischen Postsparkasse nahm die Auslandsschuld des Bundes 1977 aus festverzinslichen Wertpapieren netto um 8.371 Mio S zu, womit ein Rest von 989 Mio S auf die sonstigen öffentlichen Haushalte entfällt. In diesem Betrag sind daher auch allfällige statistische Diskrepanzen ausgeglichen, die zwischen Bundes- und Zahlungsbilanzstatistiken bestehen könnten.

(23) Kredite:

Verbucht sind hier die an Ausländer (18.809 Mio S) und von Ausländern an Inländer gewährten Direktkredite (9.027 Mio S). Die Aufgliederung wurde für die privaten Nichtbanken und die öffentlichen Haushalte insgesamt nach der Zahlungsbilanzstatistik vorgenommen. Bundesdaten entstammen dem Finanzschuldenbericht, Daten für die sonstigen öffentlichen Haushalte sind wiederum die Restgröße der öffentlichen Haushalte. Für die Kreditunternehmungen wurden ebenfalls Zahlungsbilanzdaten verwendet.

(24) Sonstige langfristige Auslandstransaktionen:

Diese Position umfaßt alle langfristigen Auslandstransaktionen, die nicht schon in einer anderen Zeile getrennt ausgewiesen sind (1977 nahmen die inländischen Forderungen in dieser Zeile insgesamt um 196 Mio S zu und die Verbindlichkeiten um 187 Mio S ab). Hierher gehören beispielsweise die zwischen In- und Ausländern durchgeführten Liegenschaftsgeschäfte. Auch in dieser Zeile wurde für die sektorale Gliederung so weit wie möglich von der Zahlungsbilanzstatistik ausgegangen, doch stammen die Bundesdaten aus dem Rechnungsab-schluß (aus dem sich etwa die Nettoausweitung der Aktiva von 247 Mio S aus einer Bruttozunahme um 266 Mio S und Einnahmen des Bundes aus Rückzahlungen von 19 Mio S ergeben), sodaß die sonstigen öffentlichen Haushalte als Restgröße auf die Zahlungsbilanzdaten für die öffentlichen Haushalte insgesamt bleiben, die auch eventuelle Diskrepanzen zwischen Bundes- und Zahlungsbilanzstatistik kompensiert. Im Sektor der Kreditinstitute sorgt diese Zeile als Ausgleichsposition zwischen den aus der Zahlungsbilanz entnommenen Daten ihrer Auslandsposition – die Zeilen (20) bis (23) und (25) – und den Zwischenausweisdaten, die die Bilanzidentität in diesem Sektor herstellt. Die zwischen den beiden Statistiken auftretenden Diskrepanzen (31 Mio S) sind gesondert ausgewiesen. Statistische Probleme bereitet auch die Versicherungsstatistik, die keine Aufgliederung der Auslandsaktiva und -passiva nach Finanzierungsinstrumenten zuläßt. Sie wurde daher zur Gänze in die Zeile (24) aufgenommen und die entsprechenden Forderungen (5 Mio S) und Verpflichtungen (2.122 Mio S) von den privaten Nichtbanken abgezogen.

(25) Kurzfristiger Kapitalverkehr:

In dieser Zeile ist der gesamte kurzfristige Kapitalverkehr einschließlich der Veränderung der offiziellen Währungsreserven enthalten, soweit er auch in der Zahlungsbilanzstatistik unter diesem Titel ausgewiesen ist. Nicht hinreichend erfaßt ist dort nämlich immer noch der kurzfristige Kapitalverkehr der Wirtschaftsunternehmungen und Privaten, der teilweise in der Statistischen Differenz aufscheint (insbesondere die Handelskredite). Der kurzfristige Kapitalverkehr der OeNB ist auf deren Aktivseite mit der Bruttoveränderung der offiziellen Währungsreserven identisch. In der Finanzierungsmatrix sind jedoch die durch Reserveschöpfung und Bewertungsänderungen (Zahlungsbilanzposition 8) erzielten Wertänderungen ausgeklammert (zieht man von der gesamten Bruttoveränderung von –8.892 Mio S die Reserve-schöpfung von –2.160 Mio S ab, erhält man die ausgewiesene berei-nigte Bruttoveränderung von –6.731 Mio S). Zu den Bruttoreserven zählen Gold, Devisen und Valuten, Sonderziehungsrechte, Forderungen gegen den Internationalen Währungsfonds (aus Beteiligung und Ölfazilität) sowie Forderungen gegen ausländische Notenbanken. Auf

Übersicht 18:

Aushaftende Handelskredite
(in Mrd S)

	Jahresendstände			Veränderung der Jahres- endstände	
	1976 ¹⁾	1977	1978	1977	1978
1. Forderungen aus durchgeführten Exporten minus Verpflichtungen aus erhaltenen Vorauszahlungen: Nettoforderungen	25,2	23,9	26,3	-1,3	2,4
2. Verpflichtungen aus durchgeführten Importen minus Forderungen aus geleisteten Vorauszahlungen: Nettoverpflichtungen	16,2	16,3	18,1	0,1	1,8
3. Saldo	9,0	7,6	8,2	-1,4	0,6

Quelle: OeNB.

der Passivseite sind die OeNB-Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kreditunternehmungen ausgewiesen (275 Mio S). Zieht man diese von den Bruttoreserven ab, erhält man die Nettoveränderung der offiziellen Währungsreserven.

Die „kurzfristige“ Auslandsposition der Kreditunternehmungen (Veränderung der Forderungen von 8.433 Mio S und der Verbindlichkeiten von 20.062 Mio S)²⁾ nimmt auf der Passivseite der Kreditunternehmungen in beträchtlichem Ausmaß die Form von Roll-over-Krediten an: die Kreditinstitute nehmen im Ausland „kurzfristige“ Kredite zur Refinanzierung der von ihnen selbst an das Ausland gewährten langfristigen Kredite auf; diese Kapitalimporte sind ihrer Natur nach ebenfalls langfristig, doch werden ihre Konditionen in kurzen Abständen regelmäßig neu festgelegt.

¹⁾ Implizite Werte errechnet aus Veränderungswerten der OeNB.

²⁾ Die kurzfristige Auslandsposition der Kreditunternehmungen wurde bis Ende 1977 in der Zahlungsbilanz zu den Währungsreserven gerechnet.

(26) Handelskredite:

In der Zahlungsbilanzstatistik gibt es derzeit noch keine eigene Position für die Handelskredite, sie gehen vielmehr in die Statistische Differenz ein. Die OeNB hat allerdings mit einer laufenden Erhebung über die zwischen in- und ausländischen Handelspartnern gewährten Lieferantenkredite begonnen. Eine Identifikation dieser Kredite könnte zu einer Eingrenzung der Statistischen Differenz führen. Bisher sind Flow-Daten nur für 1977 und 1978 verfügbar. Wegen des unterschiedlichen Repräsentationsgrades der Erhebungen sind die Daten dieser beiden Jahre allerdings nicht voll vergleichbar. In Hinkunft ist vorgesehen, jeweils zum Jahresende die Forderungs- und Verpflichtungsstände aus Export- und Importgeschäften österreichischer Unternehmungen zu erheben.

(27) Statistische Differenz:

Die Statistische Differenz ist die unaufgeklärte Restgröße in der Zahlungsbilanzstatistik¹⁾. Nach internationaler Praxis wird sie regelmäßig dem kurzfristigen Kapitalverkehr zugeordnet²⁾. Abweichend davon gilt sie bei den offiziellen Stellen in Österreich (insbesondere bei der Nationalbank und dem Statistischen Zentralamt) überwiegend als Teil der Leistungsbilanz, mit der zusammen sie die erweiterte (bereinigte) Leistungsbilanz bildet. Eine Arbeitsgruppe des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen kam in einem 1979 veröffentlichten Bericht³⁾ zur Auffassung, daß die österreichische Statistische Differenz sowohl Leistungs- als auch Kapitalelemente enthält, daß es aber mit den vorhandenen Statistiken derzeit nicht möglich ist, eine mengenmäßige Zuordnung vorzunehmen.

Da die Finanzierungsmatrix in der hier präsentierten Form aus dem System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgeleitet ist, empfiehlt es sich, die dort verwendete Aufteilung der Statistischen Differenz auf Leistungs- und Kapitalverkehr zu übernehmen. Dadurch gelangt man zu einer Deckung der Daten über die Geldvermögensbildung des Auslandes und des ausländischen Finanzierungssaldos. Der Nachteil dieser Methode besteht in der in den siebziger Jahren wiederholt wechselnden Gewichtung von Leistungs- und Kapitalelementen, weil die Statistische Differenz als „Anpassungsfaktor“ zur Herstellung der Konsistenz der Volkseinkommensrechnung verwendet wor-

¹⁾ H. Handler, J. Stankovsky, „Die Statistische Differenz als Problemgröße der österreichischen Wirtschaftspolitik“, Wifo-Monatsberichte, 2/1979.

²⁾ Siehe das „Balance of Payments Manual“ des Internationalen Währungsfonds.

³⁾ Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, „Die Statistische Differenz in der österreichischen Zahlungsbilanz“, Wien 1979.

Übersicht 19:

Verbuchung der Statistischen Differenz (in Mio S)

	1973	1974	1975	1976	1977	1978 ¹⁾	1979 ¹⁾
1. Statistische Differenz laut Zahlungsbilanz:							
Exportkomponente	- 338	- 5.117	8.836	5.370	10.912	6.038	3.215
Importkomponente	3.714	5.217	- 6.572	2.103	8.208	4.991	4.046
Adjustierte Stat. Diff.	2.186	2.799	2.977	2.655	1.148	3.084	914
Insgesamt	5.562	2.899	5.241	10.059	20.268	14.113	8.175
2. Statistische Differenz laut volkswirt. Gesamtrechnung:							
Exportkomponente	3.376	1.682	7.813	7.956	12.060	9.122	4.128
Importkomponente	2.186	1.217	- 2.572	- 3.317	- 3.804	- 4.991	- 4.047
Insgesamt	5.562	2.899	5.241	4.638	8.256	14.113²⁾	8.175²⁾
3. Statistische Differenz laut Finanzierungsmatrix:							
Statist. Diff. laut Zahlungsbilanz	5.562	2.899	5.241	10.059	20.268	14.113	8.175
Minus Handelskredite	1.400	- 600	..
Minus Stat. Diff. lt. VGR	5.562	2.899	5.241	4.638	8.256	14.113	8.175
Saldo	0	0	0	5.421	10.612	600	0

Quelle: Wifo, OeNB, ÖStZ.

1) Vorläufige Werte der Volkseinkommensrechnung (1978 und 1979) sowie der Zahlungsbilanz (nur 1979).

2) Nach der vorläufigen Fortschreibung der Zwischenrevision der Volkseinkommensrechnung wird in den Jahren 1978 und 1979 die gesamte Statistische Differenz der Leistungsbilanz zugerechnet.

den ist. Sie wurde bis 1975 zur Gänze dem Außenbeitrag zugerechnet, 1974 und 1975 allerdings erst nach Adjustierungen zwischen Export- und Importkomponente. Seit der ungewöhnlich starken Zunahme ab 1976 wurde sie nur mehr teilweise auf den Außenbeitrag angerechnet. Erst in der vorläufigen Fortschreibung der Zwischenrevision auf die Jahre 1978 und 1979 wird wieder die volle Statistische Differenz der Leistungsbilanz zugezählt.

Die in der Finanzierungsmatrix ausgewiesenen Daten (1977 eine Nettoforderung des Auslandes von 10.612 Mio S) enthalten den Kapitalanteil lt. Volkseinkommensrechnung abzüglich der bereits in Zeile (26) ausgewiesenen Handelskredite; er wird als Verbindlichkeit der privaten Unternehmungen verbucht, doch gibt es hierfür keine statistischen Unterlagen.

(28) Sonstiges:

Die Zeile „Sonstiges“ setzt sich aus den Restbeträgen zusammen, die alle nicht durch Finanzierungsinstrumente explizit erfaßten Transaktionen umfassen und die die Sektorbilanzen ausgleichen. Darüber hinaus ist in der Finanzierungsmatrix auch die Diskrepanz zwischen Geldvermögensbildung und Finanzierungssaldo ausgewiesen, die alle statistischen Unzulänglichkeiten sowohl der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als auch der Finanzierungsmatrix aufnimmt. Ihr kommt daher gemeinsam mit der Zeile (28) für die Beurteilung der Qualität der Finanzierungsmatrix erhebliche Bedeutung zu. Sind nämlich die (Netto-)Werte dieser beiden Zeilen für die einzelnen Sektoren hoch und ausgeprägten Zufallsschwankungen unterworfen, dann werden auch die auf der Finanzierungsmatrix aufbauenden Prognosen problematisch sein. Die statistischen Fehler der Matrix können für die vorliegenden Zwecke nur in Kauf genommen werden, wenn sie klein sind oder wenn bei großen Fehlern Verhaltensmuster im Zeitablauf abgelesen werden können. Allerdings spielen in dieser Position auch die Unzulänglichkeiten der Volkseinkommensrechnung eine erhebliche Rolle.

In den Sektoren, deren Daten Sektorbilanzen entnommen sind (OeNB, Kreditinstitute, Vertragsversicherungen), ist die Summe der Zeilen (1) – (28) gleich der Veränderung der jeweiligen Bilanzsumme – eventuell adjustiert um Bewertungsänderungen oder buchungstechnische Bilanzverlängerungen. In diesen Fällen enthält die Position „Sonstiges“ die zusammengefaßten Aktiva bzw. Passiva der Bilanz, soweit sie nicht bereits in einer anderen Zeile aufscheinen. In allen anderen Fällen kann eine Bilanzsumme aus Mangel an entsprechenden Statistiken nicht eruiert werden. Dann enthält die Zeile (28) keine Buchung.

Übersicht 20:

Sonstige Positionen in der Finanzierungsmatrix¹⁾
(in Mio S)

	Private Nicht- banken	Bund	Sonstige öffentliche Haus- halte	OeNB	Kredit- unter- neh- mungen	Vertrags- versiche- rungen	Insge- samt
1972	- 7.044	- 330	1.023	-1.547	-1.367	1.204	- 8.061
1973	- 552	6.133	-4.506	234	-1.050	1.313	1.572
1974	- 3.376	3.389	-4.007	-2.681	-3.107	1.100	- 8.682
1975	- 2.845	-8.900	5.215	-2.603	-2.885	971	-11.047
1976	- 4.775	-2.165	-1.012	-2.840	-2.076	2.906	- 9.962
1977	-12.375	5.137	1.003	-2.775	-5.185	2.384	-11.811
1978	-17.949	1.803	7.027	-2.026	-3.309	2.367	-12.087

6.4 Zusammenhänge zwischen Finanzierungsrechnung und Budgetsaldo

Für die Aufgabenstellungen des Staatsschuldenausschusses, auf deren Erfordernisse die vorliegende Arbeit abgestellt ist, ist der **Budgetsaldo** des Bundes eine zentrale Größe. Aus der Finanzierungsrechnung ist dieser Saldo nicht unmittelbar zu ersehen. Es bedarf dazu nicht nur einiger Umgliederungen, sondern es müssen auch die bereits dargestellten sektoralen und zeitlichen Abweichungen zwischen Bundeshaushalt und volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung berücksichtigt werden.

Sektorale Abgrenzungsprobleme ergeben sich bei den **Bundesbetrieben**. Sie sind im Bundeshaushalt (Gruppe 7) mit ihren gesamten Bruttoausgaben und -einnahmen enthalten. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden diese Betriebe aber zum privaten Sektor gerechnet und beeinflussen nur mit ihren Salden den Bundessektor.

Die Berücksichtigung der Bundesbetriebe in der Gesamtrechnung und die Verknüpfungen mit den entsprechenden Budgetdaten sind komplex und können hier nicht im einzelnen dargestellt werden. Im Gegensatz zum Budget sind die Betriebe in der Gesamtrechnung nicht mit Einnahmen und Ausgaben, sondern mit den Daten der Gewinn- und Verlustrechnungen berücksichtigt.

Der Bundesbahn und den Bundestheatern wird der laufende Abgang in der Gesamtrechnung durch eine entsprechende Subvention des

¹⁾ Nettopassiva der Position „Sonstiges“ einschließlich Diskrepanz zwischen Finanzierungssaldo und Geldvermögensbildung.

Bundes ausgeglichen, weil unterstellt wird, daß diese Abgänge strukturell bedingt sind und ein negativer Betriebsüberschuß vermieden werden soll. Die übrigen Betriebe weisen meist einen positiven Betriebsüberschuß (in der Abgrenzung der Gesamtrechnung) aus. Er wird nach Berücksichtigung eines allfälligen Zinsensaldos (der in der Budgetgebarung ebenfalls nicht enthalten ist) dem Bund als Einnahmen aus Besitz und Unternehmung zugerechnet.

Die Subventionen einerseits und die Einkommen aus Besitz und Unternehmung andererseits stellen daher den Zusammenhang zwischen dem Einkommenskonto des Bundes und der Betriebe her. Sowohl die Ausgaben für Subventionen als auch die Einnahmen aus dem Einkommen aus Besitz und Unternehmung sind daher nicht unmittelbar aus der Budgetgebarung zu errechnen. Zu berücksichtigen ist auch, daß in der Darstellung der Pensionen (des Bundes) zwischen Budget und volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung Unterschiede bestehen. In der Gesamtrechnung sind in den Einnahmen und Ausgaben nicht nur angerechnete Pensionsbeiträge enthalten; es wird auch unterstellt, daß in **allen** Betrieben analog den ÖBB-Bestimmungen eine Pensionsübernahme des Bundes erfolgt. Auch diese vom Budget abweichende Behandlung der Pensionen ist zu berücksichtigen.

Die eigentliche Verbindung zwischen Bundeshaushalt (Betriebsausgaben und -einnahmen) und Gesamtrechnung erfolgt über Kapitaltransfers. Sie dienen zum Ausgleich des Vermögensveränderungskontos der Betriebe und damit, wie bereits erwähnt, implizit zur Finanzierung der Investitionen. Allerdings sind unter diesem Aspekt die Kapitaltransfers zu niedrig angesetzt, weil unterstellt wird, daß auch die Abschreibungen als Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen; das trifft jedoch, wie bereits früher ausgeführt, nicht zu. Würden die Abschreibungen unberücksichtigt bleiben, wären allerdings die Subventionen niedriger bzw. die Einnahmen aus Besitz und Unternehmung höher. Die Abschreibungen bewirken also Verschiebungen zwischen Kapitaltransfers und den laufenden Ausgaben und Einnahmen.

Die erforderlichen Adaptionen der Einnahmen und Ausgaben des Bundes laut Gesamtrechnung lassen sich folgendermaßen zusammenfassen (siehe Übersicht 21). Aus den laufenden Ausgaben und Einnahmen (lt. VGR) müssen die angerechneten Posten, denen keine Zahlungsströme entsprechen, ausgeschieden werden (Abschreibungen, angerechnete Pensionen). Ebenso müssen von den Subventionen und den Einkommen aus Besitz und Unternehmung jene Teile abgezogen werden, die mit den Betrieben zusammenhängen. Schließlich sind auch die Kapitaltransfers (netto) an die Betriebe abzuziehen. Andererseits müssen die im Budget brutto verrechneten Ausgaben und Einnahmen der Betriebe hinzugerechnet werden.

Übersicht 21 :

**Überleitungsschema
Finanzierungsrechnung – Bundeshaushalt**

Ausgaben	Einnahmen
Laufende Ausgaben (lt. VGR)	Laufende Einnahmen (lt. VGR)
– Ausgaben an Betriebe	– Einnahmen von Betrieben
– Abschreibungen	– Fondseinnahmen
– Fondsausgaben	– angerechnete
– angerechnete Pensionen (netto)	Pensionsbeiträge
+ Kapitaltransfers (netto)	(netto)
+ Investitionen	– Bauspar- und Wert-
(einschließlich Liegenschaften)	papiersparprämien
+ Darlehen (netto)	+ Kostenersätze
+ Beteiligungen (netto)	+ Rücklagenentnahmen
+ Tilgungen	+ Liegenschaftsverkäufe
+ Rücklagenzuführung	± Veränderungen der
+ Veränderung der Verpflichtungen	Forderungen
(Saldo Phase 4)	(Saldo Phase 4)
<hr/>	
Ausgaben lt. Budget	Einnahmen lt. Budget
(Hoheitsverwaltung)	(Hoheitsverwaltung)
+ Ausgaben der Betriebe	+ Einnahmen der Betriebe
<hr/>	
Bruttoausgaben	Bruttoeinnahmen

Zu berücksichtigen ist ferner, daß es sich bei den Daten der Gesamtrechnung teilweise um Nettogrößen (etwa im öffentlichen Konsum) handelt, die sich daher nicht mit den auf dem Bruttoprinzip aufgebauten Daten decken. Es müssen daher die notwendigen Korrekturen (bei den Ausgaben im laufenden Sachaufwand, bei den Einnahmen Kostenersätze) hinzugerechnet werden.

Modifikationen ergeben sich auch durch die unterschiedliche Verrechnung der Bauspar- und Wertpapiersparprämien sowie der Heirats- und Mietzinsbeihilfen. Im Budget werden diese Prämien und Beihilfen von den Lohn- und Einkommensteuereinnahmen abgesetzt und sind in den Ausgaben nicht enthalten. In der Gesamtrechnung hingegen werden die Prämien als Subventionen und die Beihilfen als Transfers an private Haushalte angesehen und sind daher in den entsprechenden laufenden Ausgaben enthalten; gleichzeitig erhöhen

sich allerdings auch die Steuereinnahmen. In der Überleitung sind diese Ausgaben und Einnahmen wieder abgezogen.

Die Abweichungen in der zeitlichen Zuordnung von Ausgaben und Einnahmen zwischen Budget und Gesamtrechnung werden in der Überleitung durch die Salden der Schulden (bei den Ausgaben) und der Forderungen (bei den Einnahmen) berücksichtigt. Durch diese Salden, die der Phase 4 der Haushaltsverrechnung entsprechen, läßt sich die Verbindung zwischen „Cash-Prinzip“ des Budgets und dem „Accrual-Prinzip“ der Gesamtrechnung herstellen¹⁾. Bei den Ausgaben ist der Unterschied zwischen Zahlungen und Verpflichtungen eher gering. Er betrug 1977 bloß 13 Mio S. Bei den Einnahmen sind die Abweichungen hingegen erheblich. Sie beliefen sich 1977 auf 1,65 Mrd S. Um diesen Betrag sind in der Gesamtrechnung die Einnahmen des Bundes höher ausgewiesen als im Budget.

Die Geldvermögensbildung, die sich für den Bund aus dem Vermögensveränderungskonto ergibt, spiegelt den Budgetsaldo daher nur unvollständig. Neben den beschriebenen Abweichungen ist noch zu berücksichtigen, daß ein Teil der Budgetausgaben und -einnahmen zu Veränderungen der Forderungen und Verpflichtungen des Bundes führt und daher nur den „unteren Teil“ des Finanzierungskontos berührt. Dazu gehören die Darlehensgewährungen, der Erwerb und Verkauf von Anteilswerten und Beteiligungen sowie die Rücklagengebarung (einschließlich der Zuführungen und Entnahmen im Rahmen des Reservefonds für Familienbeihilfen und der Arbeitslosenversicherung). Für den Bruttosaldo sind schließlich auch die Finanzschuldtilgungen zu berücksichtigen.

1977 entfielen vom gesamten Bruttodefizit in Höhe von 41,9 Mrd S rund 14,8 Mrd S auf die rein finanziellen Transaktionen, darunter allerdings 12 Mrd S auf Tilgungen.

Ohne finanzielle Transaktionen hätte der Budgetabgang 27,1 Mrd S betragen. Die (negative) Geldvermögensbildung des Bundes belief sich hingegen auf 31,8 Mrd S. Es zeigt sich somit, daß zwischen Gesamtrechnung und Budgetgebarung nicht unerhebliche Berechnungsunterschiede bestehen.

Die Veränderung der finanziellen Aktiva und Passiva des Bundes wird jedoch nicht nur durch die wirksame Gebarung, sondern auch durch die Anlehensgebarung und die unwirksame Gebarung beeinflusst. Es ist denkbar, daß sich die Kreditaufnahmen des Bundes nicht genau

¹⁾ Die Ausgaben und Einnahmen des Budgets entsprechen den Zahlungen (Phase 5) und damit dem „Cash-Prinzip“. Die Phase 4 spiegelt die Verpflichtungen und Forderungen und entspricht daher dem „Accrual-Prinzip“.

mit dem Budgetsaldo decken, außerdem müssen auch die nicht zur Budgetfinanzierung dienenden Kreditoperationen berücksichtigt werden. 1977 haben die Kreditaufnahmen mit 43,62 Mrd S den Budgetabgang deutlich übertroffen. Das spiegelt sich in einer Zunahme der Guthaben bei Kreditunternehmen und der Notenbank. Die unwirksame Gebarung schloß mit einem Überschuß von 0,3 Mrd S.

7 ZEITLICHE ENTWICKLUNG WICHTIGER GRÖSSEN AUS DER FINANZIERUNGSMATRIX

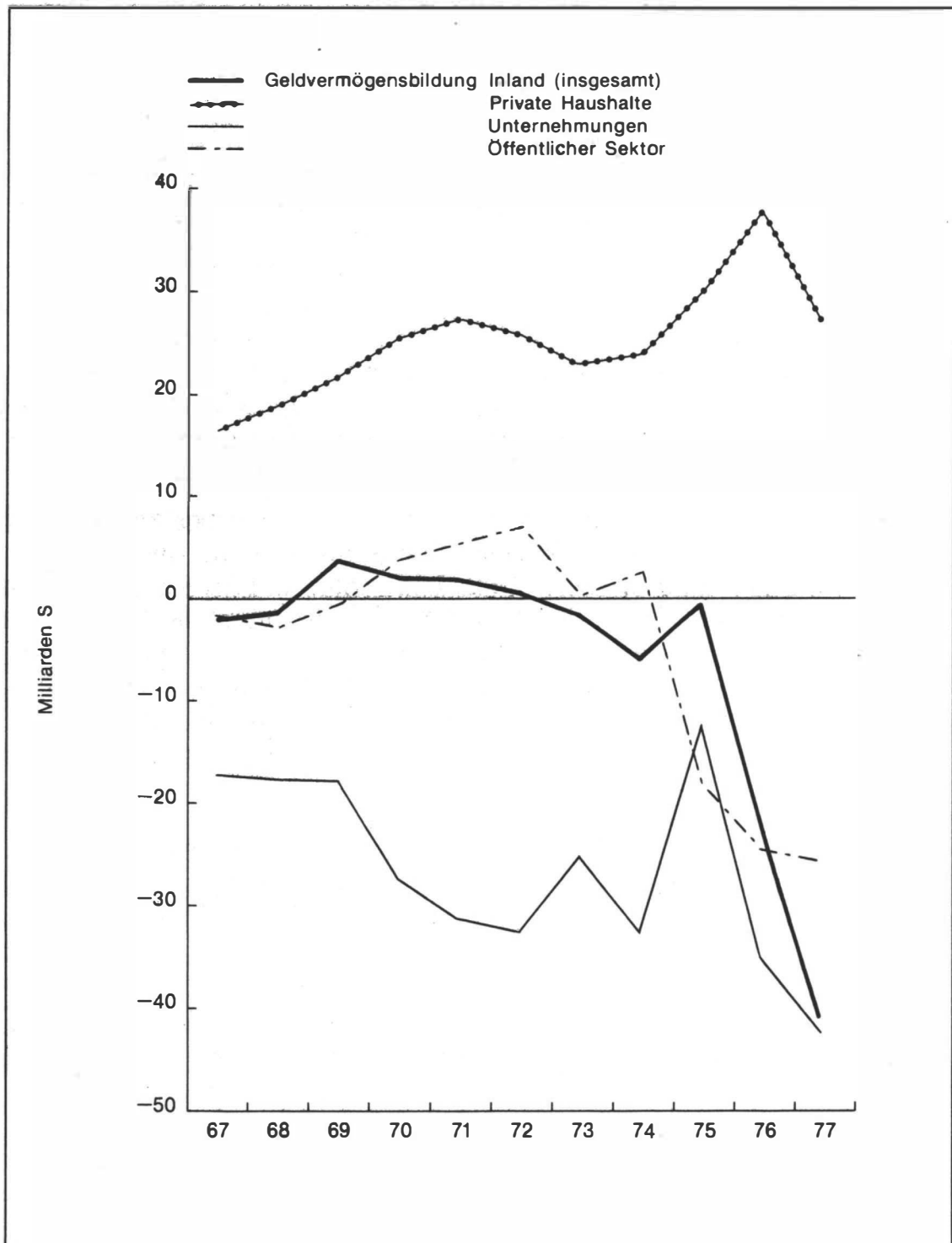
7.1 Entwicklung der Geldvermögensbildung und ihrer Komponenten

Nach der Definition der Finanzierungsinstrumente und der inhaltlichen Beschreibung der Finanzierungsmatrix für ein bestimmtes Beispieljahr (1977) soll nun noch auf die Entwicklung wichtiger Größen der Matrix in der Periode seit 1967 eingegangen werden. Zunächst wird die sektorale Geldvermögensbildung analysiert.

Die **Inländische Geldvermögensbildung** insgesamt hat sich seit Ende der sechziger Jahre stark vermindert; sie ist das Spiegelbild der tendenziell steigenden Leistungsbilanzdefizite dieser Periode. Nach einigen Jahren mit positiver Geldvermögensbildung (1969–1972) ist der inländische Finanzierungssaldo (wenn man von der Sonderentwicklung im Jahre 1975 absieht) zunehmend negativ geworden. Die inländische Sachkapitalbildung ist somit in steigendem Ausmaß durch Auslandskredite finanziert worden. Für eine Interpretation der hinter dieser Entwicklung stehenden Verhaltensweisen ist es notwendig, die Geldvermögensbildung getrennt nach Sektoren (private Haushalte, Unternehmungen, öffentlicher Sektor) darzustellen.

Im betrachteten Zeitraum hatten nur die **privaten Haushalte** eine durchgehend positive Geldvermögensbildung, die zwar tendenziell zunahm, aber starken Schwankungen unterworfen war. So wurde etwa in den Jahren 1972–1974 die Zunahme der Geldvermögensbildung unterbrochen. Die abnehmende (zum Teil negative) Realverzinsung und Vorziehkäufe im Jahre 1972 aufgrund der Einführung der Mehrwertsteuer haben erheblich zu dieser Abschwächung in der Geldvermögensbildung beigetragen. 1975/76 nahm die Geldvermögensbildung wieder stark zu, weil in der Rezession die Sparneigung stieg und die Lohnsteuersenkung die verfügbaren Einkommen (zusätzlich) erhöhte. Das Schaubild 3 zeigt, daß 1976 die privaten Haushalte etwa jenes Niveau der Geldkapitalbildung erreichten, das trendmäßig zu erwarten gewesen wäre. Die starke Zunahme 1975/76 ist daher teilweise auch als Nachholeffekt der schwächeren Kapitalbildung der Vorjahre anzusehen. Der Rückgang der Geldkapitalbildung 1977 ist zu einem nicht geringen Teil auf Vorziehkäufe wegen der Einführung des dritten Mehrwertsteuersatzes zurückzuführen. Obwohl sich die Zuwachsrate der verfügbaren Einkommen im Jahre 1977 auf 7,7% abschwächte (1976: 12,5%, 1975: 12,2%), wurde der private Konsum etwa gleich stark ausgeweitet wie in den beiden Vorjahren. Aufgrund der vorläufigen Daten der Jahre 1978 und 1979 zeigt sich, daß die Geldkapitalbildung des gesamten privaten Sektors (einschließlich Unternehmungen) auch nach der mehrwertsteuerbedingten Zunahme im Jahre 1978 (Verschiebungseffekt) hoch geblieben ist (siehe Übersicht 22).

Schaubild 3

Inländische Geldvermögensbildung

Der **Unternehmensektor** hat (in allen Ländern) erfahrungsgemäß eine negative Geldvermögensbildung. Er absorbiert (zum Teil) die Ersparnisse der privaten Haushalte und verwendet sie zur Finanzierung der Sachkapitalbildung. Die negative Geldvermögensbildung des Unternehmensektors nahm im Betrachtungszeitraum tendenziell stark zu, und zwar stärker als die positive Geldvermögensbildung der privaten Haushalte.

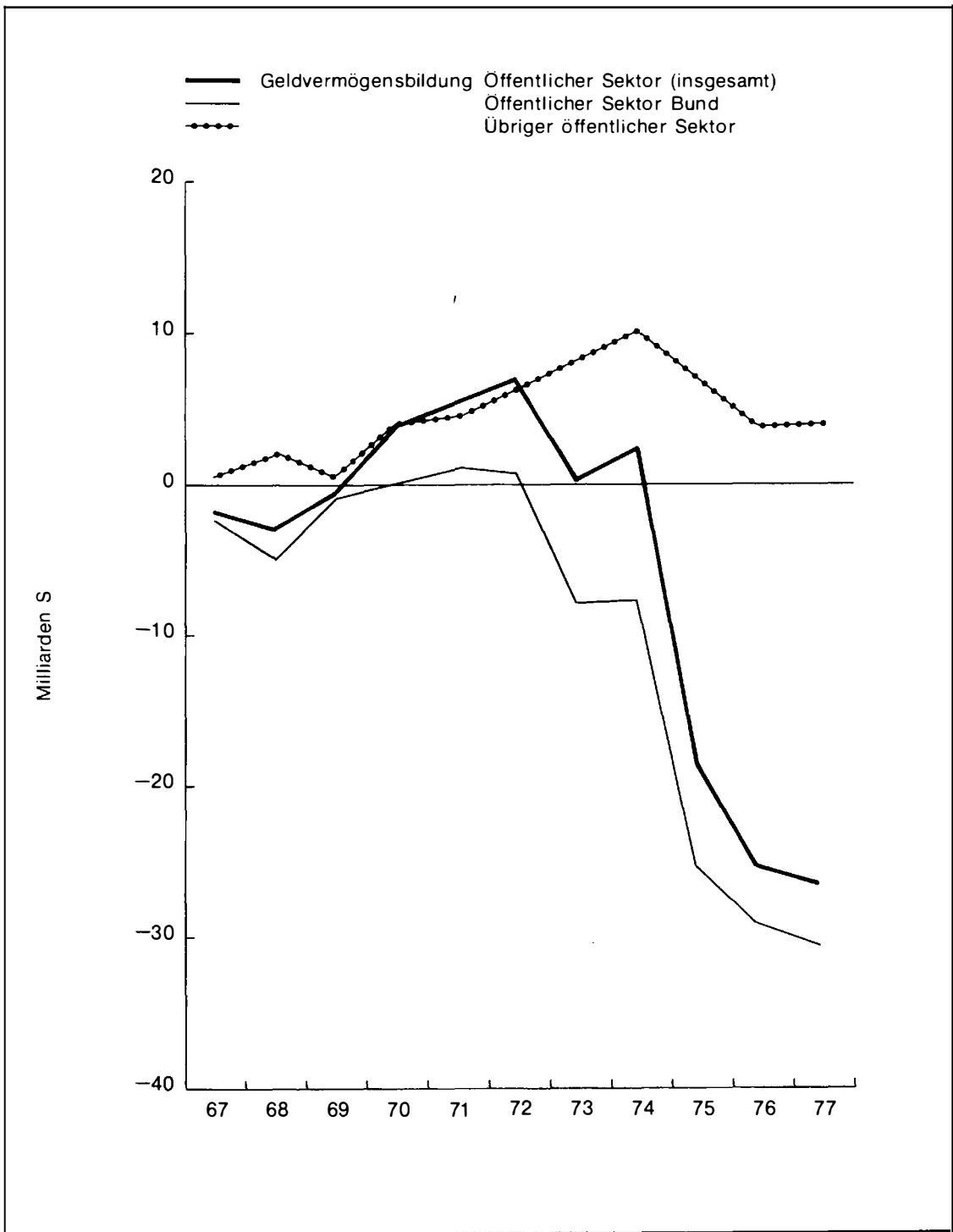
Ähnlich wie bei den privaten Haushalten ist auch die Entwicklung der (negativen) Geldvermögensbildung der Unternehmungen in einzelnen Jahren durch Sonderfaktoren unterbrochen. 1973 hat die Lagerentlastung bei Einführung der Mehrwertsteuer den Unternehmungen zusätzliche Finanzierungsmittel gebracht und daher eine geringere Ausweitung der Fremdfinanzierung ermöglicht. 1975 war die schwächere Zunahme der Verschuldung ebenfalls vornehmlich durch die Lager bestimmt; sie wurden stark abgebaut und die in den Vorräten gelegene Kapitalbindung verringert. Die (privaten) Investitionen waren hingegen trotz Rezession etwa gleich hoch wie 1974 und haben somit nicht zu der geringen Ausweitung der Verschuldung beigetragen.

Im Gegensatz zu den privaten Haushalten und Unternehmungen, deren Gläubiger- bzw. Schuldnerposition eindeutig ist, wies der öffentliche Sektor im untersuchten Zeitraum zum Teil eine positive, zum Teil eine negative Geldkapitalbildung auf. Es bestehen dabei zwischen dem Bund und dem übrigen öffentlichen Sektor erhebliche Unterschiede.

Der „**Übrige öffentliche Sektor**“ hatte in allen Jahren eine positive Geldvermögensbildung, wobei die Gläubigerposition durch die Wohnbauförderung der Länder und die Kreditgewährung des Wasserwirtschaftsfonds sowie des ERP-Fonds bestimmt wird. Der übrige öffentliche Sektor hat zwischen 1969 und 1974 seine Geldvermögensbildung ständig erhöht, von 0,5 Mrd S (1969) auf 10,1 Mrd S (1974). In den Jahren 1975/76 verringerte sich die Geldvermögensbildung, weil durch die Auswirkungen der Steuerreform und die stärker steigenden laufenden Ausgaben der Sparsaldo schrumpfte. Außerdem haben auch Länder und Gemeinden 1975 ihre Investitionen trotz der schwächeren Einnahmensteigerung ausgeweitet. Die Geldvermögensbildung des übrigen öffentlichen Sektors verringerte sich 1975 auf 6,8 Mrd S und sank 1976 weiter auf 3,8 Mrd S. 1977 stieg sie leicht auf 4,8 Mrd S an. Diese Entwicklung zeigt, daß die Geldvermögensbildung ausschließlich auf den aus zweckgebundenen Steueranteilen und Zuschüssen finanzierten Darlehensgewährungen beruht. Für die Finanzierungsrechnung ist es nicht unwichtig, daß es sich bei diesen Darlehensgewährungen somit um eine geschlossene Finanzierung handelt. Sieht man von diesen Sonderfaktoren ab, zeigt die Entwicklung der Geldkapitalbildung, daß auch Länder und Gemeinden zur Finanzierung ihrer Haushalte zunehmend auf Kredite angewiesen sind.

Schaubild 4

Geldvermögensbildung des öffentlichen Sektors



Im Gegensatz zu den sonstigen öffentlichen Haushalten hatte der **Bund** in der hier betrachteten Periode (mit Ausnahme der Jahre 1971/72) immer eine negative Geldkapitalbildung, also tendenziell eine Schuldnerposition. Diese ist so ausgeprägt, daß sie in erheblichem Maße die Entwicklung der gesamten Geldkapitalbildung beeinflusst. Ceteris paribus wäre nämlich die gesamte Geldkapitalbildung ohne Bund in allen Jahren mit Ausnahme des Jahres 1977 positiv gewesen.

Übersicht 22:

**Entwicklung der sektoralen
Geldvermögensbildung**
(in Mrd S)

	Privater Sektor	Bund	Sonstiger öffentlicher Sektor	Öffentlicher Sektor insgesamt	Ausland
1967	- 0,28	- 2,40	0,67	- 1,73	2,01
1968	1,56	- 4,84	2,01	- 2,83	1,27
1969	4,39	- 0,95	0,48	- 0,47	- 3,92
1970	- 1,66	- 0,03	3,95	3,92	- 2,26
1971	- 3,53	1,09	4,42	5,51	- 1,98
1972	- 6,36	0,73	6,26	6,99	- 0,63
1973	- 1,98	- 7,80	8,17	0,37	1,61
1974	- 8,42	- 7,54	10,06	2,52	5,90
1975	17,94	-25,13	6,82	-18,31	0,37
1976	5,13	-30,66	3,80	-26,86	21,73
1977	-13,95	-31,82	4,82	-27,00	40,95
1978*)	32,2	-35,9	- 2,5	-38,4	6,2
1979*)	23,9	-34,1	- 5,0	-39,1	15,2

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt, OeNB – Zahlungsbilanzstatistik, Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1979 sowie Übersicht 19.

Wenngleich, wie bereits erwähnt, die Geldkapitalbildung nicht mit dem Budgetsaldo gleichgesetzt werden kann, so spiegelt sie dennoch in der Tendenz seine Entwicklung. Ab 1975 hat sich die negative Geldkapitalbildung des Bundes sprunghaft erhöht und ist bis Ende der siebziger Jahre auf hohem Niveau geblieben.

Aus der Entwicklung der Geldvermögensbildung in den einzelnen Sektoren läßt sich für die Prognosen erkennen, daß im privaten Sektor die sonstigen Einkünfte aus Besitz und Unternehmung, die unverteilt Gewinne und die gewinnabhängigen Steuern gesondert berücksichtigt werden müssen. In der Verwendung ist es erforderlich, nicht nur Konsum und Investitionen, sondern auch die Lagerveränderungen besonders zu berücksichtigen, weil sie die Geldvermögensbildung im Unternehmenssektor besonders stark beeinflußt haben.

Im sonstigen öffentlichen Sektor empfiehlt es sich, die aus zweckgebundenen Einnahmen finanzierte Geldvermögensbildung (vor allem im Wohnbau und Wasserwirtschaftsfonds) für die Abschätzung des gesamten Finanzierungsspielraumes gesondert zu betrachten. Aus der Entwicklung der Geldvermögensbildung läßt sich unschwer erkennen, daß der übrige öffentliche Sektor ohne diese zweckgebundene Finanzierung auch eine (zunehmend) negative Geldvermögensbildung hätte.

7.2. Die sektoralen Finanzierungskonten

Die folgende Beschreibung der Finanzierungskonten dient vornehmlich der Diskussion von Problemen der sektoralen Abgrenzung der Daten aus den publizierten monetären Statistiken; der Feststellung der wichtigsten Finanzierungsinstrumente, die die einzelnen Sektoren traditionell verwenden und einer zumindest kursorischen Darstellung der Entwicklung wichtiger Variablen im Zeitablauf. Gleichzeitig soll angedeutet werden, welche Bedeutung die einzelnen Finanzierungsinstrumente als Bestandsgrößen haben; bei den zur Erläuterung angegebenen Zahlen dieses Abschnittes handelt es sich – soweit nicht anders angegeben – um die Jahresendstände von 1977.

Die Probleme der sektoralen Abgrenzung wurden bereits im Abschnitt über die sektoralen Vermögensveränderungskonten behandelt. In den sektoralen Finanzierungskonten wiederholen sich diese Probleme, doch ergeben sich Abweichungen aufgrund der unterschiedlichen statistischen Erfassung. Die Sektordefinitionen der Finanzierungskonten entsprechen im Prinzip jenen, die schon im Abschnitt über die Abgrenzung in der Volkseinkommensrechnung beschrieben wurden.

Private Nichtbanken:

Zwei statistische Problemgruppen treten in diesem Sektor besonders hervor:

- a) Für die meisten Finanzierungsinstrumente bestehen keine eigenen Sektorstatistiken, sodaß die Daten oft nur als Restgröße nach Ausgliederung der explizit erfaßten Sektoren verbleiben.
- b) Für eine Aufgliederung in private Haushalte und private Unternehmungen gibt es praktisch keine Anhaltspunkte. Im folgenden wer-

den aber für einzelne Finanzierungsinstrumente Plausibilitätsüberlegungen für eine solche Aufteilung angestellt.

Die finanziellen Aktiva der privaten Nichtbanken bestehen zu einem erheblichen Teil aus Bargeld (Banknoten und Scheidemünzen: 67.624 Mio S) und Einlagen bei Kreditunternehmungen (444.882 Mio S). Der größte Teil entfällt dabei auf die Spareinlagen, die fast ausschließlich von den privaten Nichtbanken gehalten werden (362.183 Mio S, d. s. 98% des gesamten Spareinlagenstandes). Eine Aufteilung auf Haushalte und Unternehmungen kann nach der bestehenden Einlagenstatistik nicht vorgenommen werden, doch dürfte nach groben Schätzungen der überwiegende Teil (etwa acht bis neun Zehntel) auf die privaten Haushalte entfallen. Der Rest wird von den Unternehmungen als Anlageform für ihre liquiden Mittel gehalten. Gerade in jüngster Zeit – insbesondere seit 1979 – hat sich die Zinselastizität der privaten Anleger auf der einen Seite und die Beweglichkeit des Anlagenangebotes der Kreditunternehmungen auf der anderen merklich erhöht, weshalb auch die Reaktionen dieser Gruppen auf institutionelle Änderungen rascher und heftiger erfolgen. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang die Umschichtungen im ersten Quartal 1979 als Reaktion auf Änderungen im Kreditwesenrecht sowie im Habenzins- und anderen Abkommen der Kreditunternehmungen: Es wurden Sichteinlagen abgezogen und an ihrer Stelle Spareinlagen und Termineinlagen (Geldmarktzertifikate) aufgebaut. In einer weiteren Bewegung kam es zur Umschichtung von Spareinlagen zu Termineinlagen und zum Rentenmarkt.

Neben den Einlagen zählt der Besitz von Rentenwerten (92,4 Mrd S einschließlich der im Besitz von Ausländern befindlichen Wertpapiere, deren Ausmaß nicht genau bekannt ist) zu den wichtigsten Aktiva der privaten Nichtbanken. Die starken Zuwächse der letzten Jahre in diesem Bereich gehen nicht zuletzt auf die steuerliche Förderung des Wertpapiererwerbs und der Zinsenerträge aus dem Wertpapierbesitz zurück (ab 1980 sind nur noch die Zinsenerträge steuerlich begünstigt). Im Zeitablauf hat sich unter den inländischen Aktiva eine deutliche Verschiebung von den niedrig verzinsten Anlagen (Bargeld und Einlagen) zu höher verzinsten Anlagen (Rentenwerten) ergeben. Auch innerhalb der ersten Gruppe hat es Verschiebungen von der Geldmenge i. e. S. zu den Zeiteinlagen gegeben.

Aus den Passiva der privaten Nichtbanken ragt die Aufnahme von Direktkrediten bei den Kreditunternehmungen heraus: mit 449.094 Mio S machten sie einen Großteil der erfaßten Passiva aus (von der Veränderung aller finanziellen Passiva entfielen 1977 etwa zwei Drittel auf die Direktkredite). Erst mit Abstand folgen die von öffentlichen Stellen gewährten Darlehen, bei welchen es sich in erster Linie um Wohnbau- und andere Investitionsförderungsdarlehen han-

delt. Vergleichsweise wenig Bedeutung haben die Emissionen von festverzinslichen Wertpapieren (mit einem Umlauf zum Jahresende 1977 von 31.524 Mio S, davon schuldete 20.356 Mio S allein die Elektrizitätswirtschaft). Aufgrund der betrieblichen Struktur der Produktionsunternehmungen, aber auch des staatlichen Subventionssystems für Direktkredite übernehmen die Kreditinstitute eine Vermittlerfunktion in der Unternehmensfinanzierung: Anstatt über Rentenemissionen erfolgt die Fremdfinanzierung dieser Unternehmungen hauptsächlich durch die Aufnahme von Direktkrediten bei den Kreditunternehmungen; diese wiederum verschaffen sich die hierzu benötigten Mittel auf dem Rentenmarkt¹⁾.

Die Auslandsverschuldung der Wirtschaftsunternehmungen und Privaten (die auch die Versicherungsunternehmungen einschließt) betrug Ende 1977 nach der von der OeNB berechneten „adjustierten Vermögensposition“ (ohne Statistische Differenz, jedoch einschließlich der von der OeNB erhobenen Werte für die Handelskredite) brutto 131 Mrd S²⁾. In der Finanzierungsmatrix ist dem Kapitalverkehr dieses Sektors mit dem Ausland auch noch die Statistische Differenz zugeordnet. Ihre Herkunft kann zwar definitionsgemäß nicht festgestellt werden, doch ist zu vermuten, daß ein beachtlicher Teil durch leads und lags (Lieferantenkredite) im Rahmen des Güter- und Dienstleistungsverkehrs mit dem Ausland entsteht, und diese werden praktisch ausschließlich von den privaten Unternehmungen abgewickelt. Die Statistische Differenz hat seit ihrer sprunghaften Zunahme in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die Aufmerksamkeit der Zahlungsbilanzstatistiker und Wirtschaftspolitiker auf sich gelenkt.

Im Verlauf der siebziger Jahre hat die Bedeutung der Direktkredite an den gesamten erfaßten Passiva der privaten Nichtbanken zugenommen, die der Darlehen von öffentlichen Stellen sowie die Kreditaufnahme auf dem inländischen Rentenmarkt und im Ausland hat sich verringert.

Bund:

Der Bund hat besonders in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hohe Finanzierungsdefizite verzeichnet, die Hand in Hand mit seinen Ausgabenüberschüssen in dieser Periode entstanden sind. Die finanziellen Aktiva des Bundes werden hauptsächlich in Form von Einlagen bei Kreditunternehmungen (10.076 Mio S) und bei der OeNB (3.230 Mio S) sowie in Form von inländischen Beteiligungen (19.396 Mio S) gehalten.

¹⁾ Vgl. H. Handler (1980), a.a.O.

²⁾ „Die Vermögensposition Österreichs gegenüber dem Ausland zu Jahresende 1978“, OeNB-Mitteilungen, 12/1979.

Die Verschuldung des Bundes im Inland erfolgt in erster Linie über die Emission von Bundesanleihen (39.331 Mio S) und Bundesobligationen (32.760 Mio S); die von den Kreditunternehmungen gehaltenen Bundesobligationen wurden insbesondere in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre stark ausgeweitet und entwickelten sich damit in enger Anlehnung an die Neuverschuldung des Bundes. Eine viel geringere Rolle spielen die Kreditaufnahmen bei den Kreditinstituten (17.179 Mio S) und Vertragsversicherungen (5.556 Mio S). Die Auslandsschuld des Bundes (47.427 Mio S) ist nicht nur eine wichtige Quelle zur Abdeckung der Budgetdefizite, sondern der Bund hat darüber hinaus mit der flexiblen Gestaltung der Auslandskreditaufnahmen (die von der OeNB nicht reglementiert werden) die Möglichkeit, aktive Geldpolitik zu betreiben. Das Verhältnis von Inlands- zu Auslandsschuld hat in den siebziger Jahren stark geschwankt (zwischen 2 : 1 im Jahre 1975 und 5 : 2 im Jahre 1973), weil der Bund seine Auslandsverschuldung weitgehend an die inländische Liquiditätslage anpaßte.

Sonstige öffentliche Haushalte :

Die Datenerfassung im öffentlichen Sektor ist häufig auf den Bund allein oder den Bund und den gesamten öffentlichen Sektor beschränkt. Daher werden die sonstigen öffentlichen Haushalte teilweise als eine Restgröße behandelt, in der sich auch die möglichen Datenfehler des Bundessektors ausgleichen.

Zu den wichtigsten Finanzierungsinstrumenten dieses Sektors zählen auf der Aktivseite seine Einlagen bei den Kreditunternehmungen (49.330 Mio S einschließlich Termineinlagen des Reservefonds für Familienbeihilfen) und seine Darlehensgewährung. Auf der Passivseite dominieren die bei den Kreditunternehmungen aufgenommenen Direktkredite (45.249 Mio S, davon 31.384 von den Gemeinden aufgenommen), die Darlehen der Vertragsversicherungen (5.393 Mio S) und die Emission von Rentenwerten (14.135 Mio S). Über die Auslandsverschuldung sind keine verlässlichen Bestandswerte verfügbar.

Finanzierungsinstitute :

Die Aktiva der **OeNB** werden von den Brutto-Währungsreserven dominiert (68.588 Mio S oder 59,9% der Bilanzsumme). Es folgen mit Abstand die Aktiva aus der Refinanzierung der Kreditunternehmungen (19.997 Mio S), eskontierte ERP-Wechsel (5.964 Mio S) und Wertpapiere aus Offenmarktgeschäften (3.791 Mio S). Diese Aktivastruktur spiegelt noch die traditionelle Politik der Bereitstellung von Zentralbankgeld, die hauptsächlich über Zahlungsbilanzüberschüsse erfolgte. Die starke Zunahme der Leistungsbilanzdefizite bis 1977 führte aber zu einem Umdenken, sodaß seither der Refinanzierung und in

jüngster Zeit auch der Offenmarktpolitik ein größerer Spielraum gegeben wurde.

Unter den Notenbank-Passiven kommt dem Banknotenumlauf (62.194 Mio S) die größte Bedeutung zu. Die einzige weitere bedeutende Gruppe sind die Einlagen der Kreditunternehmungen (26.630 Mio S), die diese größtenteils zur Erfüllung ihrer Mindestreserververpflichtungen bei der OeNB halten. Zusammen mit dem Banknotenumlauf bildet diese Position die Geldbasis, die als wichtiger Indikator der jeweils tatsächlich verfolgten Geldpolitik gelten kann.

Die Aktivastruktur der **Kreditunternehmungen** wird vom hohen Anteil der Direktkredite an inländische Nichtbanken (511.522 Mio S oder 43,6% der Bilanzsumme) geprägt. Bedeutend sind auch die Zwischenbankguthaben und -kredite (278.266 Mio S), die Portefeuilles an festverzinslichen Wertpapieren einschließlich der Bundesschatzscheine (132.286 Mio S) sowie die Auslandsaktiva (155.060 Mio S). Nach dem Auslandsstatus der Kreditunternehmungen (dessen Daten nicht voll mit den Zwischenausweisdaten vergleichbar sind) waren Ende 1977 etwa 58% aller Forderungen der Kreditunternehmungen gegenüber Ausländern kurzfristige Aktiva, also Forderungen mit einer ursprünglichen Laufzeit von einem Jahr und darunter.

Die wichtigste Passivposition sind die Einlagen von inländischen Nichtbanken (507.066 Mio S oder 43,2% der Bilanzsumme), die wiederum zum Großteil aus Spareinlagen (369.768 Mio S) bestehen. Sichteinlagen (82.955 Mio S), Termineinlagen (49.952 Mio S) und Fremdwährungseinlagen (4.391 Mio S) spielen eine vergleichsweise geringe Rolle. Allerdings hat die Entwicklung im Jahre 1979 gezeigt, daß institutionelle Veränderungen zu plötzlichen Umschichtungen zwischen den verschiedenen Einlagenarten führen können. So wurden wegen der Aufhebung der 14tägigen Respirofrist die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist zu einer attraktiven Alternativenanlage, verglichen mit den niedrig verzinsten Sichteinlagen. Gleichzeitig bot sich in Form der zu den Termineinlagen zählenden Geldmarktzertifikate für Großeinleger eine günstige Anlageform, die großteils auf Kosten der Spareinlagen ging. Hinzu kam das stark ausgeweitete Angebot an Rentenwerten, das insbesondere in Form der Kassenobligationen eine flexible Anlageform enthielt, wodurch ein weiterer Abfluß von den Spareinlagen induziert wurde.

In der längerfristigen Entwicklung gibt es eine deutliche Entwicklung der Einlagenstruktur weg von den niedrigverzinsten und hin zu den höher verzinsten Formen. Betrug der Anteil der Sichteinlagen an den Gesamteinlagen Ende 1970 noch 18,6%, so sank er bis 1977 auf 16,3% und betrug 1979 nach den erwähnten Umschichtungen nur noch 11,1%. Auf der anderen Seite stieg der Anteil der Termineinlagen im gleichen Zeitraum von 8,9% auf 9,9% und schließlich auf 13,4%; die

entsprechenden Prozentsätze für die Spareinlagen lauten 71,3, 72,9 und 74,5. Innerhalb der Spareinlagen hat eine Verschiebung zugunsten der geförderten Spareinlagen (Bauspar- und Prämienspareinlagen) stattgefunden: ihr Anteil an den gesamten Spareinlagen stieg im Laufe der siebziger Jahre von rund 10% auf etwa 20%.

Unter den übrigen Passiva sind die Einlagen und aufgenommenen Gelder des Zwischenbankverkehrs (insgesamt 295.828 Mio S), die eigenen Inlandsemissionen (103.102 Mio S) und die Auslandspassiva (168.509 Mio S) von größerer Bedeutung. Saldiert man die Portfeuillebestände der Kreditunternehmungen an Rentenwerten (festverzinsliche Wertpapiere ohne Bundesschatzscheine) mit ihren eigenen Emissionen (Ende 1977: 6.214 Mio S Nettoaktiva), dann zeigt sich, daß die Kreditunternehmungen in der ersten Hälfte der siebziger Jahre Nettoemittenten waren. Zwischen 1975 und 1978 waren sie Nettoanleger und wurden 1979 mit der durch die Neuregelung des Kreditwesen- und Emissionsrechtes stark erhöhten Zahl emissionsfähiger Institute wieder zu Nettoemittenten. Saldiert man die Auslandsaktiva mit den Auslandspassiva der Kreditunternehmungen, dann stand nach dem Auslandsstatus Ende 1977 einer langfristigen Nettoforderung dieses Sektors von 38.597 Mio S einer kurzfristigen Nettoverbindlichkeit von 48.818 Mio S gegenüber. Die gesamte Nettoauslandsposition dieses Sektors war in den siebziger Jahren meist negativ und hat sich gegen Ende des abgelaufenen Jahrzehnts stark passiviert.

In der zusammengefaßten Bilanz der **Vertragsversicherungen** (laut OeNB-Mitteilungen) dominieren unter den Anlagen die Darlehensgewährungen (Ende 1977 hafteten 27.864 Mio S aus) und die Portfeuille an festverzinslichen Wertpapieren (10.949 Mio S). Auf der Passivseite spielen die Deckungsrückstellungen (21.081 Mio S) – insbesondere bei den Lebensversicherungen – die größte Rolle.

Ausland:

In diesem Sektor ist die Geldvermögensbildung identisch mit dem Saldo des Finanzierungskontos, weil sowohl die Volkseinkommensrechnung als auch die Finanzierungsrechnung von der Zahlungsbilanzstatistik ausgehen. Im Finanzierungskonto wurde auf die von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung getroffene Abgrenzung der Leistungstransaktionen Rücksicht genommen. Dies bedeutet insbesondere, daß die Aufteilung der Statistischen Differenz in der Zahlungsbilanz auf Leistungs- und Kapitalkomponenten so vorgenommen wurde, daß nur der von der VGR nicht berücksichtigte Teil im Finanzierungskonto aufscheint. Dieser Rest setzt sich nun im Finanzierungskonto aus den Zeilen (26) – „Handelskredite“ – und (27) – „Statistische Differenz“ – zusammen. Eine Anomalie in der blockweisen Darstellung des Auslandssektors besteht in der Zeile (19), in der zur

einheitlichen Darstellung des inländischen Rentenmarktes auch die an Ausländer verkauften und die aus dem Ausland zurückfließenden Rentenwerte aufscheinen. Dadurch konnte die Ausweitung der Matrix um eine weitere Zeile vermieden werden.

8 DARSTELLUNG DES PROGNOSESYSTEMS

Für die besonderen Zwecke des Staatsschuldenausschusses wird nachstehend versucht, das extensive System der Finanzierungsmatrix zu einem operationalen Prognosesystem umzugestalten. Dabei kommt es vor allem auf die Finanzierungsmöglichkeiten für das Bundesbudget an.

Wie aus Übersicht 2 ersichtlich ist, kann der Finanzierungssaldo des Bundes (B_b) grundsätzlich sowohl aus dem Finanzierungskonto als auch aus dem Vermögensbildungskonto errechnet werden. Gleichermaßen kann seine Prognose über die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme und über die Transaktionen der Volkseinkommensrechnung erfolgen. Aus der Sicht des Staatsschuldenausschusses wird die Prognose über die Finanzierungsströme dominieren, die Prognose über die Volkseinkommensrechnung wird jedoch ein wichtiges Kontrollinstrument bilden. Nachfolgend wird ein Gesamtschema für beide Methoden abgeleitet, wobei zunächst auf die **Finanzierungsströme** eingegangen wird.

Für die schematische Darstellung des Prognosesystems sollen zunächst einige vereinfachende Annahmen getroffen werden:

- Das Budgetdefizit wird dem Finanzierungssaldo des Bundes (B_b) gleichgesetzt. Durch die Vernachlässigung der Überleitungen von B_b zum Bruttodefizit des Bundes wird der Aussagewert der schematischen Prognosedarstellung nicht beeinträchtigt.
- Die Inlandssektoren weisen im folgenden explizit nur einige beispielhafte Positionen aus:

Aktivposten: Einlagenbildung (E_i)
 Wertpapierkäufe (W_i)
 Direktkreditgewährungen (K_i)
 Sonstige Inlandsaktiva, netto (S_i)

Passivposten: Entgegennahme von Einlagen (EP_f)
 Wertpapieremissionen (WP_i)
 Direktkreditaufnahmen (KP_i)
 Auslandsposition, netto (AU_i)

Der Ausdruck unter dem Strich ist die Summe aller Gleichungen, die über dem Strich stehen. In den Sektoren außerhalb des Bundes ergeben die Komponenten mit positiven Vorzeichen – aus der Sicht des Bundes – die „Herkunft“ der Mittel, die unter anderem auch zur Deckung des Budgetdefizites in Frage kommen. Die Komponenten mit negativen Vorzeichen stellen Alternativverwendungen dieser Mittel dar, sodaß im Saldo die für die Budgetfinanzierung verbleibenden Mittel aufscheinen.

Die Finanzierungsmatrix erhält dann folgende einfache Gestalt (die Kleinbuchstaben in den Spaltenköpfen bezeichnen die Sektoren):

h	u	b	s	f	a
E _h W _h KP _h AU _h S _h	E _u W _u WP _u KP _u AU _u S _u	E _b WP _b KP _b AU _b S _b	E _s WP _s KP _s AU _s S _s	EP _f W _f WP _f K _f AU _f S _f	AU _h AU _u AU _b AU _s AU _f
B _h	B _u	B _b	B _s	B _f = 0	B _a

Die Beziehungen in dieser Matrix können durch folgende Definitionsgleichungen eines sektoralen Prognoseschemas dargestellt werden:

$$\begin{aligned}
 E_h + W_h + S_h - KP_h - AU_h - B_h &= 0 \\
 E_u + W_u + S_u - WP_u - KP_u - AU_u - B_u &= 0 \\
 E_b + S_b - WP_b - KP_b - AU_b - B_b &= 0 \\
 E_s + K_s + S_s - WP_s - KP_s - AU_s - B_s &= 0 \\
 W_f + K_f + S_f - EP_f - WP_f - AU_f &= 0
 \end{aligned}$$

$$\begin{bmatrix} E_h \\ + \\ E_u \\ + \\ E_s \end{bmatrix} + \begin{bmatrix} W_h \\ + \\ W_u \\ + \\ W_f \end{bmatrix} + \begin{bmatrix} K_s \\ + \\ K_f \end{bmatrix} + \begin{bmatrix} S_h \\ + \\ S_u \\ + \\ S_s \\ + \\ S_f \end{bmatrix} - EP_f - \begin{bmatrix} WP_u \\ + \\ WP_f \\ + \\ WP_s \end{bmatrix} - \begin{bmatrix} KP_h \\ + \\ KP_u \\ + \\ KP_s \end{bmatrix} - \begin{bmatrix} AU_h \\ + \\ AU_u \\ + \\ AU_s \\ + \\ AU_f \end{bmatrix} + B_a = -B_b$$

Die Prognose kann – je nach Fragestellung – auf eines der beiden folgenden Ziele gerichtet sein: Erstens können die einzelnen Herkunftsarten von Finanzierungsmitteln (mehr oder minder disaggregiert) sowie die alternativen Verwendungsarten prognostiziert werden. Der auf diese Weise errechnete Saldo kann dem vorgegebenen Budgetdefizit gegenübergestellt werden. Weicht der prognostizierte Saldo vom Budgetdefizit ab, so lassen sich daraus Konsequenzen für die Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses ableiten. Zweitens können bei gegebenem Budgetdefizit die Finanzierungsmöglichkeiten der anderen Sektoren besser abgeschätzt werden.

Übersicht 23:

Prognosetabelle 1977

	Aktiva				Passiva				Aktiva	Passiva	Statistische Diskrepanz
	Private Nichtbanken	„Sonstige öffentliche Haushalte“	Finanzierungs-institute	Ausland	Private Nichtbanken	„Sonstige öffentliche Haushalte“	Finanzierungs-institute	Ausland	Bund		
Banknoten und Scheidemünzen	3.944	..	- 70	-	-	-	3.331	-	201	744	-
Sichteinlagen	- 1.410	1.507	32	-	-	-	1.584	-	1.455	-	-
Sonstige Einlagen	40.450	3.326	398	-	-	-	45.079	-	904	-	-
Rediskonte und Lombarde	-	-	10.678	-	-	-	10.678	-	-	-	-
Direktkredite	-	-	66.202	-	56.131	5.131	-	-	-	3.004	-1.936
ERP-Kredite	-	440	145	-	585	-	-	-	-	-	-
Darlehen öffentlicher Haushalte	-	9.720	-	-	9.090	1.202	-	-	497	-75	-
Versicherungsanlagen	4	..	3.848	-	1.515	872	4	-	-	1.461	-
Anteilswerte, Beteiligungen, Investmentzertifikate	2.331	..	1.593	-	4.178	-	579	-	787	-	-
Bundesschatzscheine	-	-	- 1.583	-	-	-	-	-	-	-1.583	-
Inländische Rentenwerte	14.873	- 334	22.055	1.103	1.685	1.566	18.637	- 109	..	15.697	- 221
Auslandskredite	688	4	18.117	9.027	1.891	- 1.196	4.196	18.809	-	4.136	-
Festverzinsliche Wertpapiere	654	5	702	19.541	2.320	989	7.861	1.361	-	8.371	-
Sonstige langfristige Auslandspositionen	1.379	12	- 111	1.835	- 569	- 12	2.394	1.618	247	-38	31
Kurzfristiger Kapitalverkehr	248	- 490	1.702	20.569	190	42	20.337	1.460	-
Statistische Differenz	-	-	-	10.612	10.612	-	-	-	-	-	-
Andere erfaßte Positionen	- 1.805	227	37.326	100	54	-	36.010	- 1.300	769	-174	-1.980
Sonstiges	9.351	-	19.695	-	10.344
Summe	61.356	14.417	170.385	62.787	87.682	8.594	170.385	21.839	4.860	31.543	6.238
Finanzierungssaldo	-	-	-	-	- 26.326	5.823	-	40.948	-	-26.683	-
Saldendiskrepanz	- 12.376	1.003	-	- 2	-	-	-	-	5.137	-	-
Geldvermögensbildung	- 13.950	4.820	-	40.950	-	-	-	-	- 30.820	-	-

Aus der obigen Gleichungssumme läßt sich die für Prognosezwecke empfehlenswerte tabellarische Kurzfassung der Finanzierungsmatrix (die Prognosetabelle) ableiten. Übersicht 23 enthält ein Beispiel für eine solche Matrix mit den Finanzierungsströmen des Jahres 1977.

Erfolgt die Prognose des Finanzierungssaldos des Bundes anhand der Transaktionen der **volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**, kann folgende Gleichung zugrunde gelegt werden, wobei die Symbole jenen in Übersicht 2 entsprechen¹⁾.

$$B_p + B_s + B_a = B_b$$

Die Summe aus der Geldvermögensbildung des privaten Nichtbankensektors und des übrigen öffentlichen Sektors sowie des Leistungsbilanzsaldos entspricht dem Finanzierungssaldo des Bundes. Jene Faktoren, die die Geldvermögensbildung des privaten Nichtbankensektors bestimmen (persönlich verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, unverteilte Gewinne abzüglich direkte Steuern der Kapitalgesellschaften, privater Konsum und Investitionen einschließlich Lagerveränderungen abzüglich Abschreibungen) könnten – ebenso wie die Komponenten von B_s und B_a – unabhängig von den Finanzierungsströmen prognostiziert werden. Damit stünde für die sektoralen Finanzierungssalden eine Kontrollgröße zur Verfügung. Es muß allerdings nochmals darauf hingewiesen werden, daß eine solche Kontrollrechnung erst dann brauchbare Resultate ergeben wird, wenn die statistischen Methoden zur Erstellung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht von Jahr zu Jahr wechseln.

¹⁾ B_p = Geldvermögensbildung der privaten Nichtbanken

B_s = Geldvermögensbildung des übrigen öffentlichen Sektors

B_a = Leistungsbilanzsaldo (einschließlich Leistungsanteil der Statistischen Differenz)

B_b = Finanzierungssaldo des Bundes.

9 ZUSAMMENFASSUNG

Die vorliegende Arbeit hatte das allgemeine Ziel, einen statistischen Rahmen für die Analyse der finanziellen Interdependenzen in Österreich zu erstellen. Sie kann als ein erster Ansatz zu einer österreichischen Geldstromrechnung aufgefaßt werden. Der Verwirklichung einer konsistenten und disaggregierten Geldstrom- und Vermögensbestandsrechnung steht derzeit noch eine Reihe von Schwierigkeiten – insbesondere statistischer Art – gegenüber. Daher unterscheidet sich die gegenwärtige Finanzierungsstatistik von einer ausgefeilten Geldstromrechnung vor allem in folgender Hinsicht:

- a) Die Konsistenz mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung konnte nur mit Hilfe einer Position „Saldendiskrepanz“ hergestellt werden, über deren Zusammensetzung keine für eine weitere Aufgliederung hinreichenden Anhaltspunkte vorliegen. Diese Art von „Scheinkonsistenz“ mit der VGR hat sich auch wegen der häufigen VGR-Revisionen empfohlen (die zuletzt vorgenommene Revision ist überhaupt nur als „Zwischenrevision“ verfügbar). Gegen solche Revisionen erweist sich die Finanzierungsmatrix als „robust“, weil jeweils nur die Saldendiskrepanz angepaßt werden muß¹⁾.
- b) Die Konsistenz innerhalb der Sektoren konnte teilweise nur über eine Position „Sonstiges“, die ebenfalls nicht weiter aufgliederbar ist, hergestellt werden.
- c) Eine Aufgliederung des Sektors „Private Nichtbanken“ in Haushalte und Unternehmungen ist mit dem publizierten statistischen Material nur über grobe Schätzungen möglich, deren Aussagewert jedoch fraglich ist. Durch die Zusammenfassung in einen einzigen Sektor gehen Informationen über das unterschiedliche Saldenverhalten dieser beiden Teilsektoren verloren.
- d) Stromrechnungen sollten durch Bestandsrechnungen ergänzt werden. Die statistischen Lücken sind in Österreich jedoch für Bestandsrechnungen noch größer als für Stromrechnungen.

Dennoch dürfte die vorliegende Untersuchung weit über alle in der Vergangenheit angestellten Versuche zur Erstellung einer österreichischen Geldstromrechnung hinausgehen; dies gilt insbesondere für den empirisch-statistischen Teil. Sie präsentiert – mit den soeben getroffenen Einschränkungen – eine vollständige Finanzierungsmatrix, die als Grundlage für weiterführende Untersuchungen dienen kann. Da eine derartige Finanzierungsmatrix ein reines Definitionssystem darstellt, können aus ihr unmittelbar noch keine Verhaltensweisen abgelesen werden. Für die Analysen

¹⁾ Als „robust“ kann diese Methode allerdings nur dann bezeichnet werden, wenn sich die „Verhaltensmuster“ der Saldendiskrepanzen durch die Revisionen nicht wesentlich ändern.

solcher Verhaltensweisen, in denen auch die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden müssen, bildet sie aber eine unerläßliche Voraussetzung.

Ein spezielles Ziel dieser Arbeit war es, den statistischen Rahmen für die in den Aufgabenbereich des Staatsschuldenausschusses fallenden Analysen und Prognosen zu setzen. Es wurde daher eine Prognosematrix konstruiert, die die Finanzierungsmatrix in vereinfachter Form wiedergibt und sich aus ihr unmittelbar ableiten läßt. Den Intentionen des Staatsschuldenausschusses folgend, nehmen in ihr die Daten über die Finanzierung des Bundesbudgets einen besonderen Platz ein. Die für die Verhaltensanalyse „neutrale“ Prognosematrix ermöglicht es, bestimmte ihrer Elemente exogen vorzugeben und andere Elemente als Ergebnis der exogenen Größen zu interpretieren. Es kann damit im Prinzip sowohl die Rückwirkung eines bestimmten vorgegebenen Budgetdefizits und der Struktur seiner Finanzierung auf die übrigen Wirtschaftssektoren als auch die „Finanzierbarkeit“ des Budgetdefizits abgeschätzt werden. Solche Schätzungen sind eine Voraussetzung für die Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses.

Die Probleme, die sich während der Ausarbeitung der vorliegenden Finanzierungsstatistik ergaben, waren im Detail vielfältig und betrafen (sowohl für die realen als auch für die finanziellen Transaktionen) vor allem die Sektorabgrenzungen und Bewertungsdifferenzen, das Fehlen von Statistiken für viele Elemente der Finanzierungsmatrix, aber auch die Mehrfacherfassung einzelner Elemente ohne Diskriminierungsmöglichkeit. In vielen Fällen mußten Unrichtigkeiten oder Ungenauigkeiten bewußt in Kauf genommen werden, wenn eine bekannt unrichtige Zahl im Vergleich zu einer nicht vorhandenen Zahl als das kleinere Übel erschien. In anderen Fällen hingegen mußte auf eine Besetzung von Elementen der Finanzierungsmatrix mit Daten verzichtet werden, weil sich keine brauchbaren Datenquellen fanden.

Für eine Weiterarbeit auf dem hier vorgezeichneten Weg der Finanzierungsanalyse für Österreich bieten sich daher die folgenden Hauptgebiete an:

Bereits mit der vorliegenden Finanzierungsstatistik und den sie erweiternden Zeitreihen ist es möglich, Verhaltensweisen im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang zu analysieren; dies gilt sowohl für das Salden- und Portfeuilleverhalten der Sektoren als auch für die volkswirtschaftliche Bedeutung einzelner Finanzierungsinstrumente. Darüber hinaus könnten Studien über das staatliche Debt-Management oder über den Geld- und Kapitalmarkt auf diesem Datengerüst aufgebaut werden.

Ebenso wichtig wie die ökonomische Analyse scheint auch die Weiterarbeit an den statistischen Grundlagen der vorliegenden Finanzierungsstatistik zu

sein, um sie einer umfassenden Geldstrom- und Vermögensbestandsrechnung weiter anzunähern. Hierzu wird es unumgänglich sein, eine Arbeitsgruppe für Finanzierungsstatistiken ins Leben zu rufen, der insbesondere auch Vertreter des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, der Oesterreichischen Nationalbank, der Kreditunternehmungen sowie des Bundesministeriums für Finanzen angehören sollten, um nicht nur zu einer Verfeinerung der vorliegenden Finanzierungsmatrix, sondern auch zu einer weitgehenden Übereinstimmung mit der VGR zu gelangen. In manchen Bereichen wird dabei das vorhandene statistische Material durch neue Erhebungen ergänzt werden müssen.

ANHANG

Finanzierungsmatrix 1977 (Stromgrößen in Mio S)

	PRIVATE NICHTBANKEN		Bund		Sonstige öffentliche Haushalte		ÖFFENTLICHE HAUSHALTE		OeNB	
	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben
Vermögensveränderungskonto :										
Sparen	-	74.070	-	-6.390	-	31.290	-	24.900	-	..
Netto-Investitionen	88.020	-	25.430	-	26.470	-	51.900	-	..	-
Geldvermögensbildung	-13.950	-	-31.820	-	4.820	-	-27.000	-	..	-
Finanzierungskonto :										
1 Banknoten	3.194	-	201	-	..	-	201	-	-	3.331
2 Scheidemünzen	750	-	..	744	..	-	..	744	-6	-
3 Sichteinlagen	-1.410	-	1.455	-	1.507	-	2.962	-	-	-
4 Termineinlagen	1.926	-	899	-	2.132	-	3.031	-	-	-
5 Spareinlagen	37.593	-	5	-	1.194	-	1.199	-	-	-
6 Fremdwährungseinlagen	931	-	..	-	..	-	..	-	-	-
7 Zwischenbanktransaktionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
8 Aufgenommene Gelder	-505	-	-	-	..	-	..	-	-	-
9 Rediskonto u. Lombarde	-	-	-	-	-	-	-	-	10.678	-
10 OeNB-Forderungen gegen Bund	-	-	-	-174	-	-	-	-174	-174	-
11 Guthaben bei OeNB	..	-	769	-	227	-	996	-	-	1.349
12 Direktkredite	-	56.131	-	3.004	-	5.131	-	8.135	-	-
13 ERP-Kredite	-	585	-	-	440	-	440	-	145	-
14 Darlehen öffentl. Haushalte	-	9.090	497	-75	9.720	1.202	10.217	1.127	-	-
15 Versicherungsanlagen	4	1.515	-	1.461	..	872	..	2.333	-	-
16 Anteilswerte u. Beteiligungen	2.377	4.178	787	-	..	-	787	-	-	0
17 Investmentzertifikate	-46	-46	-	-	-	-	-	-	-	-
18 Bundesschatzscheine	-	-	-	-1.583	-	-	-	-1.583	0	-
19 Inländische Rentenwerte	14.873	1.685	..	15.697	-334	1.566	-334	17.263	3.647	-
Auslandsposition :										
20 Direktinvestitionen	1.343	2.009	-	-	-	-	-	-	-	-
21 Aktien u. Investmentzertifikate	18	-27	-	-	-	-	-	-	-	-
22 Festverzinsliche Wertpapiere	654	2.320	-	8.371	5	989	5	9.360	-	-
23 Kredite	688	1.891	-	4.136	4	-1.196	4	2.940	-	-
24 Sonstige langfr. Auslandspos.	18	-2.551	247	-38	12	-12	259	-50	171	-
25 Kurzfristiger Kapitalverkehr	248	190	-490	42	-490	42	-6.731	275
26 Handelskredite	-1.300	100	-	-	-	-	-	-	-	-
27 Statist. Differenz (Kapitalanteil)	-	10.612	-	-	-	-	-	-	-	-
28 Sonstiges	1.425	4.200
Summe (1 bis 28)	61.356	87.682	4.860	31.543	14.417	8.594	19.277	40.137	9.155	9.155
Finanzierungssaldo	-	-26.326	-	-26.683	-	5.823	-	-20.860	-	0
• Geldvermögensbildung minus Finanzierungssaldo	-12.376		5.137		1.003		6.140		0	
• Dieser Saldo plus „Sonstiges“, netto	-12.376		5.137		1.003		6.140		-2.775	

Kredit- unternehmungen		Vertrags- versicherungen		FINANZIERUNGS- INSTITUTE		INLAND		AUSLAND		GESAMT		Statist. Diskre- panz
Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben	
-	..	-	..	-	..	-	98.970	-	40.950	-	139.920	
..	-	..	-	..	-	139.920	-	-	-	139.920	-	
..	-	..	-	..	-	-40.950	-	40.950	-	0	-	
-67	-	3	-	-64	3.331	3.331	3.331	..	-	3.331	3.331	-
..	-	..	-	-6	-	744	744	..	-	744	744	-
-	1.584	32	-	32	1.584	1.584	1.584	-	-	1.584	1.584	-
-	5.189	232	-	232	5.189	5.189	5.189	-	-	5.189	5.189	-
-	38.959	166	-	166	38.959	38.958	38.959	-	-	38.958	38.959	1
-	931	..	-	..	931	931	931	-	-	931	931	-
37.457	35.246	-	-	37.457	35.246	37.457	35.246	-	-	37.457	35.246	-2.211
-	-585	-80	-	-80	-585	-585	-585	-	-	-585	-585	-
-	10.678	-	-	10.678	10.678	10.678	10.678	-	-	10.678	10.678	-
-	-	-	-	-174	-	-174	-174	-	-	-174	-174	-
123	-	..	-	123	1.349	1.119	1.349	-	-	1.119	1.349	230
66.202	-	-	-	66.202	-	66.202	64.266	-	-	66.202	64.266	-1.936
-	-	-	-	145	-	585	585	-	-	585	585	-
-	-	-	-	-	-	10.217	10.217	-	-	10.217	10.217	-
..	-	3.848	4	3.848	4	3.852	3.852	-	-	3.852	3.852	-
1.394	248	199	331	1.593	579	4.757	4.757	-	-	4.757	4.757	-
..	-	..	-	..	-	-46	-46	-	-	-46	-46	-
-1.506	-	-77	-	-1.583	-	-1.583	-1.583	-	-	-1.583	-1.583	-
17.895	18.637	513	-	22.055	18.637	36.594	37.585	1.103	-109	37.697	37.476	-221
54	41	54	41	1.397	2.050	2.050	1.397	3.447	3.447	-
7	-1	7	-1	25	-28	-28	25	-3	-3	-
702	7.861	702	7.861	1.361	19.541	19.541	1.361	20.902	20.902	-
18.117	4.196	18.117	4.196	18.809	9.027	9.027	18.809	27.836	27.836	-
-348	232	5	2.122	-172	2.354	105	-247	-187	196	-82	-51	31
8.433	20.062	1.702	20.337	1.460	20.569	20.569	1.460	22.029	22.029	-
-	-	-	-	-	-	-1.300	100	100	-1.300	-1.200	-1.200	-
-	-	-	-	-	-	-	10.612	10.612	-	10.612	10.612	-
6.592	11.777	1.434	3.818	9.451	19.795	9.451	19.795	-	-	9.451	19.795	10.344
155.055	155.055	6.275	6.275	170.485	170.485	251.118	298.304	62.787	21.839	313.905	320.143	6.238
-	0	-	0	-	0	-	-47.186	-	40.948	-	-6.238	-
0		0		0		-6.236		-2		-6.238		-
-5.185		-2.384		-10.344		-16.580						-

Zeichenerklärung: - Elemente, die definitionsgemäß keine Daten enthalten
 .. Elemente, deren Daten nicht verfügbar sind.

